

Geschäftsbericht 2025

(1. Januar – 31. Dezember 2025)

Kennzahlen IKB-Konzern

Gewinn- und Verlustrechnung (in Mio. €)	1.1.2025 - 31.12.2025	1.1.2024 - 31.12.2024
Zinsüberschuss	176	205
Provisionsüberschuss	19	16
Brutto-Erträge	195	220
Verwaltungsaufwendungen	-146	-139
Ergebnis vor Risikovorsorge	48	81
Risikovorsorgesaldo	-20	-45
Sonstiges Ergebnis	31	20
Ergebnis vor Steuern	59	56
Steueraufwand/-ertrag	2	5
Ergebnis nach Steuern	61	61
Zinsmarge Kreditbuch (in %)	1,58	1,90
Risikokosten Kreditbuch (in %)	0,23	0,50
Return on Equity (in %)	8,5	7,2
Cost-Income-Ratio (in %)	75,1	63,2
Cost-Income-Ratio bereinigt (in %) ¹⁾	66,9	58,0
Bilanz (in Mio. €)	31.12.2025	31.12.2024
Eigenmittel-Komponente CET 1 (transitional)	968	1.236
Bilanzsumme	14.348	14.075
Kreditbuch	8.167	8.515
Loan to Deposit Ratio (in %)	102	98
Regulatorische Kennzahlen (in %)²⁾	31.12.2025	31.12.2024
RWA (in Mrd. €)	5,6	6,4
CET 1 Ratio	17,2 ³⁾	19,2
Tier 1 Ratio	17,2 ³⁾	19,2
Own Funds Ratio	21,6	24,2
NPA-Quote im Kreditbuch	2,0	2,3
Leverage Ratio	6,2	7,6
Liquidity Coverage Ratio	424	366
Mitarbeitende	31.12.2025	31.12.2024
Vollzeitarbeitskräfte (VAK) am Stichtag	596	592

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Bereinigt um Einmalkosten für strategische Projekte und Projekte im regulatorischen Umfeld (8 Mio. €) sowie Einmalkosten im Zusammenhang mit dem IT-Dienstleister-Wechsel (8 Mio. €) (Vorjahr: bereinigt um 11 Mio. € für Projekte im regulatorischen Umfeld).
- 2) Angaben transitional nach aktuellem Rechtsstand der CRR zum 31. Dezember 2025 bzw. 31. Dezember 2024 sowie der bekannten Interpretationen der Aufsicht und deren Auslegung ermittelt. Es ist nicht auszuschließen, dass zukünftige EBA-/EZB-Standards/Interpretationen bzw. sonstige aufsichtliche Handlungen retrograd zu einer abweichenden CET 1-Quote führen können.
- 3) Hierin berücksichtigt ist die Absicht des Alleinaktionärs, den Gewinnvortrag der IKB AG auszuschütten. Der Gewinnvortrag beträgt in der IKB-Gruppe 134,7 Mio. €.

Inhalt

Kennzahlen IKB-Konzern	2
Brief des Vorstandsvorsitzenden	8
Bericht des Aufsichtsrats	9
Überblick	9
Die Themen im Aufsichtsratsplenum	9
Arbeit der Ausschüsse	11
Jahres- und Konzernabschlussprüfung	12
Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts	13
Personalien – Aufsichtsrat	13
Personalien – Vorstand	13
Highlights der Geschäftsentwicklung	15
Zusammengefasster Lagebericht des Geschäftsjahres 2025	16
1. Grundlagen des Konzerns	17
Produktsegmente, Vertriebsstruktur und Leistungsspektrum	17
Fördermittelkompetenz und ESG-Fokus	17
Liquiditäts- und Risikosteuerung	18
Regulatorische Anforderungen	18
2. Wirtschaftsbericht	19
Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	19
Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum	20
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	20
Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	26
3. Risiko- und Chancenbericht	28
Risikomanagement-Organisation	28
Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit	30
Risikostrategie	33
Adressrisiken	34
Liquiditätsrisiko	44
Marktpreisrisiko	46
Nichtfinanzielle Risiken	48
Strategische Risiken	52
Beteiligungsrisiken	52
Geschäftsrisiken	52
Chancen	53
Gesamtaussage zur Risikosituation	53
4. Prognosebericht	55

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	55
Allgemeine Hinweise zum Prognosebericht.....	56
Vermögenslage	56
Finanzlage	56
Ertragslage	57
Gesamtaussage	57
5. Angaben gemäß § 312 AktG.....	57
6. Erklärung zur Unternehmensführung	58
Zusammengefasster Jahres- und Konzern- abschluss der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr 2025	59
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025.....	60
Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. Dezember 2025	63
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025	65
Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025.....	67
Konzern-Kapitalflussrechnung	69
Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung	70
Eigenkapitalspiegel	71
Anhang und Konzernanhang	74
Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze	74
(1) Aufstellung des zusammengefassten Jahres- und Konzernabschlusses	74
(2) Ausweis- und Bewertungsänderungen und Korrekturen in laufender Rechnung	75
(3) Konsolidierungskreis.....	75
(4) Konsolidierungsgrundsätze.....	76
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	76
(5) Forderungen	76
(6) Risikovorsorge	76
(7) Wertpapiere.....	77
(8) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäfte	78
(9) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte/sonstige Vermögensgegenstände	78
(10) Latente Steuern	78
(11) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	79

(12)	Verbindlichkeiten	79
(13)	Rückstellungen.....	80
(14)	Eventualverbindlichkeiten und sonstige Verpflichtungen.....	81
(15)	Außerordentliches Ergebnis	81
(16)	Derivategeschäfte und verlustfreie Bewertung des Bankbuches.....	82
(17)	Währungsumrechnung	82
	Erläuterungen zur Bilanz	83
(18)	Barreserve.....	83
(19)	Laufzeitengliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten	83
(20)	Vermögensgegenstände in Fremdwährung	84
(21)	Pensionsgeschäfte.....	84
(22)	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	84
(23)	Anlagevermögen	85
(24)	Nachrangige Vermögensgegenstände.....	87
(25)	Börsenfähige Wertpapiere.....	87
(26)	Angaben zu Investmentvermögen.....	88
(27)	Sonstige Vermögensgegenstände	88
(28)	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	89
(29)	Aktive latente Steuern.....	89
(30)	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	89
(31)	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	90
(32)	Schulden in Fremdwährung	90
(33)	Verbriefte Verbindlichkeiten	91
(34)	Sonstige Verbindlichkeiten	91
(35)	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten.....	91
(36)	Pensionsrückstellungen	91
(37)	Nachrangige Verbindlichkeiten	92
(38)	Fonds für allgemeine Bankrisiken.....	92
(39)	Entwicklung des Kapitals	92

(40)	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen.....	93
(41)	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	94
(42)	Außerbilanzielle Geschäfte	94
	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	95
(43)	Erträge nach geografischen Märkten.....	95
(44)	Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	95
(45)	Sonstige betriebliche Aufwendungen	95
(46)	Aufwendungen aus Verlustübernahme	96
(47)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	96
(48)	Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen.....	96
(49)	Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung	96
(50)	Sonstige betriebliche Erträge	96
(51)	Anteilsbesitzliste zum 31. Dezember 2025	97
(52)	Bedeutende Stimmrechtsanteile	97
(53)	Angabe der Abschlussprüferhonorare	98
(54)	Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen.....	98
(55)	Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten	98
(56)	Termingeschäfte.....	98
(57)	Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente	99
(58)	Nicht realisierte Ergebnisse	99
(59)	Die Vergütung des Vorstands	101
(60)	Die Vergütung des Aufsichtsrats	101
(61)	Bezüge des Beraterkreises	101
(62)	Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises	101
(63)	Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitarbeitskräften)	102
(64)	Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem 31. Dezember 2025 eingetreten sind	102
(65)	Organe.....	102
	Erläuterungen zur Segmentberichterstattung	103

Segmentierung	103
Segmentergebnisse und Kennzahlen	103
Segmentberichterstattung	104
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	106
Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen	126

Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben ein Geschäftsjahr abgeschlossen, in dem wir unsere Potenziale konsequent genutzt haben, während die wirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen weiterhin anspruchsvoll blieben. Umso mehr freue ich mich solide Ergebnisse präsentieren zu können, die unsere Erwartungen erfüllt und in zentralen Bereichen sogar übertroffen haben.

Unser Ergebnis vor Steuern von 59 Mio. € zeigt, dass wir operativ verlässlich arbeiten und die richtigen Schwerpunkte setzen. Besonders positiv ist die Entwicklung unseres Neugeschäfts. Mit 2,8 Mrd. € ausgezahltem Volumen konnten wir deutlich wachsen. Wir haben dabei namhafte mittelständische Unternehmen bei wichtigen Transformations- und Investitionsprojekten begleitet – oft unter Nutzung öffentlicher Förderprogramme. Diese Projekte sind ein Beleg dafür, dass die IKB als verlässlicher Finanzierungspartner im deutschen Mittelstand fest etabliert ist.

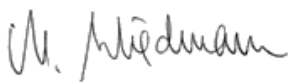
Natürlich hatten wir im vergangenen Jahr auch Herausforderungen zu bewältigen. Der Verwaltungsaufwand ist durch Einmaleffekte aus unserem IT-Dienstleisterwechsel sowie strategische Projekte auf 146 Mio. € angestiegen. Diese Investitionen waren notwendig und werden sich auszahlen. Wir haben unsere digitale Leistungsfähigkeit verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit der Bank gesteigert. Bereits im laufenden Jahr erwarten wir mit 133 Mio. € deutlich niedrigere Aufwendungen.

Auf der Risikoseite sind wir robust aufgestellt. Unser Kreditportfolio ist breit gestreut und weiterhin von hoher Qualität. Die Risikovorsorge lag mit 20 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von 45 Mio. € und unter Plan. Die NPA-Quote ist mit 2,0 % auf niedrigem Niveau. Diese Entwicklung freut mich besonders, denn sie zeigt, dass wir Risiken engmaschig managen und gleichzeitig unseren Kunden verlässlich zur Seite stehen. Wie geplant, haben wir die Maßnahmen zur Risikoreduzierung im Wertpapierportfolio fortgeführt und den daraus entstandenen Aufwand durch Auflösung von Vorsorgereserven kompensiert. Diese Maßnahmen laufen aus HGB- und ökonomischer Sicht auseinander. Während die zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivate einen Marktwertanstieg von rund 150 Mio. € verzeichneten und die ökonomische Position substantiell stärkten, werden diese aufgrund der HGB-Bilanzierungsvorschriften nicht erfolgswirksam erfasst.

Die IKB hat sich als feste Größe in der Transformationsfinanzierung des deutschen Mittelstands erfolgreich etabliert. Die Bank verfügt über eine solide Profitabilität bei stabiler Risikovorsorge und die Kapitalausstattung ist seit Jahren auf einem hohen Niveau komfortabel. Angesichts dieser Entwicklung hat der Vorstand der Hauptversammlung vorgeschlagen, den Bilanzgewinn der IKB AG in Höhe von rund 195 Mio. € auszuschütten. Der Bilanzgewinn setzt sich aus rund 152 Mio. € Gewinnvortrag sowie aus regulärer Dividende in Höhe von rund 43 Mio. € beziehungsweise 70 % des Konzernjahresüberschusses zusammen. Auch nach Ausschüttung liegt die CET 1-/Tier 1-Quote der IKB-Gruppe bei 17,2 % (Vorjahr: 19,2%) und damit unverändert deutlich über den gesetzlichen Mindestanforderungen.

Die IKB hat im vergangenen Jahr eine beeindruckende Veränderungsbereitschaft gezeigt. Wir haben unsere Marke modernisiert, unsere digitale Präsenz neu ausgerichtet, unsere Attraktivität als Arbeitgeber gestärkt und wichtige regulatorische Projekte, die zu dem Wegfall der Kapitalzuschläge geführt haben, erfolgreich abgeschlossen. Unser Team geht kraft-voll voran – mit hoher Professionalität und großem Engagement. Das erfüllt uns mit Stolz. Wir investieren weiter in Technologie, modernisieren unsere IT, automatisieren Prozesse und integrieren Künstliche Intelligenz dort, wo sie Mehrwert schafft. All das machen wir, um schneller, effizienter und leistungsfähiger zu werden – für unsere Kunden und unsere Mitarbeitenden. Deshalb sind wir zuversichtlich, unsere ambitionierten Ziele im neuen Jahr zu erreichen.

Düsseldorf, im März 2026



Dr. Michael H. Wiedmann

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2025 die ihm nach Gesetz, Verordnungen, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahr. Er überwachte die Geschäftsführung des Vorstands und beriet diesen bei der Leitung des Unternehmens. In alle Entscheidungen, die für die Bank von grundlegender Bedeutung waren, wurde er eingebunden.

Überblick

Im Rahmen seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig und anlassbezogen, zeitnah und umfassend berichten, sowohl schriftlich als auch mündlich. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat fortlaufend über den Gang der Geschäfte sowie die wirtschaftliche und die finanzielle Entwicklung des IKB-Konzerns und der IKB AG. Weitere Schwerpunkte der regelmäßigen Berichterstattung waren die allgemeine Entwicklung der IKB inklusive der Darstellung aktueller aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen und regulatorischer Tendenzen, die Darstellung des Quartalergebnisses sowie die Entwicklung des Konzernrisikos. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Konzernplanung und dem tatsächlichen Geschäftsverlauf des Geschäftsjahres 2025. Die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand tauschten sich zudem regelmäßig über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen aus.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und zu besonderen Themen wurden durch schriftliche Präsentationen und Unterlagen ergänzt, die jedes Aufsichtsratsmitglied jeweils zur Vorbereitung vor der Sitzung erhielt. Ebenso lagen den Aufsichtsratsmitgliedern der Jahres- und Konzernabschluss, der zusammengefasste Lagebericht, der Abhängigkeitsbericht sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers rechtzeitig vor der Bilanzsitzung vor. Der Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsberichte gingen den Mitgliedern des Risiko- und Prüfungsausschusses und des Aufsichtsratsplenums ebenfalls rechtzeitig zur Vorbereitung zu.

Insgesamt fanden 22 Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse statt. Soweit erforderlich, wurden zwischen den Sitzungen einzelne Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst. Soweit Mitglieder des Aufsichtsrats an den Sitzungen nicht teilgenommen haben, waren diese entschuldigt abwesend.

Die Themen im Aufsichtsratsplenum

Im Geschäftsjahr 2025 hielt der Aufsichtsrat sechs Sitzungen ab. Zusätzlich zu den Sitzungen im Januar, März, Mai, August und November fand eine konstituierende Aufsichtsratssitzung im März im Anschluss an die ordentliche Hauptversammlung für das Geschäftsjahr statt.

Im gesamten Geschäftsjahr hat der Vorstand den Aufsichtsrat fortlaufend über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Bank sowie die Gesamtbanksteuerung im Zuge eines insgesamt weiterhin herausfordernden aufsichtlichen, makroökonomischen und geopolitischen Umfelds informiert und insbesondere die Liquiditäts-, Risiko- und Ertragslage der Bank ausführlich dargestellt und erläutert. Auch die Entwicklung des Investmentportfolios und diesbezügliche Maßnahmen zur Umsetzung einer weiteren Risikominderung und Komplexitätsreduktion wurden vorgestellt. Der Vorstand stand hierzu mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden auch anlassbezogen in intensivem Austausch.

In allen regulären Aufsichtsratssitzungen des Geschäftsjahres 2025 verschaffte sich der Aufsichtsrat anhand einer schriftlichen und mündlichen Berichterstattung des Vorstands im Einzelnen ein Bild über die allgemeine Entwicklung der Bank. Hierbei informierte der Vorstand den Aufsichtsrat auch über aktuelle aufsichtliche und regulatorische Entwicklungen, z. B. beim Thema ESG, und insbesondere auch im Hinblick auf die Anforderungen an die IT durch DORA. Weiter stellte der Vorstand den Fortschritt bei diesbezüglichen Projektaktivitäten und die Verzahnung mit dem Projekt zum IT-Providerwechsel vor, der im Geschäftsjahr erfolgreich abgeschlossen wurde. Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat zudem über geplante und umgesetzte IT-, Innovations-, und Modernisierungsmaßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Nutzung von KI und gab ein regelmäßiges Update über die Zusammensetzung und den Stand des Projektportfolios. Der Vorstand erläuterte dem Aufsichtsrat auch, wie sich Neugeschäftsvolumen und Ergebnis im Konzern

entwickelt hatten. Ferner ging er auf den Verlauf in den einzelnen Geschäftssegmenten näher ein und berichtete über die

Kapital-, Liquiditäts- und Finanzlage einschließlich Steuern sowie das Konzernrisiko. Kontinuierlich wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand über die regulatorische Kapitalsituation der IKB-Gruppe und den Stand wesentlicher Rechtsstreitigkeiten informiert.

In der Sitzung im Januar 2025 befasste sich der Aufsichtsrat insbesondere mit der Konzernplanung für 2025 und legte die Ziele für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2025 fest.

In seiner Bilanzsitzung im März 2025 prüfte der Aufsichtsrat unter anderem den Jahres- und den Konzernabschluss, den zusammengefassten Lagebericht sowie den Abhängigkeitsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024. Der Vorstand erläuterte zudem schriftlich und mündlich umfassend die Risikosituation der IKB-Gruppe einschließlich der im Sanierungsplan festgelegten Sanierungsindikatoren. Der Leiter der Konzernrevision erstattete seinen Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2024. Die EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („EY“), Stuttgart, berichtete über die Ergebnisse der Abschlussprüfung und der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2024 mit dem zusammengefassten Lagebericht und des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2024. Der Jahres- und der Konzernabschluss wurden vom Aufsichtsrat festgestellt bzw. gebilligt; gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts wurden keine Einwendungen erhoben. Der Aufsichtsrat hat darüber hinaus den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands geprüft. In diesem Zusammenhang hat er insbesondere die Lage der Gesellschaft, auch unter Berücksichtigung der aus der Abarbeitung der Feststellungen der Prüfung nach § 44 Abs. 1 KWG resultierenden Maßnahmen sowie der bestehenden gesamtpolitischen und -wirtschaftlichen Unsicherheiten, gewürdigt und keine Einwendungen erhoben. Zudem wurde der Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024 beschlossen. Ebenso standen die Überprüfung der Zielerreichung und eine dementsprechende Festsetzung der variablen Vergütung für die Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2024 sowie die Überprüfung und die Entscheidung über die Gewährung der zurückbehaltenen variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder für vergangene Geschäftsjahre auf der Tagesordnung. Der Aufsichtsrat stimmte der Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2024 unter Berücksichtigung der Vorgaben aus § 7 InstitutsVergV zu und wurde zur Bestellung der neuen Vergütungsbeauftragten und ihres Stellvertreters angehört. Darüber hinaus waren die Vergütungssysteme für das Unternehmen sowie die Personalplanung und -entwicklung Gegenstand der Sitzung.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben sich auch mit dem vom Vorstand erstellten zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Bericht für das Geschäftsjahr 2024 befasst und ihn geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen eigenen Prüfung des zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Berichts für das Geschäftsjahr 2024 wurden keine Einwendungen erhoben. Der Bericht wurde am 30. April 2025 auf der Internetseite der IKB veröffentlicht.

In seinen folgenden Sitzungen im Mai, August und November 2025 beschäftigte sich der Aufsichtsrat jeweils mit der Geschäftsentwicklung und dem Konzernrisiko einschließlich der im Sanierungsplan festgelegten Sanierungsindikatoren und befasste sich in diesem Zusammenhang auch mit der regulatorischen Kapitalsituation, insbesondere mit Blick auf die weiteren aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Gegenstand der Sitzungen war jeweils auch der quartärlische Bericht der Internen Revision. Zu all diesen Themen informierte der Vorstand den Aufsichtsrat jeweils schriftlich und mündlich.

Der Vorstand erläuterte dem Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich umfassend die Geschäftspolitik und grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung einschließlich der strategischen Weiterentwicklung der IKB, wozu auch die Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie mit der dazu konsistenten IT-Strategie, inklusive der KI-Strategie, sowie der Auslagerungsstrategie und der DOR-Strategie als weitere Teilstrategien der Geschäfts- und Risikostrategie 2026 zählte. Gemeinsam mit dem Aufsichtsrat erörterte der Vorstand zudem Möglichkeiten und Maßnahmen zum Ausbau der Neugeschäftspipeline unter Berücksichtigung des Risikoappetits und des Geschäftsmodells der Bank.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat fortlaufend über die Abarbeitung der aus der weiteren Nachschauprüfung der Bundesbank resultierenden Feststellungen, entsprechende Weiterentwicklungen im Risikomanagement sowie verschiedene aufsichtliche Effekte aus dem positiven Prüfungsergebnis.

Auch befasste sich der Aufsichtsrat mit der jährlichen Effizienzprüfung für den Vorstand und den Aufsichtsrat sowie der Diversitätsstrategie und der Nachfolgeplanung für den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die Vergütungsbeauftragte erstattete ihren Bericht für das Jahr 2024, den der Aufsichtsrat zur Kenntnis nahm. Auch beschäftigte er sich mit den Vergütungssystemen der Bank, hier insbesondere auch mit potenziellen Änderungen für den Fall, dass die IKB ab dem Jahr 2026 nicht mehr als bedeutendes Institut nach § 1 Abs. 3c KWG gilt.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der ordentlichen Hauptversammlung der IKB AG im März 2025 sowie einer außerordentlichen Hauptversammlung im Mai 2025 und verabschiedete jeweils die Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung. Er befasste sich unter anderem mit den Beschlussvorschlägen für die anstehenden Wahlen in den Aufsichtsrat.

Des Weiteren befasste sich der Aufsichtsrat regelmäßig mit dem Stand des Rechtsstreits mit einem ehemaligen Vorstandsmitglied betreffend Pensionsleistungen.

Aufgrund der bis zum Ende des Geschäftsjahres 2025 weiterhin nicht erfolgten Umsetzung der CSRD in nationales Recht ist die Zuständigkeit für die Entscheidung über die Durchführung einer externen Prüfung der nichtfinanziellen Berichterstattung 2025 beim Aufsichtsrat verblieben. Dieser hat im Januar 2026 erneut beschlossen, keine freiwillige externe Prüfung des vom Vorstand erstellten zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Berichts für das Geschäftsjahr 2025 durchführen zu lassen. Für die regelkonforme Erstellung des nichtfinanziellen Berichts für das Geschäftsjahr 2025 unterstützt der Aufsichtsrat weiterhin die Mandatierung einer spezialisierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die beratend zur Seite steht. Der Vorstand hat eine entsprechende Beratung hinzugezogen.

Arbeit der Ausschüsse

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet: das Aufsichtsratspräsidium, den Risiko- und Prüfungsausschuss, den Vergütungskontrollausschuss und den Nominierungsausschuss. Die Ausschüsse bereiten die Beratungen und die Beschlussfassungen im Plenum vor. Darüber hinaus sind den Ausschüssen auch eigene Beschlusszuständigkeiten übertragen worden. Das Aufsichtsratspräsidium hat im Geschäftsjahr 2025 acht und der Risiko- und Prüfungsausschuss fünf Sitzungen abgehalten, von denen zwei als gemeinsame Sitzung stattgefunden haben. Der Vergütungskontrollausschuss hat in 2025 dreimal, der Nominierungsausschuss zweimal getagt.

Das Aufsichtsratspräsidium bereitete im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vor. Dabei wurden insbesondere die aktuellen wirtschaftlichen, aufsichtlichen und regulatorischen Entwicklungen und strategische Zielsetzungen erörtert. Zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Transformation des Investmentportfolios sowie diverse Großkreditbeschlüsse, waren ebenfalls Gegenstand von Beratungen und Beschlussfassungen im Aufsichtsratspräsidium. Zudem erörterte das Aufsichtsratspräsidium in seinen ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen den Stand des Rechtsstreits mit einem ehemaligen Vorstandsmitglied betreffend Pensionsleistungen und bereitete entsprechende diesbezügliche Beschlussfassungen für das Aufsichtsratsplenum vor.

Die Arbeit des Risiko- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich neben den gemeinsam mit dem Aufsichtsratspräsidium erörterten Themen, wie zum Beispiel der Erörterung der Planung sowie Anpassungen der Geschäfts- und Risikostrategie, auf die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, des internen Revisionssystems, der Risikostrategie und der Compliance sowie der Abschlussprüfung. Der Jahres- und Konzernabschluss sowie die Bestellung des Abschlussprüfers wurden intensiv erörtert. Der Risiko- und Prüfungsausschuss erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer und traf mit ihm die Honorarvereinbarung. Ein Schwerpunkt lag auf der Überprüfung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Qualität der Abschlussprüfung und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. Das Gremium hat neben der Überwachung der Prüfungshonorare erneut einen Katalog zulässiger Nichtprüfungsleistungen (Pre-Approval-Katalog) beschlossen, deren

Erbringung durch den Abschlussprüfer ohne weitere vorherige Zustimmung des Risiko- und Prüfungsausschusses möglich ist. Zudem hat der Risiko- und Prüfungsausschuss dem Abschlussprüfer die Pre-Concurrence gemäß IESBA für Nicht-Prüfungsleistungen an Gesellschaften, die die IKB kontrollieren, erteilt. Die Compliance-Beauftragte erläuterte ihren Jahresbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr, der allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde. Auch der Jahresbericht der Internen Revision für das Geschäftsjahr 2024 wurde neben den jeweiligen Quartalsberichten im Risiko- und Prüfungsausschuss erläutert. Schließlich oblag dem Risiko- und Prüfungsausschuss nach der EU-Abschlussprüferverordnung die Verantwortung zur Durchführung einer Ausschreibung des Abschlussprüfermandats, das bei Kreditinstituten auf zehn Jahre begrenzt ist. Die Durchführung des Ausschreibungsverfahrens für einen neuen Abschlussprüfer, der die Jahres- und Konzernabschlüsse der IKB ab dem Geschäftsjahr 2027 prüfen soll, hat der Risiko- und Prüfungsausschuss auf den Vorstand delegiert und den vorgelegten Projektplan sowie die Auswahlkriterien und deren Gewichtung genehmigt.

Der Vergütungskontrollausschuss befasste sich mit den Vergütungssystemen der Bank, insbesondere auch dem Vergütungssystem des Vorstands, dessen Grundsätze auf Angemessenheit überprüft wurden. Zudem bereitete der Vergütungskontrollausschuss die vergütungsbezogenen Beschlüsse des Plenums vor. Zur Bestellung der neuen Vergütungsbeauftragten und deren Stellvertreter wurde er angehört und ließ sich den Vergütungskontrollbericht erläutern.

Der Nominierungsausschuss erörterte die Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die ordentliche Hauptversammlung am 13. März 2025. Im Übrigen nahm er die ihm nach § 25d Abs. 11 KWG zustehenden Aufgaben wahr und beschäftigte sich insbesondere mit der jährlich durchzuführenden Effizienzprüfung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Diversitätsstrategie und der Nachfolgeplanung von Vorstand und Aufsichtsrat.

Auch außerhalb der Sitzungen berieten sich die Mitglieder der Ausschüsse untereinander und standen in Kontakt mit dem Vorstand.

Im Plenum wurde regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Zum Abschlussprüfer für den Jahres- und den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2025 sowie für etwaige prüferische Durchsichten oder etwaige Prüfungen aller weiteren Zwischenabschlüsse bzw. Konzernzwischenabschlüsse und Zwischenlageberichte bzw. Konzernzwischenlageberichte, die vor der ordentlichen Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2026 aufgestellt werden, hat die ordentliche Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats EY gewählt. EY hat den Jahresabschluss der IKB AG und den Konzernabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht für die IKB AG und den Konzern geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Die Prüfungen und Beratungen über den Jahresabschluss, den Konzernabschluss und den zugehörigen zusammengefassten Lagebericht sowie die darauf bezogenen schriftlichen Prüfungsberichte von EY für das Geschäftsjahr 2025 im Risiko- und Prüfungsausschuss und im Aufsichtsratsplenum fanden am 11. und 12. März 2026 statt. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 12. März 2026 präsentierten sie die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung unter Einbeziehung von Feststellungen zum rechnungslegungsprozessbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem der Bank, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Umstände, die die Befangenheit der Abschlussprüfer besorgen lassen, lagen nicht vor. Die Abschlussprüfer haben den Aufsichtsrat ferner über alle von ihnen zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachten Leistungen informiert.

Dem Ergebnis der Abschlussprüfung hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 12. März 2026 zugestimmt. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen eigenen Prüfungen des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie des zusammengefassten Lageberichts sind keine Einwendungen zu erheben. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss vom 27. Februar 2026 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 12. März 2026 gebilligt. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat darüber hinaus den vom Vorstand vorgelegten Gewinnverwendungsvorschlag geprüft. In diesem Zusammenhang hat er insbesondere die Entwicklung und die Lage der Gesellschaft, die nach Beendigung der

Nachschauprüfung nach § 44 Abs. 1 KWG vollständig aufgehobenen Kapitalzuschläge und sonstigen regulatorischen Beschränkungen sowie das gesamtwirtschaftliche Umfeld gewürdigt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands an.

Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts

Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2025 (Abhängigkeitsbericht) war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit dem folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war und bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

In den Sitzungen vom 11. und 12. März 2026 haben sich zunächst der Risiko- und Prüfungsausschuss und sodann der Aufsichtsrat auch mit dem Abhängigkeitsbericht auseinandergesetzt und ihn geprüft. Die Aufsichtsrats- bzw. Ausschussmitglieder erhielten den Abhängigkeitsbericht sowie den darauf bezogenen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers rechtzeitig vor der jeweiligen Sitzung, sodass sie sich intensiv mit den jeweiligen Inhalten befassen konnten. Die Abschlussprüfer nahmen auch an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Risiko- und Prüfungsausschusses über den Abhängigkeitsbericht teil. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 12. März 2026 berichteten sie über das Ergebnis ihrer Prüfung und standen für Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat hat dem Prüfungsergebnis der Prüfung des Abhängigkeitsberichts in seiner Sitzung am 12. März 2026 zugestimmt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2025 zu erheben.

Personalia – Aufsichtsrat

Die Herren Dr. Karl-Gerhard Eick und Dr. Lutz Christian Funke wurden durch Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung am 13. März 2025 als Anteilseignervertreter erneut in den Aufsichtsrat gewählt.

In der sich an die Hauptversammlung anschließenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurde Herr Dr. Eick als Vorsitzender des Aufsichtsrats wiedergewählt. Auch wurde er wieder zum Mitglied des Risiko- und Prüfungsausschusses gewählt. Nach den Regelungen der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ist er als Aufsichtsratsvorsitzender auch wieder Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums, des Nominierungsausschusses und des Vergütungskontrollausschusses.

Bei den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat gab es einen Wechsel im Nominierungsausschuss. Frau Franziska Engel hat das Mandat von Herrn Jörn Walde mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 13. März 2025 übernommen.

Personalia – Vorstand

Im Berichtszeitraum gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand der IKB.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IKB-Konzerns für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 13. März 2026

Der Aufsichtsrat

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. Eick', written in a cursive style.

Dr. Karl-Gerhard Eick

Vorsitzender

Highlights der Geschäftsentwicklung

- Neugeschäft stieg deutlich auf 2,8 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €)
- Risikovorsorge mit 20 Mio. € Aufwand niedrig (Vorjahr: 45 Mio. € Aufwand), NPA-Quote im Kreditbuch sank auf 2,0 % (31. Dezember 2024: 2,3 %)
- Konzernüberschuss vor Steuern verbessert sich auf 59 Mio. € (Vorjahr: 56 Mio. €)
- Einmaleffekte führten zu Verwaltungsaufwendungen von 146 Mio. € (Vorjahr: 139 Mio. €) - deutliche Entlastung für 2026 erwartet
- Eigenkapitalrendite nach Steuern bei 8,5 % (Vorjahr: 7,2 %)
- CET-/Tier 1-Quote nach Dividendenausschüttung in Höhe von 195 Mio. € bei 17,2 %

Zusammengefasster Lagebericht des Geschäftsjahres 2025

1. Grundlagen des Konzerns

Das Geschäftsmodell der IKB Deutsche Industriebank AG (IKB als Synonym für den Konzern und IKB AG für die Einzelgesellschaft) ist auf den gehobenen deutschen Mittelstand ausgerichtet. Dazu zählen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 100 Mio. €, die in der Regel über eine gute Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung verfügen und besonders niedrige Ausfallraten aufweisen. Seit ihrer Gründung im Jahr 1924 versteht sich die IKB als Partner des deutschen Mittelstands und verfügt über langjährige, stabile Kundenbeziehungen. Ein tiefes Verständnis für Mittelstandsthemen und die Bedürfnisse ihrer Kunden zeichnet die Bank aus. Kompetenz und gegenseitiges Vertrauen bilden die Basis dieser engen Zusammenarbeit und die Unternehmenswerte „professionell, engagiert und verlässlich“ sind der Anspruch, an dem sich die IKB selbst misst.

Produktsegmente, Vertriebsstruktur und Leistungsspektrum

Die Produkteinheiten der IKB gliedern sich in drei Segmente:

- Im Segment Fördermittel werden die Erträge und Aufwendungen aus den vergebenen Förderkrediten an mittelständische Kunden sowie die Beratung zur Erschließung und Beantragung von Fördermitteln ausgewiesen.
- Im Segment Corporate Bank sind die Leistungen aus dem eigenfinanzierten Firmenkundengeschäft zusammengefasst, darunter Finanzierungs- und Beratungsleistungen im traditionellen Kreditgeschäft und die Begleitung bei Kapitalmarktaktivitäten.
- Im Segment Corporate Center werden die Ertrags- und Aufwandsposten aus dem Funding & Asset-Liability-Management sowie des Investmentportfolios dargestellt.

Zum 31. Dezember 2025 beschäftigte die IKB rund 596 Mitarbeitende (Vollzeitarbeitskräfte). Mit einem integrierten Ansatz aus Regionalvertrieb, Sektor- und Produktgruppen stellt die IKB eine bedarfsgerechte und lösungsorientierte Betreuung ihrer Kunden sicher. Eine persönliche Betreuung vor Ort wird durch ein Vertriebsnetz mit sechs Standorten in verschiedenen Regionen ermöglicht. Das Leistungsspektrum der IKB umfasst Kredit- und Strukturierungsberatung, inklusive Kapitalmarktprodukten. Dabei achtet die IKB auf eine disziplinierte Kreditpreispolitik und ein angemessenes Rendite-Risiko-Profil. Darüber hinaus erschließt die Bank für ihre Kunden Finanzierungslösungen, die unabhängig von der eigenen Bilanz genutzt werden können. Dazu zählt die Begleitung von Unternehmen an den Kapitalmarkt, u. a. bei der Begebung von Schuldscheinen oder der Emission von Anleihen. Des Weiteren vermittelt die Bank über den digitalen Plattformvertrieb des IKB Finanzierungsmarktplatzes Finanzierungsvorhaben von mittelständischen Unternehmen an Banken.

Fördermittelkompetenz und ESG-Fokus

Ein wichtiger Produktschwerpunkt liegt im Bereich Fördermittel. Die Kundenbetreuenden der IKB verfügen über tiefgreifendes Expertenwissen in diesem Bereich und können ihre Kunden zu individuell passenden Fördermittellösungen beraten. Bei relevanten Förderprogrammen der KfW Bankengruppe (KfW) hat die IKB einen Marktanteil von 16 % (31. Dezember 2025). Wettbewerber der IKB sind große Universalbanken sowie einige größere Institute aus dem öffentlichen Bankensektor. Die langjährige Fördermittelkompetenz der IKB spielt insbesondere bei der ESG (Environmental, Social, Governance)-Strategie eine zentrale Rolle.

Zum unternehmerischen Selbstverständnis der IKB gehört es, einen relevanten Beitrag zum Schutz von Umwelt und Gesellschaft sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wirtschaft zu leisten. Nachhaltiges Handeln ist daher fest in der Unternehmensstrategie verankert und bildet die Grundlage für eine aktive Rolle der IKB in der „nachhaltigen Transformation“.

Liquiditäts- und Risikosteuerung

Als Teil der Liquiditätssteuerung investiert die Bank am Kapitalmarkt in Wertpapiere mit guter Bonität. Zur Risikosteuerung dieses Portfolios werden Standardderivate eingesetzt, die in der Regel mit zentralen Gegenparteien abgeschlossen werden. Der Fokus der Liquiditätsanlage liegt auf dem kurzen und mittleren Laufzeitenbereich.

Die IKB verfügt über eine solide Kernkapitalbasis. Zur Refinanzierung kann die Bank auf eine stabile und diversifizierte Einlagenbasis zurückgreifen. Privatanlegern und Firmenkunden wird die Gelegenheit geboten, mit ihrer Geldanlage einen Beitrag zur Finanzierung des deutschen Mittelstands zu leisten. Hinzu kommt die Nutzung von Förderprogrammen für den Mittelstand, bei denen keine weiteren Refinanzierungsaktivitäten seitens der IKB erforderlich sind. Die Kapitalmarktabhängigkeit ist daher gering.

Regulatorische Anforderungen

Die IKB steht unter der Aufsicht der deutschen Aufsichtsbehörden, d. h. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank. Die IKB ist derzeit als nicht potenziell systemrelevantes Institut eingestuft.

Aus der Regulierung ergeben sich Rahmenbedingungen, die auch das Geschäftsmodell beeinflussen können: Regulatorische Vorgaben tangieren mittlerweile fast alle Bereiche und Prozesse bzw. sind Bestandteil der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation. Eine hohe Kostendisziplin, eine enge Steuerung der risikogewichteten Aktiva und die Antizipation möglicher zukünftiger Regulierungen bleiben daher von hoher Relevanz für das Geschäftsmodell der IKB. Zudem spielt IT-Sicherheit eine wichtige Rolle. Die IKB verfolgt eine kontinuierliche Optimierung ihrer IT-Architektur, hat in den vergangenen Jahren eine KI-Strategie entwickelt sowie entsprechende Use-Cases umgesetzt und wird dadurch auch künftig ihre prozessuale Effizienz steigern.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft stand 2025 stark unter dem Einfluss der US-Zollpolitik und der damit verbundenen Unsicherheit sowie Verwerfungen an den globalen Finanzmärkten. Der anhaltende Krieg in der Ukraine und der Handelskonflikt zwischen den USA und wichtigen Handelspartnern belasteten die globalen Lieferketten. Die zunehmende Blockbildung der Weltwirtschaft führte zu veränderten Handelsströmen.

Die US-Wirtschaft ist trotz Handelszöllen 2025 um rund 2 % gewachsen sein, da die negativen Effekte durch Vorzieheffekte, einen damit verbundenen Lageraufbau sowie eine Ausweitung der privaten Investitionen kompensiert wurden. China blieb weiter gefangen in der Struktur- und Immobilienkrise. Die Volkswirtschaft expandierte dennoch um 5,0 %, getragen von Exporten und fiskalischen sowie geldpolitischen Stimuli. Das Wachstum im Euroraum blieb 2025 moderat aufwärtsgerichtet mit 1,4 %. Es fehlte jedoch nach wie vor an Schwung.

Die Leitzinsen der großen Notenbanken hatten sich nach einer Phase gemeinsamer Zinssenkungen deutlich auseinanderentwickelt. So liegt in den USA die Fed Funds Rate, nach den Senkungen zum Ende des vergangenen Jahres, bei einer Spanne von 3,5 % bis 3,75 %. Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte Anfang Juni den Leitzins zum vierten und letzten Mal um weitere 25 Basispunkte gesenkt, so dass der Einlagezinssatz derzeit bei 2,0 % liegt, was als neutral angesehen wird.

Die deutsche Wirtschaft konnte 2025 nach zwei Jahren Rezession wieder leicht um 0,2 % zulegen. Dies lag vor allem daran, dass die privaten Haushalte 2025 insgesamt wieder konsumfreudiger waren. Auch der Staat weitete seine Konsumausgaben aus.

Die exportorientierte deutsche Industrie befindet sich hingegen weiterhin in einer schwierigen Lage, nicht zuletzt wegen der im internationalen Vergleich hohen Arbeits- und Energiekosten sowie bürokratischen Belastungen. Zudem sah sich das Verarbeitende Gewerbe 2025 mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert. Die höheren US-Importzölle, aber auch die Aufwertung des Euro führten zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition. Erschwerend kam die stärker werdende Konkurrenz aus China hinzu. In diesem außenwirtschaftlichen Umfeld gingen die Exporte weniger stark als im Vorjahr zurück.

Die Bauinvestitionen sanken 2025 erneut, dazu haben insbesondere die nach wie vor hohen Baukosten beigetragen. Die durch das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel sollten aufgrund des Vorlaufs vieler Projekte frühestens ab 2026 zu spürbaren Impulsen führen.

Deutlich höhere staatliche Ausrüstungsinvestitionen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit glichen die schwachen gewerblichen Investitionen nicht aus – die Investitionen in Ausrüstungen nahmen insgesamt ab. Dabei wurden die Unternehmensinvestitionen durch das schwierige Investitionsumfeld gebremst. Die Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe waren deutlich unterausgelastet, und die privatwirtschaftliche inländische Nachfrage nach Investitionsgütern entsprechend schwach.

Vor diesem Hintergrund blieb auch die Kreditvergabe an Unternehmen verhalten. Dennoch ist das ausstehende Kreditvolumen der Banken an Unternehmen in Deutschland im dritten Quartal leicht gestiegen.

Konjunkturelle Abschwächungen und eine insgesamt schwierigere Unternehmenslage schlugen sich zunehmend in den Kreditbüchern der Banken nieder. Die Quote notleidender Kredite ist seit ihrem Tiefstand Ende 2022 deutlich gestiegen. Der größte Beitrag dazu kam dabei zunächst von Krediten an die Immobilienwirtschaft und hier insbesondere Projektentwickler für Gewerbeimmobilien. Mittlerweile ist aufgrund der konjunkturellen Schwäche eine breitere Zunahme notleidender Kredite zu beobachten. Bei Gewerbeimmobilienkrediten sind die Ausfallrisiken weiterhin signifikant erhöht. Vor allem das Segment der Projektentwickler ist verwundbar gegenüber teureren Anschlussfinanzierungen.

Aufgrund der eingetrübten Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten sowie branchen- und firmenspezifischer Faktoren hatten die Banken im dritten Quartal 2025 ihre Kreditlinien für Unternehmen wieder gestrafft, nachdem sie diese

zunächst am Anfang des Jahres gelockert hatten. Die Straffungen resultierten vor allem aus einem gestiegenen Kreditrisiko.

Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Veränderungen im Konzern

Der IKB Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA, wurde mit Wirkung zum 30. Juni 2025 liquidiert und gelöscht. Die IKB Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA, wurde mit Wirkung zum 12. November 2025 liquidiert und gelöscht. Die IKB Finance B.V. wurde mit Wirkung zum 11. August 2025 in Liquidation gesetzt.

Der Gesellschaftsvertrag der IKB New 1 GmbH wurde mit Wirkung zum 24. November 2025 angepasst. Die Gesellschaft wurde in IKB Immobilien GmbH umfirmiert, der Unternehmensgegenstand geändert und das Geschäftsjahr auf das Kalenderjahr umgestellt. Ferner wurde die wirtschaftliche Neugründung der Gesellschaft angemeldet.

Rechtlich relevante Ereignisse

Mit Wirkung zum 30. Juni 2025 hatte die IKB Funding Trust I sämtliche ausstehenden Trust Preferred Securities im Nominalbetrag von 75.068.000 € gekündigt und zu 100 % des Nominalbetrags zurückgezahlt. Ein Teil der Trust Preferred Securities wurde von der IKB AG gehalten. In der Folge der Rückzahlung wurde die Funding-Trust-Struktur aufgelöst.

Die IKB führt in Bezug auf strukturierte Kreditprodukte mehrere Aktivklagen in den USA. In zwei dieser Verfahren ergingen in erster Instanz teilweise negative Entscheidungen, aufgrund derer sich auf Ebene der IKB AG der hiermit in Verbindung stehende sonstige Vermögensgegenstand um 15,3 Mio. € reduziert. Die IKB hat gegen diese Entscheidungen Rechtsmittel eingelegt.

Mit Bescheid vom 18. September 2025 hat die IKB auf Antrag die Genehmigung zur Nutzung des sogenannten „Group Capital Waiver“ gemäß §2a Abs. 1 KWG i.V.m. Artikel 7 Absatz 3 CRR erhalten. Auf dieser Basis wurde die IKB AG von der Anwendung des Artikels 6 Abs. 1 CRR sowie für das Management von Risiken im Kontext dieser Vorschrift von den Anforderungen gem. § 25a Abs. 1 Satz 3 Nummer 1,2 und 3 Buchstabe b und c KWG bezüglich der Risikocontrolling-Funktion (auf Einzelbasis) freigestellt. Die IKB stellt somit in der Säule I und II seit dem 30. September 2025 alleinig auf die Ebene der aufsichtlichen Gruppe ab.

Personalia

Aufsichtsrat

Die Herren Dr. Karl-Gerhard Eick und Dr. Lutz Christian Funke wurden durch Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung am 13. März 2025 als Anteilseignervertreter erneut in den Aufsichtsrat gewählt.

In der sich an die Hauptversammlung anschließenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurde Herr Dr. Eick als Vorsitzender des Aufsichtsrats wiedergewählt. Auch wurde er wieder zum Mitglied des Risiko- und Prüfungsausschusses gewählt. Als Aufsichtsratsvorsitzender ist er auch wieder Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums, des Nominierungsausschusses und des Vergütungskontrollausschusses.

Bei den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat gab es einen Wechsel im Nominierungsausschuss. Frau Franziska Engel hat das Mandat von Herrn Jörn Walde mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 13. März 2025 übernommen.

Vorstand

Im Berichtszeitraum gab es keine personellen Veränderungen im Vorstand der IKB.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Das Geschäftsjahr 2025 war weiterhin von wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen geprägt. Maßgeblich hierfür war die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft, geopolitische Spannungen und wirtschaftspolitische

Unsicherheiten und die US-Handelspolitik, von denen die IKB unmittelbar und mittelbar durch ihre Kunden betroffen ist.

Geschäftliche Entwicklung

Das Neugeschäftsvolumen wurde im Geschäftsjahr 2025 wie geplant markant auf 2,8 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €) gesteigert. Auf das Eigenmittelneugeschäft entfielen hiervon 66 % (Vorjahr: 59 %).

Ertragslage

Der Konzern hat im Geschäftsjahr 2025 ein im Rahmen der Prognose (rund 60 Mio. €) liegendes Ergebnis vor Steuern in Höhe von 59 Mio. € erzielt (Vorjahr: 56 Mio. €). Die Risikovorsorge entwickelte sich positiver als prognostiziert und hat die Prognoseabweichungen bei Zins- und Provisionsüberschuss sowie Verwaltungsaufwendungen teilweise kompensiert. Im Rahmen ihrer fortgeführten Strategie zur gezielten Reduzierung von Marktpreisrisiken hat die IKB – wie im Prognosebericht des Geschäftsberichts 2024 angekündigt – gezielt langlaufende Schuldverschreibungen veräußert sowie Zinsderivate beendet (De-Risking-Maßnahmen). Ökonomisch wurden die Verluste aus Wertpapieren des Umlaufvermögens sowie den De-Risking-Maßnahmen im Geschäftsjahr 2025 deutlich überkompensiert: Die außerbilanziellen, im Wesentlichen zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivate, verzeichneten insbesondere durch die Zinsentwicklung sowie die Realisation stiller Lasten einen Marktwertanstieg von rund 150 Mio. €, der aufgrund der HGB-Bilanzierungsvorschriften nicht erfolgswirksam erfasst wird, jedoch die ökonomische Position substantiell stärkt (siehe Kapitel „Nicht realisierte Ergebnisse“ im Anhang).. Die damit verbundene Reduzierung des allgemeinen Bankrisikos wurde – ergänzend zur bereits zum 30. Juni 2025 vorgenommenen Teilauflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 93 Mio. € – durch eine weitere Teilauflösung nachvollzogen. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr damit 104 Mio. € (Vorjahr: 43 Mio. €) aufgelöst.

Auf das Segment Fördermittel entfiel ein Ergebnisbeitrag in Höhe von 20 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €), auf das Segment Corporate Bank 29 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) und auf das Segment Corporate Center 10 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

In der IKB AG lag das Ergebnis vor Steuern mit 44 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €) deutlich unter der Prognose (rund 60 Mio. €). Die deutliche Abweichung ist insbesondere auf einen ungeplanten Aufwand im Rahmen der Bewertung einer konzerninternen Unterbeteiligung im Sonstigen Ergebnis zurückzuführen, die erwartete Ausgleichszahlungen anhängiger Klagen betrifft.

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	1.1.2025 - 31.12.2025	1.1.2024 - 31.12.2024	1.1.2025 - 31.12.2025	1.1.2024 - 31.12.2024
Zinsüberschuss	176	205	175	205
Provisionsüberschuss	19	16	19	16
Brutto-Erträge	195	220	194	221
Verwaltungsaufwendungen	-146	-139	-146	-139
Personalaufwendungen	-78	-76	-78	-75
Andere Verwaltungsaufwendungen	-68	-64	-67	-63
Ergebnis vor Risikovorsorge	48	81	48	82
Risikovorsorgesaldo	-20	-45	-20	-45
Operatives Ergebnis	29	36	28	37
Sonstiges Ergebnis	31	20	15	15
Ergebnis vor Steuern	59	56	44	52
Steueraufwand / Steuerertrag	2	5	2	5
Ergebnis nach Steuern	61	61	45	57

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Weitere Kennzahlen	Konzern	
	1.1.2025 - 31.12.2025	1.1.2024 - 31.12.2024
Neugeschäftsvolumen (in Mrd. €)	2,8	2,2
davon Eigenmittelgeschäft	1,8	1,3
davon Fördermittelgeschäft	0,9	0,9
Zinsmarge Kreditbuch (in %)¹⁾	1,58	1,90
Risikokosten Kreditbuch (in %)²⁾	0,23	0,50
Cost-Income-Ratio (in %)³⁾	75,1	63,2
Cost-Income-Ratio bereinigt^{3) 4)} (in %)	66,9	58,0
Return on Equity (in %)⁵⁾	8,5	7,2

- 1) Die Zinsmarge entspricht dem Quotienten aus dem Zinsüberschuss der Segmente Fördermittel und Corporate Bank zu den korrespondierenden Volumina des Kreditbuchs.
- 2) Die Risikokosten entsprechen dem Quotienten aus dem Risikovorsorgesaldo der Segmente Fördermittel und Corporate Bank zu den korrespondierenden Volumina des Kreditbuchs.
- 3) Die Cost-Income-Ratio ermittelt sich aus dem Quotienten von Verwaltungsaufwendungen und Bruttoerträgen (Zins- und Provisionsüberschuss).
- 4) Bereinigt um Einmalkosten für strategische und Projekte im regulatorischen Umfeld (8 Mio. €) sowie Einmalkosten im Zusammenhang mit dem IT-Dienstleister-Wechsel (8 Mio. €) (Vorjahr: bereinigt um 11 Mio. € für Projekte im regulatorischen Umfeld).
- 5) Der Return on Equity errechnet sich aus dem Verhältnis von Jahresüberschuss zum durchschnittlich zugeordneten Eigenkapital, das sich aus einer 12-prozentigen kalkulatorischen Kapitalunterlegung der Risikoaktiva gemäß CRR ergibt.

Zins- und Provisionsüberschuss

Der Zinsüberschuss enthält Zinserträge und -aufwendungen, laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. Der Provisionsüberschuss ergibt sich als Saldo aus Provisionserträgen und -aufwendungen.

Der kumulierte Zins- und Provisionsüberschuss lag, entgegen der Prognose eines moderat geringeren Überschusses, mit 195 Mio. € (Vorjahr: 220 Mio. €) im Konzern bzw. 194 Mio. € (Vorjahr: 221 Mio. €) in der IKB AG deutlich unter Vorjahr.

Die Zinserträge sind im Geschäftsjahr 2025 volumen- und zinsinduziert zurückgegangen. Neben dem Rückgang des Kreditvolumens im Vorjahr ist dies insbesondere darauf zurückzuführen, dass signifikante Teile des deutlich gestiegenen Neugeschäftsvolumens erst ab Ende des ersten Halbjahres ausgereicht wurden, so dass Zinserträge hieraus erst verzögert im Vergleich zur Prognose angefallen sind. Gleichzeitig wurde weiterhin ein starker Fokus auf sehr gute und gute Bonitäten (interne Ratingklassen 1-7) mit niedrigen Risikoauflagen gelegt. Die Zinsaufwendungen für Refinanzierungen sind zinsinduziert aufgrund der niedrigeren Referenzzinssätze gesunken, aufgrund des hohen Wettbewerbs bei den Privat- und Geschäftskundeneinlagen allerdings nicht im gleichen Umfang wie die Zinserträge. Der Provisionsüberschuss konnte insbesondere aufgrund des höheren Kreditneugeschäfts und vermehrter Kapitalmarktaktivitäten der Kunden gesteigert werden.

Der Zinsüberschuss lag im Geschäftsjahr 2025 im Konzern bei 176 Mio. € (Vorjahr: 205 Mio. €), wovon auf das Segment Fördermittel 65 Mio. € (Vorjahr: 72 Mio. €), auf das Segment Corporate Bank 70 Mio. € (Vorjahr: 99 Mio. €) und auf das Segment Corporate Center 42 Mio. € (Vorjahr: 34 Mio. €) entfielen.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften haben sich auf 290 Mio. € (Vorjahr: 344 Mio. €) und die Zinserträge aus Schuldverschreibungen auf 67 Mio. € (Vorjahr: 72 Mio. €) verringert. Die unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesenen Erträge aus Fondsanteilen haben sich auf 18 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) erhöht. Das Zinsergebnis aus Derivaten verringerte sich auf 35 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 52 Mio. €), bestehend aus Zinsaufwendungen in Höhe von 31 Mio. € (Vorjahr: 66 Mio. €) und Zinserträgen in Höhe von 66 Mio. € (Vorjahr: 118 Mio. €). Die Zinsaufwendungen für Refinanzierungen sind auf 234 Mio. € (Vorjahr: 273 Mio. €) zurückgegangen.

Der Zinsüberschuss in der IKB AG lag bei 175 Mio. € (Vorjahr: 205 Mio. €). Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften betrugen in der IKB AG 298 Mio. € (Vorjahr: 356 Mio. €) und die Zinserträge aus Schuldverschreibungen 65 Mio. € (Vorjahr: 71 Mio. €). Die unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesenen Erträge aus Fondsanteilen haben sich auf 12 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) erhöht. Das Zinsergebnis aus Derivaten verringerte sich auf 35 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 52 Mio. €), bestehend aus Zinsaufwendungen in Höhe von 31 Mio. € (Vorjahr: 66 Mio. €) und Zinserträgen in Höhe von 66 Mio. € (Vorjahr: 118 Mio. €). Die Zinsaufwendungen für Refinanzierungen lagen bei 234 Mio. € (Vorjahr: 274 Mio. €).

Der Provisionsüberschuss lag bei 19 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) im Konzern bzw. bei 19 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) in der IKB AG. Im Konzern entfielen vom Provisionsüberschuss auf das Segment Fördermittel 6 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €), auf das Segment Corporate Bank 11 Mio. € (Vorjahr: 9 Mio. €) und auf das Segment Corporate Center 2 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand umfasst folgende Posten: Personalaufwand, Andere Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Der Verwaltungsaufwand stieg entgegen der Prognose, welche die Verwaltungsaufwendungen auf Vorjahresniveau vorsah, auf 146 Mio. € (Vorjahr: 139 Mio. €) im Konzern und auf 146 Mio. € (Vorjahr: 139 Mio. €) in der IKB AG an. Der Anstieg ist insbesondere auf höher als geplante Einmalkosten im Zusammenhang mit dem Wechsel des IT-Dienstleisters und Kosten für strategische Projekte zurückzuführen. Im Konzern ist im Segment Fördermittel ein Verwaltungsaufwand in Höhe von 41 Mio. € (Vorjahr: 37 Mio. €), im Segment Corporate Bank 50 Mio. € (Vorjahr: 46 Mio. €) und im Segment Corporate Center 56 Mio. € (Vorjahr: 56 Mio. €) angefallen.

Der Personalaufwand betrug im Konzern 78 Mio. € (Vorjahr: 76 Mio. €) und in der IKB AG 78 Mio. € (Vorjahr: 75 Mio. €). Der Anstieg des Personalaufwands resultiert aus Gehaltsanpassungen und dem Anstieg der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr. Die Anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind im Konzern auf 68 Mio. € (Vorjahr: 64 Mio. €) und in der IKB AG auf 67 Mio. € (Vorjahr: 63 Mio. €) gestiegen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft (im Folgenden Risikovorsorgesaldo) umfasst Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie die Zuführungen zu Rückstellungen bzw. Zuschreibungen zu Forderungen sowie Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft.

Für die Lageberichtserstattung werden in Übereinstimmung mit der internen Steuerung Zuschreibungen und Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve nicht im Risikovorsorgesaldo, sondern im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen (siehe Abschnitt „Sonstiges Ergebnis“).

Der Risikovorsorgesaldo lag im Geschäftsjahr 2025 im Konzern bei 20 Mio. € Aufwand (Vorjahr: 45 Mio. € Aufwand) und in der IKB AG bei 20 Mio. € Aufwand (Vorjahr: 45 Mio. € Aufwand) und damit trotz der geopolitischen Unsicherheiten, aufgrund der selektiven Kreditvergabepraxis mit Fokus auf sehr gute und gute Bonitäten deutlich unter dem prognostizierten Wert von 25 Mio. €. Davon betrafen 8 Mio. € (bzw. 9 Basispunkte bezogen auf das Kreditbuch) die Dotierung einer zusätzlichen Pauschalwertberichtigung zur Abdeckung erhöhter latenter Risiken vor allem aufgrund von möglichen Verlustabschlägen bei einer länger andauernden Phase niedrigerer Marktpreise im Immobilienbuch. Der Risikovorsorgesaldo entspricht Risikokosten von 23 Basispunkten (Vorjahr: 50 Basispunkte) bezogen auf das Kreditbuch. Im Konzern entfielen auf das Segment Fördermittel 10 Mio. € Aufwand (Vorjahr: 1 Mio. € Aufwand), auf das Segment Corporate Bank 10 Mio. € Aufwand (davon 8 Mio. € zusätzliche Pauschalwertberichtigung); Vorjahr: 44 Mio. € Aufwand) und auf das Segment Corporate Center 0 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 0 Mio. € Aufwand).

Ergänzende Informationen zur Risikovorsorge finden sich im Kapitel „3. Risiko- und Chancenbericht“, Tabelle Risikovorsorge.

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis umfasst die sonstigen betrieblichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen, die Abschreibungen und Zuschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Wertpapiere des Umlauf- und Anlagevermögens und die Zuführungen und Auflösungen von Vorsorgereserven.

Das Sonstige Ergebnis lag im Konzern im Geschäftsjahr 2025 bei 31 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 20 Mio. € Ertrag) und in der IKB AG bei 15 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 15 Mio. € Aufwand). Dies ist auf die folgenden wesentlichen Einflussfaktoren zurückzuführen:

- Aus Wertpapieren des Umlaufvermögens ergaben sich sowohl im Konzern als auch in der IKB AG Aufwendungen in Höhe von 60 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. € Erträge).
- Aus der Beendigung von Zins-Derivatepositionen des Bankbuchs (De-Risking-Maßnahmen) ergaben sich sowohl im Konzern als auch in der IKB AG per saldo Aufwendungen in Höhe von 24 Mio. € (Vorjahr: per saldo 29 Mio. € Aufwendungen).
- Im Rahmen ihrer fortgeführten Strategie zur gezielten Reduzierung von Marktpreisrisiken hat die IKB – wie im Prognosebericht des Geschäftsberichts 2024 angekündigt – gezielt langlaufende Schuldverschreibungen veräußert sowie Zinsderivate beendet (De-Risking-Maßnahmen). Ökonomisch wurden die Verluste aus Wertpapieren des Umlaufvermögens sowie den De-Risking-Maßnahmen im Geschäftsjahr 2025 deutlich überkompensiert: Die außerbilanziellen, im Wesentlichen zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivate, verzeichneten insbesondere durch die Zinssentwicklung sowie die Realisation stiller Lasten einen Marktwertanstieg von rund 150 Mio. €, der aufgrund der HGB-Bilanzierungsvorschriften nicht erfolgswirksam erfasst wird, jedoch die ökonomische Position substantiell stärkt (siehe Kapitel „Nicht realisierte Ergebnisse“ im Anhang). Die damit verbundene Reduzierung des allgemeinen Bankrisikos wurde – ergänzend zur bereits zum 30. Juni 2025 vorgenommenen Teilauflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 93 Mio. € – durch eine weitere Teilauflösung nachvollzogen. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr damit 104 Mio. € (Vorjahr: 43 Mio. €) aufgelöst.
- Im Rahmen der vollständigen Schließung des Credit Default Swaps-Bankbuchs ergaben sich aus der vorzeitigen Beendigung der Derivate sowohl im Konzern als auch in der IKB AG per saldo Erträge in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).
- Aus der Beendigung der IKB Funding Trust I-Struktur ergaben sich im Konzern Erträge in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).
- Aus der Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen resultierte im Berichtszeitraum sowohl im Konzern als auch in der IKB AG ein Aufwand in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. € Aufwand), während aus der Wertentwicklung des CTA-Vermögens sowohl im Konzern als auch in der IKB AG per saldo Erträge in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. € Ertrag) erzielt wurden.
- Darüber hinaus enthält das Sonstige Ergebnis sowohl im Konzern als auch in der IKB AG Rechts- und Projektkosten bzw. Aufwendungen zur Absicherung von unternehmerischen Risiken in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €). Der Rückgang resultiert insbesondere aus geringeren Rechtskosten im Zusammenhang mit Aktivklagen und geringeren Kosten für projektbegleitende Beratung.
- Die außerordentlichen Aufwendungen beliefen sich sowohl im Konzern als auch in der IKB AG auf 6 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) und entfallen auf Restrukturierungsaufwendungen.
- Aus der Auflösung von bzw. Zuführung zu Rückstellungen ergaben sich sowohl im Konzern als auch in der IKB AG per saldo Aufwendungen in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. € Erträge).
- Das Devisenergebnis lag im Berichtszeitraum bei 0 Mio. € Aufwand (Vorjahr: 0 Mio. € Ertrag) im Konzern bzw. 2 Mio. € Aufwand (Vorjahr: 1 Mio. € Ertrag) in der IKB AG.

- Aus der Bewertung einer konzerninternen Unterbeteiligung bzw. Forderung, die erwartete Ausgleichszahlungen anhängiger Klagen betreffen, sind neben Auswirkungen auf das Devisenergebnis in der IKB AG 13 Mio. € Aufwendungen (Vorjahr: 5 Mio. € Aufwendungen) bzw. im Konzern 3 Mio. € Aufwendungen (Vorjahr: 1 Mio. € Aufwendungen) im Sonstigen Ergebnis enthalten.
- Die Aufwendungen aus Verlustübernahme in der IKB AG lagen bei 1 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Steuern

Im Geschäftsjahr 2025 sind sowohl im Konzern als auch in der IKB AG 2 Mio. € Erträge (Vorjahr: 5 Mio. € Erträge) aus Steuern angefallen, die insbesondere Erträge aus Steuern für Vorjahre betreffen.

Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2025 wurde im Konzern ein im Rahmen der Prognose in Höhe von rund 60 Mio. € liegendes Ergebnis vor Steuern in Höhe von 59 Mio. € (Vorjahr: 56 Mio. €) erzielt. In der IKB AG lag das Ergebnis vor Steuern mit 44 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €) deutlich unter der Prognose. Der Konzernjahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2025 lag bei 61 Mio. € (Vorjahr: 61 Mio. €). In der IKB AG lag der Jahresüberschuss bei 45 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns ist im Berichtszeitraum um 0,3 Mrd. € auf 14,3 Mrd. € angestiegen (IKB AG: Anstieg um 0,3 Mrd. € auf 14,4 Mrd. €).

Das Bruttokreditvolumen, das auch das außerbilanzielle Geschäft enthält (siehe auch Kapitel „3. Risiko- und Chancenbericht“), lag am Berichtsstichtag bei 14,8 Mrd. € (IKB AG: bei 14,8 Mrd. €). Es umfasst im Wesentlichen mittel- und langfristige Kredite an Kreditinstitute und Kunden, Schuldverschreibungen, die positiven Marktwerte der Derivate des Anlagebuchs sowie Bürgschaften.

Aktiva

Zum Berichtsstichtag wurden sowohl im Konzern als auch in der IKB AG 0,9 Mrd. € Wertpapiere mit Restlaufzeiten von 1-3 Monaten erworben. Hiervon werden 0,6 Mrd. € unverzinsliche Schatzanweisungen (Vorjahr: 0,0 Mrd. €) unter Schuldtitel öffentlicher Stellen ausgewiesen. Weitere 0,3 Mrd. € sind im Posten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren enthalten.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im Konzern gegenüber dem 31. Dezember 2024 im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der gestellten Barsicherheiten um 0,3 Mrd. € auf 1,6 Mrd. € (IKB AG: 0,3 Mrd. € auf 1,6 Mrd. €).

Der Bestand an Forderungen an Kunden ging wie prognostiziert geringfügig zurück: im Konzern auf 7,9 Mrd. € (Vorjahr: 8,1 Mrd. €) und in der IKB AG auf 8,2 Mrd. € (Vorjahr: 8,4 Mrd. €). Der deutliche Anstieg des Neugeschäftsvolumens konnte die Tilgungen nahezu ausgleichen.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat sich im Vergleich zum 31. Dezember 2024 im Konzern von 3,3 Mrd. € auf 3,6 Mrd. € (IKB AG: von 3,3 Mrd. € auf 3,6 Mrd. €) erhöht. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren lag im Konzern konstant bei 0,4 Mrd. € (IKB AG: konstant bei 0,1 Mrd. €).

Passiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich wegen höherer besicherter Refinanzierungen im Interbankenmarkt im Konzern um 0,6 Mrd. € auf 8,8 Mrd. € (IKB AG: um 0,6 Mrd. € auf 8,8 Mrd. €) erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich im Konzern um 0,2 Mrd. € auf 3,7 Mrd. € (IKB AG: um 0,2 Mrd. € auf 3,7 Mrd. €). Geschäftskundeneinlagen und begebene Schuldscheindarlehen gingen zurück, während der Bestand an Privatkundeneinlagen gestiegen ist und es Verschiebungen von Tagesgeldern in Termineinlagen gab.

Auf Finanzinstrumente des Bankbuchs in Form von Wertpapieren, Derivaten und aus nicht fristenkongruenter Refinanzierung des Kreditbuches sind im Berichtszeitraum und in den vergangenen Geschäftsjahren durch die Veränderungen von Marktzinssätzen, Währungskursen und Bonitäten unrealisierte Gewinne und unrealisierte Verluste entstanden. In den künftigen Geschäftsjahren können sich hieraus sowie aus Änderungen regulatorischer Vorgaben oder deren Auslegung Belastungen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Bankbuchbarwerts ergeben. Aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 3 ergab sich zum 31. Dezember 2025 kein Rückstellungsbedarf.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten lagen weiterhin bei 0,5 Mrd. € (IKB AG: weiterhin bei 0,5 Mrd. €).

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken hat sich unter Berücksichtigung der ertragswirksamen Teilauflösung auf 0,0 Mrd. € verringert (Vorjahr: 0,1 Mrd. €).

Eigenkapital

Gegenüber dem 31. Dezember 2024 hat sich das bilanzielle Eigenkapital aufgrund des Jahresergebnisses im Konzern von 1.127 Mio. € auf 1.188 Mio. € und in der IKB AG von 1.144 Mio. € auf 1.190 Mio. € erhöht. Eine Ausschüttung an den Alleinaktionär hat wie prognostiziert im Geschäftsjahr 2025 nicht stattgefunden.

Bei der Berechnung der regulatorischen Eigenmittel ist der Bestand des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 12 Mio. € als hartes Kernkapital zu berücksichtigen.

Finanzlage

Aufgrund des Funding-Mix ist die Liquiditätslage der IKB stabil. Neben zweckbestimmten Refinanzierungen über Förderbanken und anderen besicherten Refinanzierungen im Interbankenmarkt bzw. Refinanzierungen über die EZB, nimmt die IKB revolvierend Einlagen von Geschäfts- und Privatkunden herein und betreibt das Kreditneugeschäft selektiv.

Zur Darstellung der Fälligkeit von Verbindlichkeiten wird auf die Restlaufzeitengliederung im Anhang verwiesen. Zur Liquiditäts- und Finanzierungssituation wird auf das Kapitel „3. Risiko- und Chancenbericht“ verwiesen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Steuerung bei der IKB von untergeordneter Bedeutung. Neben einer Vielzahl von steuerungsrelevanten Sub-Größen nutzt die IKB die nachfolgenden finanziellen Indikatoren als wesentliche Leistungsindikatoren zur Steuerung. Hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen Kernkapitalquote und der Leverage Ratio wurde der IKB mit Bescheid der BaFin vom 18. September 2025 ein sog. „Group Capital Waiver“ gem. §2a Abs. 1 KWG i.V.m. Artikel 7 Absatz 3 CRR erteilt. Damit stellt die IKB sowohl in ihrer Kapitalsteuerung als auch in ihren Meldungen nach Säule I ausschließlich auf die Institutsgruppe ab. Deshalb wird nachfolgend für die aufsichtsrechtliche Kapitalquote und die Leverage Ratio auf eine Darstellung des Einzelinstituts verzichtet.

Aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote

Zum 31. Dezember 2025 liegt die CET 1-Quote der IKB-Gruppe bei 17,2 % (31. Dezember 2024: 19,2 %) und damit unverändert deutlich über den gesetzlichen Mindestanforderungen. Hierin berücksichtigt ist die Absicht des Alleinaktionärs, den Gewinnvortrag der IKB AG auszuschütten. Der Gewinnvortrag beträgt in der IKB-Gruppe 134,7 Mio. €.

Die seitens der Bank konjunkturbedingt antizipierten, negativen Bonitätsmigrationen im Kreditportfolio sind geringer als erwartet eingetreten. Die damit erwarteten negativen Auswirkungen auf die risikogewichteten Aktiva sind damit weitestgehend ausgeblieben. Die wesentliche Ursache für den Rückgang der RWA war die gegenüber der Planung sowohl bessere Bonitätsstruktur als auch die vollständige Schließung des Credit Default Swaps-Bankbuchs der IKB.

Leverage Ratio

Die Leverage Ratio setzt die weitgehend ungewichtete Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte in Beziehung zum regulatorischen Kernkapital und ist gemäß CRR II seit dem 28. Juni 2021 als verbindliche Mindestanforderung ausgestaltet.

Zum 31. Dezember 2025 liegt die Leverage Ratio der IKB-Gruppe bei 6,2 % (Vorjahr 7,6 %). Die gesetzliche Mindestquote wird damit deutlich übertroffen. Die Prognose, eine Leverage Ratio in der IKB-Gruppe von rd. 8 % zu erzielen, wurde unter Berücksichtigung eines Korrekturpostens auf das CET 1 in Höhe des Gewinnvortrages für die oben genannte beabsichtigte Ausschüttung des Alleinaktionärs deutlich unterschritten.

Gewinn vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag im Konzern mit 59 Mio. € im Rahmen der Prognose (rund 60 Mio. €).

Die Risikovorsorge entwickelte sich positiver als prognostiziert und hat die Prognoseabweichungen bei Zins- und Provisionsüberschuss sowie Verwaltungsaufwendungen teilweise kompensiert. Im Rahmen ihrer fortgeführten Strategie zur gezielten Reduzierung von Marktpreisrisiken hat die IKB – wie im Prognosebericht des Geschäftsberichts 2024 angekündigt – gezielt langlaufende Schuldverschreibungen veräußert sowie Zinsderivate beendet. Ökonomisch wurden die hieraus entstandenen ergebniswirksamen Belastungen im Geschäftsjahr 2025 deutlich überkompensiert: Die zur außerbilanziellen, im Wesentlichen zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivate, verzeichneten insbesondere durch die Zinsentwicklung sowie die Realisation stiller Lasten einen Marktwertanstieg von rund 150 Mio. €, der aufgrund der HGB-Bilanzierungsvorschriften nicht erfolgswirksam erfasst wird, jedoch die ökonomische Position substantiell stärkt (siehe Kapitel „Nicht realisierte Ergebnisse“ im Anhang). Die damit verbundene Reduzierung des allgemeinen Bankrisikos wurde – ergänzend zur bereits zum 30. Juni 2025 vorgenommenen Teilauflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 93 Mio. € – durch eine weitere Teilauflösung nachvollzogen. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr damit 104 Mio. € (Vorjahr: 43 Mio. €) aufgelöst.

Das Ergebnis vor Steuern in der IKB AG lag mit 44 Mio. € deutlich unter der Prognose in Höhe von rund 60 Mio. €. Die deutliche Abweichung ist insbesondere auf einen ungeplanten Aufwand im Rahmen der Bewertung einer konzerninternen Unterbeteiligung im Sonstigen Ergebnis zurückzuführen, die erwartete Ausgleichszahlungen anhängiger Klagen betrifft.

Cost-Income-Ratio und Return on Equity

Die Cost-Income-Ratio zeigt die Verwaltungsaufwendungen in Relation zur Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss; die Kennziffer lag im Geschäftsjahr 2025 im Konzern bei 75,1 % (Vorjahr: 63,2 %) und damit höher als prognostiziert (leicht unter 70 %), da die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss nicht nur moderat, sondern deutlich unter der Prognose lag. Auch sind die Verwaltungsaufwendungen, entgegen der Prognose auf Vorjahresniveau, angestiegen.

Der Return on Equity als Verhältnis von Jahresüberschuss zum durchschnittlich zugeordneten Eigenkapital, das sich aus einer 12-prozentigen kalkulatorischen Kapitalunterlegung der Risikoaktiva gemäß CRR ergibt, lag im Geschäftsjahr 2025 im Konzern bei 8,5 % (Vorjahr: 7,2 %) und damit im Rahmen der Prognose (rund 8 %).

Liquidity Coverage Ratio

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) ist der Quotient aus dem Bestand an hochliquiden Aktiva (Liquiditätspuffer) und dem kurzfristigen Netto-Liquiditätsbedarf, quantifiziert als Saldo aller gewichteten Zu- und Abflüsse (Cashflows) der nächsten 30 Kalendertage.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Entwicklung der LCR im Vergleich zum 31. Dezember 2024.

in %	IKB-Gruppe		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Liquidity Coverage Ratio	424	366	374	322

Damit lag die Kennziffer, wie prognostiziert, nachhaltig über dem angestrebten Mindestwert von über 100 %.

Net Stable Funding Ratio

Die Net Stable Funding Ratio (NSFR) zur Abbildung der mittel- bis langfristigen Liquidität betrug zum 31. Dezember 2025 in der IKB-Gruppe 120 % (IKB AG: 118 %) und lag damit wie prognostiziert nachhaltig über der gesetzlichen Mindestanforderung von 100 %.

in %	IKB-Gruppe		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Net Stable Funding Ratio	120	125	118	122

Gesamtaussage

Das Konzernergebnis vor Steuern für das Geschäftsjahr 2025 lag bei 59 Mio. € und damit im Rahmen der Prognose (rund 60 Mio. €). Das Ergebnis vor Steuern in der IKB AG lag bei 44 Mio. € und damit deutlich unter der Prognose (rund 60 Mio. €).

Die Finanz- und die Vermögenslage sind geordnet. Die Geschäftsentwicklung ist aus Sicht der Bank vor dem Hintergrund des weiterhin herausfordernden Geschäftsumfelds zufriedenstellend verlaufen.

Zusammengefasster gesonderter nichtfinanzieller Bericht

Die IKB beabsichtigt, die nichtfinanzielle Konzernklärung für das Geschäftsjahr 2025 gemäß § 340i Abs. 5 HGB i.V.m. § 315b HGB, die mit der nichtfinanziellen Erklärung des Mutterunternehmens nach § 340a Abs. 1a HGB i.V.m. § 289 HGB zusammengefasst ist, fristgemäß bis Ende April 2026 auf der Unternehmenswebseite als zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Bericht unter <https://www.ikb.de/de/firmenkunden/berichte-und-praesentationen> zu veröffentlichen.

3. Risiko- und Chancenbericht

Zur vollständigen und sachgerechten Abarbeitung aller Feststellungen aus der im Geschäftsjahr 2023 von der BaFin durchgeführten Nachschauprüfung des Risikomanagements nach § 44 Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG) wurden mit externer Unterstützung im Geschäftsjahr 2024 Anpassungen an den Prozessen und Methoden des Risikomanagements und zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit vorgenommen. Eine aufsichtliche Überprüfung der implementierten Anpassungen wurde im ersten Halbjahr 2025 durchgeführt. Das von der Aufsicht attestierte Ergebnis führt dazu, dass die gemäß § 10 Abs. 3 S. 1 i.V.m. S. 2 Nr. 2 des KWG angeordneten zusätzlichen temporären Eigenmittelanforderungen mit Datum 2. Juli 2025 vollständig aufgehoben wurden.

Risikomanagement-Organisation

Die Bank betreibt unter Berücksichtigung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie sonstiger einschlägiger Verlautbarungen der Aufsichtsbehörden ein Risikomanagement, welches den Gesamtkonzern und Risikoarten aller Segmente einbezieht. Mit der jährlichen Risikoinventur verschafft sich die Bank einen Überblick über die Risikosituation der Bank, aller Tochtergesellschaften und wesentlicher Auslagerungen und beurteilt Risiko- und

Ertragskonzentrationen. Die Auswirkungen von Risikotreibern aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) auf die etablierten Risikoarten werden in einer jährlichen ESG-Risikotreiberanalyse untersucht. Die ESG-Risikotreiberanalyse bezieht neben den für die Bank gemäß Risikoinventur wesentlichen Risikoarten auch die für die Bank als unwesentlich eingestuften Reputationsrisiken und strategische Risiken ein. Das Risikomanagement-System ist einschließlich der Aufgaben und Verantwortungsbereiche in der schriftlich fixierten Ordnung der Bank dokumentiert.

Die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen sind in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt.

Für das Risikomanagement ist der Gesamtvorstand der IKB AG verantwortlich. Ausgehend von der strategischen Geschäftsausrichtung und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in der Geschäfts- und Risikostrategie und im sogenannten Limitbook ihren Niederschlag finden. Spezielle Ausschüsse unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen vierteljährlich die Risikolage und das Risikomanagement der Bank. Darüber hinaus wird mindestens einmal jährlich nach turnusmäßiger Aktualisierung und darüber hinaus anlassbezogen z. B. bei unterjährigen Anpassungen die Geschäfts- und Risikostrategie mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Das Risikomanagement in der IKB folgt dem Prinzip der „drei Verteidigungslinien“, wobei jede einzelne Einheit (Markt, Marktfolge sowie Zentralbereiche und Stabsabteilungen) im Rahmen ihrer operativen Verantwortung die „erste Verteidigungslinie“ bildet.

Die „zweite Verteidigungslinie“ dient der Steuerung und Überwachung der Risikomanagementfunktionen der „ersten Verteidigungslinie“. Hierzu gehört die Festlegung von Methoden und Verfahren für das Risikomanagement sowie die Überwachung der als wesentlich identifizierten Risiken und die Berichterstattung an den Vorstand. Zur zweiten Verteidigungslinie gehören die Aufgaben des Risikocontrollings und -managements, Informationsrisikomanagement und Informationssicherheitsmanagement und des Datenschutzbeauftragten. Weiterhin gehören zur zweiten Verteidigungslinie die Compliance-Funktion nach MaComp, die Compliance-Funktion nach MaRisk, der Beauftragte für den Schutz von Finanzinstrumenten und Geldern von Kunden sowie die Geldwäsche-Funktion/Zentrale Stelle. Die unabhängige portfoliobezogene Überwachung der Adress-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie der Nichtfinanziellen Risiken durch das Risikocontrolling sind ebenso wie die Compliance-Funktionen im Vorstandsressort von Herrn Dr. Trutwein angesiedelt. Die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung liegt im Vorstandsressort von Herrn Dr. Wiedmann. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Die „dritte Verteidigungslinie“ des Risikomanagements in der IKB bildet die Stabsabteilung Interne Revision. Die Interne Revision ist eine selbstständige, prozessunabhängige und neutrale Überwachungseinheit innerhalb des IKB-Konzerns. Sie arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands und berichtet unmittelbar an den Vorstand. Die Ressortverantwortung für die Interne Revision ist bei Herrn Dr. Wiedmann angesiedelt. Auf Basis risikoorientierter Prozessprüfungen werden konzernweit alle relevanten Aktivitäten und Prozesse untersucht und die Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) überprüft.

Die von der IKB an andere Dienstleister ausgelagerten Prozesse und Aktivitäten werden im Rahmen fortlaufender Prüfungen sowie durch eigene Prüfungsaktivitäten der Internen Revision bei den Drittdienstleistern überwacht.

Im Rahmen von Quartalsberichten und eines Jahresberichts informiert die Interne Revision den Vorstand und den Aufsichtsrat in zusammenfassender Form u. a. über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen, die dazu vereinbarten Maßnahmen sowie deren Abarbeitungsstände als auch akzentuiert über die durchgeführten Prüfungen und die Einhaltung des Prüfungsplanes. Darüber hinaus wird der Vorstand auf Basis der zu allen Prüfungen erstellten Prüfberichte laufend und detailliert über die jeweiligen Prüfungsergebnisse unterrichtet. Unabhängig davon kann der Vorsitzende des Aufsichtsrats unter Einbezug des Vorstandsvorsitzenden sowie der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses direkt beim Leiter der Internen Revision Auskünfte einholen.

Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit

Regulatorische Kapitalausstattung

Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung nach den Regularien der Capital Requirement Regulation (CRR). Für das Adressausfallrisiko hat die Bank seit dem Jahr 2019 die Zulassung zum Basis-IRB-Ansatz (Internal Ratings Based Approach) erhalten. Die Bank wendet den Basis-IRB-Ansatz für die Ratingmodelle Corporates, Banken-, Länder- und Transferrisiken sowie Commercial Real Estate an. Für die Ermittlung der Credit-Valuation-Adjustment-Charge nutzt die Bank seit dem 1. Januar 2025, mit Erstanwendung der CRR III den reduzierten Basisansatz, für das operationelle Risiko den Standardansatz und für das Marktpreisrisiko die aufsichtlich vorgegebene Standardmethode. Weiterhin wendet die Bank zur Ermittlung der Nettobemessungsgrundlage für Derivate den aufsichtsrechtlichen Netting-Ansatz unter Berücksichtigung von bestehenden Aufrechnungsvereinbarungen an.

Mit Schreiben vom 02. Juli 2025 hat die BaFin mitgeteilt, dass als Folge des positiven Ergebnisses der Nachschauprüfung der Deutschen Bundesbank die Voraussetzungen für die Anordnung der erhöhten Eigenmittel nach § 10 Abs. 3 Satz 1 i.V. m. Satz 2 Nr. 2 KWG nicht mehr gegeben sind. Die BaFin hat den Kapitalzuschlag in diesem Kontext vollständig aufgehoben. Darüber hinaus hat die BaFin der IKB als weitere Konsequenz des positiven Prüfungsergebnisses mit Bescheid vom 18. September 2025 einen sogenannten „Group Capital Waiver“ gemäß § 2a Abs. 1 KWG i.V.m. Artikel 7 Abs. 3 CRR erteilt. Damit stellt die IKB sowohl in ihrer Kapitalsteuerung als auch in ihren Meldungen nach Säule I ausschließlich auf die Institutsgruppe ab. Deshalb entfällt nachfolgend die Darstellung des Einzelinstituts.

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten (transitional), wie sie mit dem Beschluss der Hauptversammlung über die Gewinnverwendung wirksam werden.

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation der IKB-Gruppe unter CRR¹⁾²⁾

Werte in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Adressenausfallrisiko (inklusive CVA-Charge)	4.970	5.887
Marktrisikoäquivalent	40	109
Operationelles Risiko	604	435
Total Risk Weighted Assets (RWA)	5.614	6.431
Common Equity Tier 1 (CET 1)	968	1.236
Additional Tier 1 (AT 1)	0	0
Total Tier 1 (T 1)	968	1.236
Tier 2 (T 2)	245	317
Own Funds	1.213	1.553
CET 1-Ratio (in %)	17,2	19,2
T 1-Ratio (in %)	17,2	19,2
Own Funds Ratio (in %)	21,6	24,2

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Angaben transitional wurden nach aktuellem Rechtsstand der CRR zum 31. Dezember 2025 (CRR III) bzw. 31. Dezember 2024 (CRR II) sowie der bekannten Interpretationen der Aufsicht und deren Auslegung ermittelt. Es ist nicht auszuschließen, dass zukünftige EBA-/EZB-Standards/Interpretationen bzw. sonstige aufsichtliche Handlungen retrograd zu einer abweichenden CET 1-Quote führen können.
- 2) Werte, wie sie sich nach Gewinnverwendungsbeschluss durch die Hauptversammlung ergeben

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Kapitalanforderungen zum Berichtsstichtag.

Tabelle: Regulatorische Kapitalanforderungen

Quoten in %	Hartes Kernkapital	Kernkapital	Gesamtkapital
Kapitalanforderung			
Säule I Anforderungen (Art. 92 CRR)	4,50	6,00	8,00
Säule II Anforderungen (SREP)	0,70	0,94	1,25
Kapitalerhaltungspuffer (CCB)	2,50	2,50	2,50
Antizyklischer Kapitalpuffer (CCyB)	0,77	0,77	0,77
Summe Institutsgruppe	8,47	10,21	12,52

Mit 17,2 % auf Gruppenebene liegt die CET 1 / T1-Quoten der IKB deutlich über den gesetzlichen Mindestanforderungen an das CET 1 / T1 einschließlich Kapitalerhaltungspuffer und antizyklischem Kapitalpuffer sowie den SREP-Eigenmittelanforderungen, die die BaFin im Rahmen ihres bankenaufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Beurteilungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) festgesetzt hat.

Minimum Requirements for Eligible Liabilities (MREL)

Die IKB wurde seitens der BaFin zu keinen über die ohnehin bestehenden Säule I-Anforderungen hinausgehenden Anforderungen für eine MREL-Quote verpflichtet, d. h. es wurde kein Rekapitalisierungsbetrag im Sinne des Art. 2 Delegierte Verordnung (EU) 2016/1450 festgesetzt.

Risikotragfähigkeit

Aufgrund des am 18. September 2025 erteilten „Group Capital Waiver“ erfolgt die Risikotragfähigkeitsrechnung allein auf Gruppen-Ebene. Hierbei betrachtet die Bank zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in Einklang mit dem Leitfaden zur aufsichtlichen Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte zwei Perspektiven, die sowohl die Sicherstellung der Unternehmensfortführung als auch den Schutz der Gläubiger gewährleisten sollen: eine Normative Perspektive und eine Ökonomische Perspektive.

Die Normative Perspektive dient der Sicherstellung der Einhaltung der regulatorischen und aufsichtlichen Mindestanforderungen im Rahmen der jährlich durchgeführten mehrjährigen Bankplanung. Dazu gehören insbesondere die erhöhten Eigenmittelanforderungen nach § 10 Abs. 3 oder Abs. 4 KWG (Kreditwesengesetz) sowie die kombinierte Kapitalanforderung nach § 10i Abs. 1 KWG inklusive Berücksichtigung der Erhöhung des antizyklischen Kapitalpuffers ab 1. Februar 2023. Zusätzlich sind sämtliche Strukturanforderungen einzuhalten.

Neben dem Planszenario wird im Rahmen der Bankplanung ein adverses Szenario betrachtet, das der Sicherstellung der Einhaltung der erhöhten Eigenmittelanforderungen nach § 10 Abs. 3 oder Abs. 4 KWG dient.

Als adverses Szenario für die Normative Perspektive wurde das IKB-Szenario des „schweren konjunkturellen Einbruchs“ mit seinen Auswirkungen auf die Kapitalplanung festgelegt. In diesem Szenario, das als extremes Stress-Szenario bezüglich des Wirtschaftswachstums mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit angesehen werden kann, werden auch transitorische Klima- und Umweltrisiken berücksichtigt.

Sowohl im Planszenario als auch in diesem adversen Szenario werden alle regulatorischen Anforderungen an die Normative Perspektive über den gesamten Planungszeitraum eingehalten.

Neben der Normativen Perspektive analysiert die Bank auch die Gesamtrisikoposition und die Risikodeckungsmasse im Sinne einer Ökonomischen Perspektive.

Die Risikodeckungsmasse in der Ökonomischen Perspektive ergibt sich aus allen der Bank dienenden Kapitalbestandteilen inklusive des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB), die im Risikohorizont zur Verfügung stehen, abzüglich aktiver latenter Steuern und immaterieller Vermögensgegenstände. Gleichzeitig werden Stille Lasten/Reserven aus

Kredit, Wertpapieren, Derivaten sowie Pensionsverpflichtungen¹ berücksichtigt. Infolge der Abarbeitung von Feststellungen aus der im Geschäftsjahr 2025 durchgeführten Prüfung nach § 44 Abs. 1 KWG wurden methodische Anpassungen bei der Quantifizierung der Risiken sowie der Ermittlung der Risikodeckungsmasse vorgenommen. Zum Stichtag 31.12.2025 wurde die Methodik zur Ableitung der Risikoartenlimite um einen expliziten Managementpuffer erweitert. Die Umstellung erfolgte im Nachgang zur Nachschauprüfung und dient der methodischen Präzisierung im Sinne der von der Aufsicht erwarteten Weiterentwicklung interner Verfahren.

Die nachstehende Tabelle stellt den Kapitalbedarf in der Ökonomischen Perspektive, der sich zur Deckung der unerwarteten Verluste rechnerisch (Value at Risk) in einem Jahr bei einem Konfidenzniveau von 99,9 % ergeben könnte, der Risikodeckungsmasse gegenüber, die in den nächsten zwölf Monaten zur Verfügung stehen wird.

Tabelle: Kapitalbedarf – Ökonomische Perspektive

	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2024
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressrisiko	350	56	481	59
Marktpreisrisiko	220	35	258	32
Operationelles Risiko	24	4	47	6
Refinanzierungskostenrisiko	31	5	25	3
Summe	625	100	810	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-72		-106	
Gesamtrisikoposition	553		704	
Risikodeckungsmasse	777		899	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Die Auslastung der Risikodeckungsmasse ist zum 31.12.2025 leicht gestiegen. Dabei sind sowohl die Risikoposition als auch die Risikodeckungsmasse zurückgegangen. Während die Gesamtrisikoposition insbesondere aufgrund einer Reduktion des Adressrisikos (u.a. Zusammenlegung Adressausfallrisiko und Migrationsrisikomodell sowie Assetkorrelationen) von 704 Mio. € auf 553 Mio. € gesunken ist, hat sich die Risikodeckungsmasse im Jahresvergleich um - 122 Mio. € auf 777 Mio. € reduziert. Der Rückgang der Risikodeckungsmasse resultiert insbesondere daraus, dass der Gewinnvortrags der IKB AG nicht mehr dauerhaft zur Verfügung stehen wird.

Die Risikotragfähigkeit ist für die nächsten zwölf Monate gegeben.

Prognoserechnungen und Stresstests

Mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche und regulatorische Entwicklung erstellt die Bank verschiedene Prognoserechnungen zur erwarteten Auslastung der Risikotragfähigkeit für die kommenden beiden Geschäftsjahre in der Ökonomischen Perspektive und für fünf Geschäftsjahre in der Normativen Perspektive. Basis für diese Prognoserechnungen ist das Planszenario der Bank mit den aktuellen Erwartungen an die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen u.a. der Geldpolitik der EZB und der Fed (Federal Reserve System), der weiterhin hohen Rohstoff- und Energiekosten, des Ukraine-Krieges sowie Entwicklungen in den USA mit entsprechenden Auswirkungen auf Inflations- und Zinserwartungen. Daneben führt die Bank quartärl und anlassbezogen verschiedene Stresstests mit unterschiedlicher Schwere durch, wobei sowohl risikoartenübergreifende makroökonomische und historische Stress-Szenarien als auch spezifische Stress-Events untersucht werden. Maßgeblich hierfür sind die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft, die geopolitischen Spannungen und wirtschaftspolitische Unsicherheiten. Hinzu kommt die US-Handelspolitik, die den Welthandel im laufenden Jahr zunächst noch belastet. Hierbei werden in der ökonomischen und normativen Perspektive Klima- und Umweltrisiken als Einflussfaktoren in bereits bestehenden makroökonomischen Stress-Szenarien betrachtet. In der ökonomischen Perspektive werden zudem transitorische und physische Klima- und Umweltrisiken als separate ESG-Stress-Events berücksichtigt. Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass sowohl bei Eintritt des Planszenarios als auch beim

¹ Unmittelbare Pensionsverpflichtungen (Stille Lasten und Stille Reserven) / Mittelbare Pensionsverpflichtungen (nur Stille Lasten)

adversen Szenario in der Normativen Perspektive alle regulatorischen Anforderungen eingehalten werden und die Risikodeckungsmasse den Kapitalbedarf in der Ökonomischen Perspektive übersteigen wird, während in einzelnen Stress-Szenarien und Stress-Events die Risikodeckungsmasse in einer statischen Betrachtung ohne Gegenmaßnahmen nicht ausreichen würde, um die korrespondierende Gesamtrisikoposition vollständig abzudecken. Bei diesen Stress-Szenarien handelt es sich aus Sicht der Bank um Szenarien mit einer „geringen“ Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die Ergebnisse der Stresstests werden dem Vorstand und Aufsichtsrat präsentiert und daraus resultierende Handlungsempfehlungen erörtert.

Risikostrategie

Die Gesamtrisikostrategie ist Bestandteil der integrierten Geschäfts- und Risikostrategie und deckt alle als wesentlich identifizierten Risikoarten (Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Nichtfinanzielle Risiken in verschiedenen Ausprägungen und Geschäftsrisiken) und Risikokonzentrationen ab, denen die Bank ausgesetzt ist. Sie wird für die wesentlichen Risikoarten weiter detailliert und definiert die risikostrategischen Leitplanken für die Geschäftsaktivitäten der IKB. Dabei werden insbesondere auch ESG und Nachhaltigkeit als Risikotreiber auf die Risikoarten untersucht und berücksichtigt. Wesentlicher Eckpfeiler der Risikostrategie ist die Risikokultur im Sinne der Gesamtheit aller Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bank und ihrer Mitarbeiter hinsichtlich des Umgangs mit Risiken. Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich unter Berücksichtigung der aktuellen Geschäftsausrichtung, der regulatorischen Entwicklung sowie der konjunkturellen Lage überprüft und – sofern notwendig – angepasst.

Adressenausfallrisikostrategie (Kreditrisikostrategie)

Im Kreditgeschäft strebt die Bank eine Begrenzung des Gesamtrisikos, der risikogewichteten Aktiva und der Risikovor-sorge an. Neben der Fokussierung des Neugeschäfts auf gute Bonitäten zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der durchschnittlichen Bonität im Zeitablauf gehört hierzu die Begrenzung von Konzentrationsrisiken auf Einzelkreditnehmer- und Kreditnehmergruppenebene sowie eine Berücksichtigung von möglichen Bonitätsmigrationen aufgrund von konjunkturellen Entwicklungen.

Aufgrund ihres Kerngeschäfts wird auch künftig der regionale Schwerpunkt des Unternehmensfinanzierungsgeschäfts der IKB in Deutschland liegen. Die damit verbundene Risikokonzentration wird beim Verfolgen der Geschäftsziele der Bank in Kauf genommen.

Mit Blick auf die Zielkunden des gehobenen deutschen Mittelstands ist auch die Branchendiversifikation von Bedeutung. Bei der Limit-Bemessung orientiert sich die Bank sowohl an der Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft als auch an der Einschätzung der Branche im Hinblick auf ihre erwartete Entwicklung. Umwelt-, Klima-, Sozial- und Governance-Aspekte (ESG) werden bei der Einschätzung der erwarteten Branchenentwicklung berücksichtigt. Die IKB schließt dabei bis auf wenige Ausnahmen grundsätzlich keine Branchen von Finanzierungen aus, sondern verfolgt einen Best-in-Class-Ansatz und fokussiert sich auf die (potenziellen) Kreditnehmer einer Branche mit wohlgeordneten wirtschaftlichen Verhältnissen sowie einer nachhaltigen und zukunftsorientierten strategischen Ausrichtung.

Der auf ausländische Risiken entfallende Teil des Kreditportfolios betrifft überwiegend Anleihen im Finanz- und öffentlichen Sektor, die die Bank im Rahmen ihres Investmentportfolios zu Diversifikationszwecken und zur Liquiditätsanlage hält.

Marktpreisrisikostrategie

Die Marktpreisrisikostrategie beschreibt, welches Risikoprofil die IKB bei der Übernahme von Marktpreisrisiken akzeptiert und welche Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Risiken ergriffen werden. Wesentliche Risikotreiber sind hierbei vor allem Credit-Spread- sowie Zinsänderungsrisiken sowie Veränderungen der entsprechenden Volatilitäten.

Im Spannungsfeld zwischen der Erreichung eines stabilen und auskömmlichen Zinsüberschusses und der grundsätzlichen Marktpreisrisikobereitschaft der Bank ist es notwendig, Marktpreisrisiken in einem unter Berücksichtigung der

Risikotragfähigkeit vertretbaren Ausmaß einzugehen. Es ist geplant, das u. a. durch risikoentlastende Effekte aus Bestandsveränderungen erreichte De-Risking im kommenden Geschäftsjahr fortzusetzen.

Liquiditätsstrategie

Neben der fristenkongruenten Refinanzierung von Förderkrediten durch die Förderbanken basiert die gegenwärtige Liquiditätssicherung wesentlich auf der Hereinnahme von durch den Einlagensicherungsfonds (ESF) und die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB) garantierten Kundeneinlagen, den Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt in besicherter Form sowie Refinanzierungen über die EZB. Ziel der Liquiditätssteuerung ist neben der Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank die Sicherstellung des jederzeitigen Zugangs zu günstigen und ausreichend diversifizierten Refinanzierungsmöglichkeiten zur Minimierung des Refinanzierungskostenrisikos. Als Liquiditätsreserve dient ein diversifiziertes Portfolio EZB-fähiger liquider Wertpapiere.

Strategie für Nichtfinanzielle Risiken

Ziel des Managements Nichtfinanzieller Risiken ist es, eine Balance zwischen Risikoakzeptanz und der mit Risikoreduzierung bzw. -vermeidung verbundenen Kosten zu erreichen sowie die aus nichtfinanziellen Schadensfällen resultierenden Verluste zu reduzieren. Aufbauend auf den Daten aus der Business-Impact-Analyse, sind für alle unter Berücksichtigung der Risiken als „unternehmenskritisch“ eingestuften Prozesse Notfallpläne erstellt.

Strategie für Nachhaltigkeitsrisiken

Als überregional agierendes Kreditinstitut trägt die IKB Mitverantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels und leistet mit ihren Finanzierungslösungen einen Beitrag zur Förderung des Übergangs in eine CO₂-arme Wirtschaft und sozialere Gesellschaft. Daher betrachtet die Bank ökologische und soziale Faktoren als Teil des verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns und bezieht diese bei der Entwicklung klassischer Finanzierungslösungen im Rahmen ihrer Kreditentscheidungen mit ein. Die Integration der ESG-Risiken in den Risikosteuerungskreislauf wird im Rahmen eines mehrjährigen Projektes laufend weiterentwickelt und ausgebaut.

Adressrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR, Artikel 5) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk, AT 2.3). Risiken aus Beteiligungen, Derivaten und Länderrisiken sind, sofern sie einzelnen Krediten oder Kontrahenten zugeordnet werden können, damit Bestandteil des Adressrisikos. In der Risikotragfähigkeit werden neben dem Adressenausfallrisiko auch Migrationsrisiken als das Risiko einer Ratingverschlechterung und Verwertungserlösriskiken als das Risiko von Sicherheitenerlösschwankungen bereits ausgefallener Kreditnehmer berücksichtigt.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung

Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (markunabhängige Bonitätsanalyse, Cashflow-Analyse, Votierung) sowie der Engagementüberwachung (einschließlich Intensivbetreuung, Problemkreditbearbeitung) zur Prüfung und laufenden Überwachung der Kapitaldienstfähigkeit werden durch den markunabhängigen Bereich Kreditrisiko- und Vertragsmanagement durchgeführt. Damit erfolgt – wie aufsichtsrechtlich gefordert – eine Trennung von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinitiiierung).

Die Erstellung von Kredit- und individuellen Sicherheitenverträgen sowie deren spätere Anpassungen erfolgen durch Juristen desselben Bereichs. Die Erstellung von Sicherheitenverträgen auf Basis von Vertragsmustern erfolgt durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeitenden des Bereiches Operations, bei komplexeren Einzelfällen unter Einbindung von Juristen des Bereichs Kreditrisiko- und Vertragsmanagement. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine risikoorientierte Kreditanalyse, die die für die Entscheidung notwendigen Informationen analysiert, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage dokumentiert. Neben der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer, insbesondere der Kapitaldienstfähigkeit, auf Basis von Jahresabschlüssen, Planzahlen und Liquiditätsplanungen ist die Beurteilung der Absatz- und Beschaffungsmärkte, der Positionierung des Kreditnehmers im relevanten Markt sowie der

Zukunftsaussichten inklusive von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Kreditanalyse wesentlich. Gleichzeitig wird Wert darauf gelegt, dass Kredite syndizierbar und ausplatzierbar sind.

Bestehende Kreditengagements werden alle zwölf Monate und anlassbezogen mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren durch das Kreditrisiko- und Vertragsmanagement überprüft. Darüber hinaus werden im Jahresturnus die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet.

Ratingprozess und Ratingsysteme

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über – auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene – Ratingsysteme, deren Entwicklung, Pflege und Betrieb in Teilen an externe Dienstleister ausgelagert sind. Den einzelnen Bonitätsstufen sind auf Basis historischer Ausfallquoten Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen. Seit 21. März 2019 ist das Ratingsystem „Corporate Rating“ für den auf internen Einstufungen basierenden Ansatz („IRB-Ansatz“) zugelassen. Mit Bescheiden vom 25. März 2022, 10. Mai 2022 und 31. März 2024 erfolgte die Zulassung der Ratingsysteme Banken, Länder- und Transferrisiken und Immobilien für den IRB-Ansatz.

Quantifizierung des Adressrisikos

Zur Quantifizierung des Adressausfallrisikos sowie des barwertigen Migrationsrisikos infolge von Ratingmigrationen wurden im 1. Halbjahr des Geschäftsjahres 2025 die beiden bisher separat betriebenen Simulationsmodelle in ein integriertes Simulationsmodell überführt.

Das integrierte Kreditportfoliomodell basiert auf einem mehrstufigen Simulationsansatz zur Simulation der barwertigen Risiken in Folge von Ratingmigrationen bzw. Ausfallereignissen zur Ermittlung des Kapitalbedarfs für die Ökonomische Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung. Die Modellannahmen und Verfahrensprämissen sind im Abschnitt Risikotragfähigkeit beschrieben. In das Modell fließen neben individuellen Kredit- und Investmentinformationen – wie Volumen, Besicherung, Laufzeit, Branchen- und Konzernzugehörigkeit sowie erwartete und simulierte Lifetime-Expected-Credit-Losses (d. h. barwertige Verlustschätzungen über die Restlaufzeit der jeweiligen Position) – eine Vielzahl statistischer Kennzahlen ein. Dazu zählen unter anderem Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten, Erlösquoten aus Sicherheitenverwertungen sowie Korrelationen zwischen Branchen und Assetklassen. Diese Parameter basieren sowohl auf bankinternen Erfahrungswerten als auch auf externen Referenzdaten.

In die Quantifizierung der Adressrisiken wird unverändert eine barwertige Quantifizierung der Verwertungserlösrisiken einbezogen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarking-Prozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung, die Risikomodelle als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft jährlich auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung

Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt durch spezialisierte Einheiten in der Marktfolge. Zudem werden zur Portfoliosteuerung Experten der Marktseite zur Abrundung des Gesamtbildes einbezogen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen zu erkennen und zu limitieren.

Das Kreditportfolio wird auch hinsichtlich wirtschaftlicher Sondersituationen wie zum Beispiel der unverändert unsicheren geopolitischen Gesamtsituation überwacht. Dies umfasst auch die systematische Untersuchung von Einzelengagements.

Struktur des Adressrisikos

Das Kreditvolumen zum 31. Dezember 2025 setzt sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle: Kreditvolumen

in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	31.12.2025	31.12.2024	Änderung	31.12.2025	31.12.2024	Änderung
Guthaben bei Zentralnotenbanken	21	22	-1	21	22	-1
Forderungen an Kreditinstitute	1.627	1.944	-317	1.625	1.941	-316
Forderungen an Kunden	7.906	8.094	-188	8.193	8.381	-188
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Schuldverschreibungen	3.595	3.313	282	3.595	3.344	251
Schuldtitel öff. Stellen und Wechsel	574	-	574	574	-	574
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	433	435	-2	134	136	-2
Zwischensumme: Bilanzaktiva	14.156	13.808	348	14.142	13.824	318
Eventualverbindlichkeiten ¹⁾	35	975	-940	35	1.050	-1.015
Positive Marktwerte im Derivate-Anlagebuch ²⁾	485	496	-11	485	496	-11
Wertberichtigungen	112	102	10	104	102	2
Long-Future	-	140	-140	-	-	-
Wertpapierleihe	76	-	76	76	-	76
nicht-konsolidiertes IKB-Guthaben in nicht-festverzinslichen Wertpapieren	-80	-80	-	-4	-4	-
Bruttokreditvolumen	14.784	15.441	-657	14.838	15.468	-630
nachrichtlich: weitere wesentliche Adressenausfallrisiken außerhalb des Bruttokreditvolumens						
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.081	428	653	1.115	462	653
Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen ³⁾	0	0	-	39	42	-3

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) vor Abzug von Risikovorsorge

2) zum Stichtag 31. Dezember 2024 inklusive 28 Mio. € positive Marktwerte aus Protection Seller CDS, deren Nominalvolumina bilanziell als Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen werden

3) IKB AG: inklusive Beteiligungen

Insgesamt hat sich das Bruttokreditvolumen im IKB-Konzern zum 31. Dezember 2025 gegenüber dem 31. Dezember 2024 um 0,7 Mrd. € auf 14,8 Mrd. € verringert. Der Rückgang resultiert aus den Eventualverbindlichkeiten durch die Glattstellung der Protection Seller Credit Default Swaps (CDS) und aus niedrigerem Bankguthaben. Auch die Kundenforderungen sind in einem unverändert herausfordernden Marktumfeld geringfügig zurückgegangen. Dagegen stehen höhere Volumina von Schuldtiteln öffentlicher Stellen durch Erwerb von Schatzanweisungen sowie von Schuldverschreibungen. Die Kreditzusagen sind zum 31. Dezember 2025 gegenüber dem 31. Dezember 2024 angestiegen.

In der IKB AG zeigt sich ein zum IKB-Konzern vergleichbares Bild in allen Elementen des Kreditvolumens, was auch für die nachfolgenden Strukturtabellen gilt.

Segmentstruktur

Tabelle: Kreditvolumen nach Segmenten – Konzern

	31.12.2025 in Mio. €	31.12.2025 in %	31.12.2024 in Mio. €	31.12.2024 in %
Kreditbuch	8.167	55 %	8.515	55 %
davon nach Corporate Bank	3.757	25 %	3.792	25 %
davon nach Fördermitteln	4.410	30 %	4.723	31 %
Corporate Center	6.617	45 %	6.926	45 %
davon Liquiditätsbuch ¹⁾	4.345	29 %	3.567	23 %
davon Protection Seller CDS ²⁾	-	0 %	724	5 %
davon Geldmarktprodukte ³⁾	2.260	15 %	2.628	17 %
davon Guthaben bei Zentralbanken ⁴⁾	931	6 %	937	6 %
Gesamt	14.784	100 %	15.441	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Anleihen und Wertpapiere im Kreditbuch
- 2) ohne Protection Seller CDS im Kreditbuch
- 3) inklusive call accounts, loan deposits und Derivate mit positivem Marktwert
- 4) Im Guthaben bei Zentralbanken sind neben der Bilanzposition "Guthaben bei Zentralnotenbanken" auch Overnight-Geschäfte enthalten, die unter der Bilanzposition "Forderungen an Kreditinstitute" ausgewiesen werden.

Der Rückgang des Kreditbuchs im Geschäftsjahr 2025 ist im Wesentlichen auf rückläufiges Fördermittelgeschäft zurückzuführen. Im eigenmittelfinanzierten Geschäft (Corporate Bank) wurde der Rückgang durch die Einstellung der Protection Seller CDSs durch höheres Neugeschäft ausgeglichen.

Im Corporate Center ging das Kreditvolumen durch den Abbau der Protection Seller CDS und rückläufige Geldmarktprodukte zurück. Das Liquiditätsbuch stieg dagegen durch den Erwerb von Schatzanweisungen und Schuldverschreibungen mit Laufzeiten von 1-3 Monaten an.

Größenklassenstruktur

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen – Konzern

	31.12.2025					31.12.2024				
	in Mio. €	in %	Anzahl ¹⁾	in Mio. € davon Kreditbuch	in % davon Kreditbuch	in Mio. €	in %	in Mio. € davon Kreditbuch	in % davon Kreditbuch	
kleiner 5 Mio. €	241	2 %	118	220	3 %	249	2 %	233	3 %	
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	575	4 %	81	575	7 %	661	4 %	650	8 %	
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	1.711	12 %	121	1.607	20 %	1.612	10 %	1.552	18 %	
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	4.076	28 %	134	3.733	46 %	4.359	28 %	4.005	47 %	
50 Mio. € und größer	7.741	52 %	53	1.592	19 %	7.990	52 %	1.505	18 %	
Zwischensumme	14.344	97 %	507	7.727	95 %	14.871	96 %	7.945	93 %	
Risikoaussplatzierungen ²⁾	440	3 %	-	440	5 %	570	4 %	570	7 %	
Gesamt	14.784	100 %	507	8.167	100 %	15.441	100 %	8.515	100 %	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG
- 2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Rückgang des Kreditvolumens betrifft vor allem die Größenklassen ab 20 Mio. €.

Die Größenklassen unter 50 Mio. € liegen überwiegend im Kreditbuch.

Sicherheiten und Risikoausplatzierungen

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten – Konzern

	31.12.2025				31.12.2024			
	in Mio. €	in %	in Mio. € davon Kre- ditbuch	in % davon Kre- ditbuch	in Mio. €	in %	in Mio. € davon Kre- ditbuch	in % davon Kre- ditbuch
Grundpfandrechte ¹⁾	1.690	11 %	1.690	21 %	1.957	13 %	1.957	23 %
Sicherungsübereignung ¹⁾	240	2 %	240	3 %	268	2 %	268	3 %
Sonstige Sicherheiten ^{1) 2)}	3.851	26 %	3.851	47 %	3.767	24 %	3.767	44 %
Collateralized ¹⁾	478	3 %	0	0 %	491	3 %	17	0 %
Besichertes Kreditvolumen	6.259	42 %	5.781	71 %	6.483	42 %	6.009	71 %
Blankokredite ³⁾	8.085	55 %	1.946	24 %	8.388	54 %	1.936	23 %
Zwischensumme	14.344	97 %	7.727	95 %	14.871	96 %	7.945	93 %
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	440	3 %	440	5 %	570	4 %	570	7 %
Gesamt	14.784	100 %	8.167	100 %	15.441	100 %	8.515	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Kreditteile
- 2) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Positiv-/Negativ-erklärungen
- 3) inklusive von der Bank im Interbankenmarkt gestellte Sicherheiten in Form von Tages- und Termingeldern für Derivate und Anleihen (inklusive Pfandbriefe)
- 4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Für das Kreditgeschäft berücksichtigt die IKB zur Absicherung klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen sowie sonstige Sicherheiten). Der Anteil des so besicherten Kreditvolumens beträgt insgesamt 39 % bzw. 71 % im Kreditbuch und ist damit gegenüber dem Vorjahr unverändert. Blankokredite entfallen überwiegend auf das Corporate Center (6,1 Mrd. €, 31. Dezember 2024: 6,5 Mrd €). Sofern die Bank im Interbankenmarkt Sicherheiten für Derivate in Form von Tages- und Termingeldern stellt, werden auch diese unter den „Blankokrediten“ ausgewiesen.

Die Risikoausplatzierungen sind rückläufig. Es entfielen 77 % (31. Dezember 2024: 73 %) der Risikoausplatzierungen auf Haftunterbeteiligungen durch Kreditinstitute und 23 % (31. Dezember 2024: 27 %) auf öffentliche Bürgschaften (überwiegend Hermesdeckung).

Geografische Struktur

Nach Regionen teilt sich das Kreditvolumen wie folgt auf:

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen – Konzern

	31.12.2025				31.12.2024			
	in Mio. €		in Mio. € davon Kreditbuch	in % davon Kreditbuch	in Mio. €		in Mio. € davon Kreditbuch	in % davon Kreditbuch
	in Mio. €	in %			in Mio. €	in %		
Inland	10.761	73 %	6.862	84 %	10.815	70 %	7.058	83 %
Ausland	3.583	24 %	865	11 %	4.056	26 %	887	10 %
Westeuropa	2.873	19 %	757	9 %	3.136	20 %	784	9 %
davon Frankreich	620	4 %	58	1 %	694	4 %	65	1 %
davon EU ¹⁾	500	3 %	-	0 %	686	4 %	-	0 %
davon Österreich	366	2 %	256	3 %	313	2 %	204	2 %
davon Belgien	300	2 %	10	0 %	289	2 %	19	0 %
davon Niederlande	281	2 %	63	1 %	204	1 %	73	1 %
Osteuropa	576	4 %	54	1 %	553	4 %	43	1 %
davon Polen	205	1 %	32	0 %	215	1 %	43	1 %
davon Rumänien	148	1 %	-	0 %	137	1 %	-	0 %
davon Bulgarien	102	1 %	-	0 %	100	1 %	-	0 %
Nordamerika	105	1 %	26	0 %	352	2 %	45	1 %
Sonstige Länder	29	0 %	28	0 %	15	0 %	15	0 %
Zwischensumme	14.344	97 %	7.727	95 %	14.871	96 %	7.945	93 %
Risikoaussplatzierungen ²⁾	440	3 %	440	5 %	570	4 %	570	7 %
Gesamt	14.784	100 %	8.167	100 %	15.441	100 %	8.515	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Europäische Kommission, ESM, Council of Europe Development Bank und Europäische Investitionsbank

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Rückgang des Kreditvolumens im Ausland ist auf den Abbau der Protection Seller CDS im Segment Corporate Center zurückzuführen.

Im Kreditbuch stieg der Anteil der Kredite im Ausland von 10 % leicht auf 11 % an.

Branchenstruktur

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen – Konzern

	31.12.2025				31.12.2024			
	in Mio. €	in %	in Mio. € davon Kre- ditbuch	in % davon Kre- ditbuch	in Mio. €	in %	in Mio. € davon Kre- ditbuch	in % davon Kre- ditbuch
Industriebranchen	7.256	49 %	7.128	87 %	7.281	47 %	7.239	85 %
Energieversorgung	511	3 %	511	6 %	489	3 %	489	6 %
Regionale Energie-Versorgungsunter- nehmen / Stadtwerke	491	3 %	491	6 %	281	2 %	281	3 %
Papiergewerbe	490	3 %	490	6 %	577	4 %	577	7 %
Metallerzeugung und -bearbeitung	487	3 %	487	6 %	469	3 %	469	6 %
Ernährungsgewerbe	464	3 %	464	6 %	437	3 %	437	5 %
Einzelhandel (ohne Kfz, Tankstellen)	464	3 %	463	6 %	429	3 %	428	5 %
Maschinenbau	450	3 %	450	6 %	522	3 %	522	6 %
Chemische und pharmazeutische In- dustrie	423	3 %	397	5 %	499	3 %	470	6 %
Automotive	396	3 %	396	5 %	429	3 %	429	5 %
Medizin-, Meß-, Steuer- und Rege- lungstechnik, Optik	357	2 %	354	4 %	345	2 %	342	4 %
Sonstige Industriebranchen	2.723	18 %	2.625	32 %	2.804	18 %	2.795	33 %
Immobilien	500	3 %	500	6 %	602	4 %	602	7 %
Finanzsektor	119	1 %	92	1 %	298	2 %	80	1 %
Banken	3.444	23 %	6	0 %	3.745	24 %	22	0 %
Öffentlicher Sektor	3.025	20 %	1	0 %	2.945	19 %	2	0 %
Zwischensumme	14.344	97 %	7.727	95 %	14.871	96 %	7.945	93 %
Risikoaussplatzierungen ¹⁾	440	3 %	440	5 %	570	4 %	570	7 %
Gesamt	14.784	100 %	8.167	100 %	15.441	100 %	8.515	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Regionale Energieversorgungsunternehmen / Stadtwerke waren im Vorjahr im Cluster Energieversorgung enthalten und werden nun separat ausgewiesen.

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Diversifizierungsgrad in den Industriebranchen blieb unverändert hoch – auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 6 % im Kreditbuch. Die sonstigen Industriebranchen entfielen auf 27 weitere Branchencluster. Das Immobilien-Kreditvolumen wurde 2025 um 17 % auf 500 Mio. € reduziert. Das Immobilien-Kreditvolumen besteht überwiegend aus Objektentwicklungsfinanzierungen in Deutschland.

Bonitätsstruktur

Das Kreditvolumen verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur¹⁾ – Konzern

	31.12.2025				31.12.2024			
			in Mio. €	in %			in Mio. €	in %
	in Mio. €	in %	davon Kreditbuch	davon Kreditbuch	in Mio. €	in %	davon Kreditbuch	davon Kreditbuch
1-4	7.736	52 %	1.519	19 %	7.829	51 %	1.343	16 %
5-7	4.302	29 %	4.063	50 %	4.320	28 %	4.035	47 %
8-10	1.663	11 %	1.502	18 %	1.972	13 %	1.818	21 %
11-13	306	2 %	306	4 %	378	2 %	378	4 %
14-15	172	1 %	172	2 %	177	1 %	176	2 %
Non-performing Assets ²⁾	165	1 %	165	2 %	195	1 %	195	2 %
Zwischensumme	14.344	97 %	7.727	95 %	14.871	96 %	7.945	93 %
Risikoaussplatzierungen ³⁾	440	3 %	440	5 %	570	4 %	570	7 %
Gesamt	14.784	100 %	8.167	100 %	15.441	100 %	8.515	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse
- 2) vor Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft
- 3) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Trotz des unverändert schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds hat sich die Bonitätsstruktur 2025 verbessert. Im Kreditbuch erhöhte sich der Anteil in den sehr guten und guten Bonitäten (1-7) auf 69 % (31. Dezember 2024: 63 %). In der Breite des Portfolios waren keine negativen Bonitätsmigrationen zu beobachten. Das resultiert vor allem aus der konsequenten Risikopolitik und dem selektiven Neugeschäft mit guten Bonitäten. Zugleich gingen Anteil und Volumen in den mittleren Bonitäten (8 bis 10) zurück.

Non-performing Assets

Non-performing Assets sind Kreditvolumina von Schuldern, die einen Schuldnerausfall nach § 178 Capital Requirements Regulation (CRR) aufweisen. Ein Schuldnerausfall liegt vor, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, Zinsen oder Kapitalrückzahlungen an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Tagen in Verzug sind, eine Einzelrisikovorsorge gebildet wurde oder andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Wertpapiere werden den Non-performing Assets zugeordnet, falls die Bank eine dauerhafte Wertminderung für wahrscheinlich hält.

Engagements ohne Schuldnerausfall, die von den auf Sanierungsmaßnahmen spezialisierten Einheiten der Bank betreut werden, gelten nicht als Non-performing Assets, unterliegen aber gleichwohl zusammen mit den Non-performing Assets einer intensiven Überwachung. Insgesamt betrug der Bestand der Non-performing Assets und der weiteren durch die auf Sanierungsmaßnahmen spezialisierten Einheiten der Bank betreuten Engagements zum Stichtag 31. Dezember 2025: 0,4 Mrd. € (31. Dezember 2024: 0,5 Mrd. €).

Tabelle: Non-performing Assets¹⁾ – Konzern

	31.12.2025 in Mio. €	31.12.2024 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Assets mit Einzel-Risikovorsorge	162	190	-28	-15 %
Nicht wertgemindert	3	5	-2	-40 %
Gesamt	165	195	-30	-15 %
in % des Kreditvolumens	1,1 %	1,3 %		
in % des Kreditvolumens im Kreditbuch	2,0 %	2,3 %		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) vor Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen für das Kreditgeschäft

Nicht als Non-performing Assets gelten:

- 24 Mio. € (31. Dezember 2024: 28 Mio. €) Risikoausplatzierungen, die zwar auf Non-performing Assets entfallen, aber von anderen Banken oder öffentlichen Stellen übernommen und somit auf die Haftungsübernehmer abgestellt sind (Bonitätswechsel).
- 14 Mio. € (31. Dezember 2024: 3 Mio. €) nicht gezogene Zusagen bei Schuldern, deren Restengagement als Non-performing Asset geführt wird.

In einem weiterhin angespannten gesamtwirtschaftlichen Umfeld sank das Volumen der Non-performing Assets auf 165 Mio. € (31. Dezember 2024: 195 Mio. €) bzw. von 2,3 % auf 2,0 % bezogen auf das rückläufige Kreditbuch von 8.167 Mio. € (31. Dezember 2024: 8.515 Mio. €).

Die Deckungsquote der Non-performing Assets mit Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen und auf Non-performing Assets entfallende Pauschalwertberichtigung beträgt 37 % (31. Dezember 2024: 28 %).

Risikovorsorge

Kommt die Bank im Rahmen ihrer Einzelfallüberprüfung zu der Erkenntnis, dass die vertraglichen Verpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können, wird die Forderung als dauerhaft wertgemindert eingestuft und eine Risikovorsorge in Form einer Einzelwertberichtigung oder Rückstellung gebildet. Bei der Bemessung der Höhe der Einzelrisikovorsorge berücksichtigt die IKB neben gegebenenfalls künftig noch vom Kreditnehmer zu erwartenden Kapitaldienstzahlungen den Liquidationswert der jeweils verfügbaren Sicherheiten.

Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird bei akutem Ausfallrisiko eine Risikovorsorge in Form einer Einzelwertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet. Für dauerhafte Wertminderungen bei CDS wird die Risikovorsorge ebenfalls in Form einer Rückstellung gebildet. Vgl. auch die Erläuterungen im Anhang Ziffer (6) „Risikovorsorge“.

Tabelle: Risikovorsorge – Konzern

	31.12.2025 in Mio. €	31.12.2024 in Mio. €	Veränderung in %
Bestandsentwicklung EWB/Rückstellungen¹⁾			
Anfangsbestand	53,0	70,8	-25 %
Inanspruchnahme	-15,0	-90,4	-83 %
Auflösung	-5,4	-16,5	-67 %
Unwinding	-2,6	-2,9	-10 %
Zuführung Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	30,3	92,0	-67 %
Bestand EWB/Rückstellungen	60,3	53,0	14 %
Pauschalwertberichtigungen²⁾			
Anfangsbestand	50,9	72,9	-30 %
Zuführung/Auflösung	1,9	-22,0	
Bestand Pauschalwertberichtigungen	52,8	50,9	4 %
Bestand Risikovorsorge gesamt (inkl. Rückstellungen)	113,1	103,9	9 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) ohne als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten

2) inklusive als Rückstellungen gebuchte Pauschalwertberichtigung für Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen stieg gegenüber dem 31. Dezember 2024 von 53 Mio. € auf 60 Mio. € an. Im Vergleich zum Vorjahr gingen sowohl die Zugänge als auch die Auflösungen und Inanspruchnahmen stark zurück.

Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen inklusive der Länderrisikovorsorge für Kundenforderungen, Forderungen an Kreditinstitute, Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen stieg im Geschäftsjahr 2025 von 51 Mio. € auf 53 Mio. €. Darin ist die Dotierung einer zusätzlichen Pauschalwertberichtigung in Höhe von 8 Mio. € zur Abdeckung erhöhter latenter Risiken vor allem aufgrund von möglichen Verlustabschlägen bei einer länger andauernden Phase niedrigerer Marktpreise im Immobilienbuch enthalten. Darüber hinaus blieb die Ratingstruktur im Geschäftsjahr 2025 stabil.

Zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Risikovorsorge siehe auch im Anhang Ziffer (6).

Der Risikovorsorgesaldo im Verhältnis zum durchschnittlichen Kreditvolumen im Kreditbuch ging 2025 auf 23 Basispunkte zurück (Geschäftsjahr 2024: 50 Basispunkte).

Liquiditätsbuch¹⁾ nach Assetstruktur

Tabelle: Volumen nach Assets – Konzern

	31.12.2025 in Mio. €	31.12.2025 in %	31.12.2024 in Mio. €	31.12.2024 in %
Staatsanleihe	2.567	59 %	1.821	51 %
Covered Bonds	926	21 %	587	16 %
Financial Senior Unsecured	241	6 %	231	6 %
EU und Supras	500	12 %	687	19 %
Corporate Bond	111	3 %	124	3 %
Agencies und staatsgarantierte Anleihen	-	0 %	118	3 %
Gesamt	4.345	100 %	3.567	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Anleihen und Wertpapiere im Kreditbuch; ohne nicht konsolidiertes IKB-Guthaben in nicht festverzinslichen Wertpapieren

Liquiditätsbuch¹⁾ nach geografischer Struktur

Tabelle: Volumen nach Ländern – Konzern

	31.12.2025 in Mio. €	31.12.2025 in %	31.12.2024 in Mio. €	31.12.2024 in %
Deutschland	1.667	38 %	1.155	32 %
Frankreich	562	13 %	337	9 %
EU ²⁾	500	12 %	687	19 %
Belgien	290	7 %	221	6 %
Niederlande	218	5 %	131	4 %
restl. Länder	1.107	25 %	1.036	29 %
Gesamt	4.345	100 %	3.567	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Anleihen und Wertpapiere im Kreditbuch; ohne nicht konsolidiertes IKB-Guthaben in nicht festverzinslichen Wertpapieren
- 2) Europäische Kommission, ESM und Europäische Investitionsbank

Liquiditätsbuch¹⁾ nach Bonitätsstruktur

Tabelle: Volumen nach Bonität – Konzern

	31.12.2025 in Mio. €	31.12.2025 in %	31.12.2024 in Mio. €	31.12.2024 in %
1-4	4.003	92 %	3.176	89 %
5-7	194	4 %	254	7 %
8-10	148	3 %	138	4 %
11-13	-	0 %	-	0 %
14-15	-	0 %	-	0 %
Non-performing Assets	-	0 %	-	0 %
Gesamt	4.345	100 %	3.567	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Anleihen und Wertpapiere im Kreditbuch; ohne nicht konsolidiertes IKB-Guthaben in nicht festverzinslichen Wertpapieren.

Risikoreporting

Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Risikocontrolling im Rahmen von vierteljährlichen Kreditrisikoreports auf Konzernebene detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich wird der Vorstand monatlich über ein Monitoring und Reporting in Bezug auf die Kreditrisikothemen der Kunden informiert, um zeitnah Maßnahmen im Rahmen des aktiven Risikomanagements zu gewährleisten. Der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden erhalten vierteljährlich eine Risikoberichterstattung, die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

Liquiditätsrisiko

Die IKB versteht unter dem Begriff Liquiditätsrisiko die Komponenten des Refinanzierungskostenrisikos und des Zahlungsunfähigkeitsrisikos.

Grundlage der Identifikation und Analyse des Liquiditätsrisikos im Sinne des Risikos einer Zahlungsunfähigkeit sind die erwarteten deterministischen Cashflows des bereits kontrahierten Geschäfts und die ergänzenden stochastischen Cashflows in Form von Modellierungen, die Liquiditätsmaßnahmen- und Neugeschäftsplanung sowie die Liquiditätsreserve (Geldaufnahmemöglichkeiten bei der EZB und Kassenbestand). Die so ermittelten zukünftigen Liquiditätssalden werden

über zusätzliche Stressmodellierungen verringert. Die gestressten Salden werden limitiert. Ziel der Limitierung ist, dass die Bank über eine ausreichend hohe Liquiditätsreserve verfügt, um die negativen Liquiditätsauswirkungen eines kombinierten Stress-Szenarios für einen definierten Zeitraum von mindestens drei Monaten auszuhalten. Ergänzt wird die Liquiditätsrisikoüberwachung in der IKB durch ein Frühwarnsystem auf Basis von vorlaufenden Indikatoren, welche frühzeitig auf Entwicklungen hinweisen sollen, die die Liquidität negativ beeinflussen.

Darüber hinaus wird monatlich das Refinanzierungskostenrisiko der Bank ermittelt. Hierbei handelt es sich um das Risiko, dass die Bank sowohl bereits bestehende Liquiditätslücken als auch potentiell zusätzliche Liquiditätslücken nur zu erhöhten Kosten schließen kann.

Die operative Steuerung der Liquiditätsrisiken im Rahmen der vom Risikomanagement vorgeschlagenen und vom Vorstand verabschiedeten Limits obliegt dem Treasury. Darüber hinaus wird die Liquiditätssituation regelmäßig im Asset Liability Committee der Bank dargestellt.

Liquiditätssituation

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, unter Berücksichtigung des Kreditneugeschäfts mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 0,6 Mrd. € (Vorjahr: 0,8 Mrd. €).

Für potenziell eintretende Liquiditätsengpässe verfügt die IKB über einen Liquiditätsnotfallplan, der ein Maßnahmenbündel und eine festgelegte Vorgehensweise beschreibt, mit welcher im Falle eines Liquiditätsengpasses reagiert wird.

Per 31. Dezember 2025 liegt der minimale Liquiditätssaldo mit etwa 0,6 Mrd. € (Vorjahr: 0,3 Mrd. €) über dem Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung der juristischen Fälligkeiten von Aktiv- und Passivpositionen, der Geldaufnahmemöglichkeiten bei der Zentralbank sowie im besicherten Interbankenmarkt und ohne das geplante Kreditneugeschäft liegt die Time to Wall ceteris paribus (unterstellt werden gleichbleibende Marktwerte) bei 13 Monaten (Vorjahr: 6 Monate). Dabei verfügt die Bank über eine freie Liquiditätsreserve in Höhe von 1,3 Mrd. € (Vorjahr: 1,1 Mrd. €).

Die Mindestanforderung für die Liquidity Coverage Ratio und die Net Stable Funding Ratio (NSFR) liegt bei 100 %. Die Mindestanforderungen wurden im Geschäftsjahr 2025 jederzeit eingehalten. Die LCR betrug zum 31. Dezember 2025 in der IKB-Gruppe 424 % (Vorjahr: 366 %) und in der IKB AG 374 % (Vorjahr: 322 %). Die NSFR betrug zum 31. Dezember 2025 in der IKB-Gruppe 120 % (Vorjahr: 125 %) und in der IKB AG 118 % (Vorjahr: 122 %). Das Refinanzierungskostenrisiko per 31. Dezember 2025 beträgt 26 Mio. € (Vorjahr: 25 Mio. €).

Refinanzierungssituation

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind Programmkredite öffentlicher Förderbanken, besicherte Finanzierungen im Interbankenmarkt (Eurex-Repo-Geschäfte/bilaterale Repo-Geschäfte), Refinanzierungen über die EZB sowie das unter dem Einlagensicherungsfonds (ESF) besicherte Einlagengeschäft mit Privatkunden.

Zum 31. Dezember 2025 beträgt die Loan to Deposit Ratio (LtD-Ratio) 102 % (31. Dezember 2024: 98 %) – gerechnet als Kreditvolumen der Corporate Bank laut Segmentberichterstattung im Verhältnis zur Konzernbilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Details sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

Refinanzierungsquelle (HGB-Buchwerte inklusive Zinsabgrenzung)	31.12.2025 in Mio. €	31.12.2024 in Mio. €
Kundeneinlagen	3.610	3.734
Privatkundeneinlagen	3.256	3.200
Geschäftskundeneinlagen	353	533
Besicherte Refinanzierungen	8.738	8.111
Förderdarlehen	4.406	4.718
Interbankenmarkt	3.131	2.292
davon Eurex	2.998	2.026
davon Sonstige	133	266
EZB	1.202	1.101
davon TLTRO	0	0
davon Offenmarkt	1.202	1.101
Unbesicherte Refinanzierungen	68	141
davon Inhaberschuldverschreibungen (inklusive Rückkäufe)	3	10
davon Senior Preferred	-	-
davon Senior Non-Preferred	3	10
davon Schuldscheindarlehen	65	132
davon Senior Preferred	15	15
davon Senior Non-Preferred	50	117
davon Sonstige	0	0
Nachrangige/hybride Refinanzierungen	473	563
davon Nachrang	473	488
davon Hybrid (Funding Trust)	0	75
Eigenkapital	1.200	1.242
davon Eigenkapital	1.188	1.126
davon Fonds für allgemeine Bankrisiken	12	116
Gesamt	14.089	13.792

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko der IKB resultiert aus den Risikofaktoren Zinsen, Credit Spreads, Inflation, FX (Foreign Exchange)-Kursen, Gold, Aktienindizes sowie deren Volatilitäten. Nahezu alle Positionen sind liquide. Risiken, die sich aus geringer Marktliquidität ergeben, werden mit alternativen Pricing-Verfahren (z. B. Benchmark-Bonds) in der idiosynkratischen Credit-Spread-Modellierung berücksichtigt. Die IKB führt kein Handelsbuch, sodass sich sämtliche Marktpreisrisiken im Anlagebuch befinden.

Die operative Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt im Rahmen der vom Risikocontrolling vorgeschlagenen und vom Vorstand verabschiedeten VaR-Limits. Darüber hinaus wird die Marktpreisrisikosituation regelmäßig im Asset Liability Committee der Bank dargestellt.

Zinsänderungsrisiken werden in der IKB in Form von Zinsanpassungs- und Zinsstrukturrisiken eingegangen.

Das im Rahmen des Marktpreisrisikos identifizierte und quantifizierte Credit-Spread-Risiko der IKB resultiert aus Wertpapieren und Kreditderivaten sowie Krediten und Schuldscheindarlehen, deren Kreditnehmer einen am Kapitalmarkt beobachtbaren Credit-Spread haben. Die Steuerung/Absicherung der Credit-Spread-Risiken von Wertpapieren erfolgt selektiv in Abhängigkeit des jeweiligen Marktumfeldes durch den gezielten Abbau von Positionen oder den Abschluss von risikoreduzierenden Derivaten.

Quantifizierung und Beurteilung der Marktpreisrisiken

Die Marktpreisrisiken werden in der IKB über einen Value at Risk (VaR)-Ansatz für alle Portfolien täglich gemessen. Der VaR wird auf Basis einer historischen Simulation ermittelt. Die historische Simulation berücksichtigt einen Vollbewertungsansatz, in den alle relevanten Risikofaktoren Zinsen, Credit Spreads, Inflation, FX-Kurse, Gold, Aktienindizes sowie deren Volatilitäten einfließen.

Darüber hinaus werden Komponenten des Marktpreisrisikos, die nicht vollständig im Modell berücksichtigt werden, über einen Risikopuffer in der Ökonomischen Perspektive abgedeckt.

Für die Ökonomische Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung wird das Marktpreisrisiko mit einem Risikohorizont von einem Jahr und auf einem Konfidenzniveau von 99,9 % ermittelt. Dabei wird mit Hilfe eines mathematischen Verfahrens aus den 1-Tages-Beobachtungen der historischen Simulation eine 1-Jahres-Marktpreisrisikoverteilung erzeugt. Die Marktpreisrisiken der Pensionsverpflichtungen sind in der Ökonomischen Perspektive integriert. Der relevante Zeitraum, der in der historischen Simulation für die Messung des ökonomischen Marktpreisrisikos herangezogen wird, wird über das Maximum auf Basis der letzten 250 Tagesszenarien und auf Basis einer langen Zeitreihe seit 2008 bestimmt.

Ergänzend nutzt die IKB zur operativen Feinststeuerung des Portfolios neben dem VaR in der Ökonomischen Perspektive einen operativen VaR mit einem Risikohorizont von einem Tag und auf einem Konfidenzniveau von 99 %. Darüber hinaus nutzt die IKB Stresstest- und Szenarioanalysen, um ihre Marktpreisrisiken zu beurteilen. Dabei kommen sowohl historische als auch hypothetische Stresstests zum Einsatz, einschließlich makroökonomischer Stresstests.

Die verwendeten Modelle werden jährlich validiert. Identifizierte Modellschwächen und deren Materialität werden im Rahmen der Validierungstätigkeiten dem Vorstand berichtet. Basis der Validierung stellt das tägliche Backtesting der VaR-Prognosen dar. Darüber hinaus werden unter anderem die Backtesting Ergebnisse auf Risikofaktorebene analysiert.

Marktpreisrisikosteuerung und -absicherung

Wesentliche Aufgabe der Marktpreisrisikosteuerung ist das Management der von den einzelnen Geschäftsfeldern übernommenen marktpreissensitiven Positionen. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken verwendet die IKB eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen sowie weiteren Kennzahlen wie z. B. Zins- und Credit-Spread-Sensitivitäten.

Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Marktpreisrisiko, das Zinsergebnis und die Limit-Auslastungen. Darüber hinaus wird der Vorstand monatlich, quartärllich sowie anlassbezogen über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestandes, Bewertung des Bestandes, Ergebnisentwicklung sowie das Marktrisikoportfolio informiert. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisiko-berichterstattung über die Marktpreisrisiken unterrichtet.

Marktpreisrisikoprofil im Jahresvergleich

Die folgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils auf Ebene des Risikokonsolidierungskreises mittels Zins- und Credit Spread-Basis Point Value sowie des Value at Risk in der Ökonomischen Perspektive zum 99,9 %-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von einem Jahr.

Tabelle: Marktpreisrisikoprofil

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Zins-Basis Point Value (BPV)	-0,6	-0,6
Credit Spread-BPV	-2,2	-3,5
VaR – Zins und Volatilität	70	137
VaR – Credit-Spread	174	203
VaR – FX und Volatilität	8	23
VaR – Sonstige	107	81
Korrelationseffekt	-168	-215
Risikopuffer	30	30
VaR gesamt	220	258

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Das Marktpreisrisiko hat sich im Rahmen der fortgeführten strategischen Risikoreduktion im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert, was sich insbesondere auch im Rückgang des Credit Spread-BPV widerspiegelt. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Bestandsveränderungen sowie auf die Entwicklung der Marktdaten zurückzuführen.

Nichtfinanzielle Risiken

Die Bank subsumiert unter dem Begriff der nichtfinanziellen Risiken (NFR) alle Risikoarten außerhalb der Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken. Dies sind zunächst operationelle Risiken (NFR im engeren Sinne) gemäß der aufsichtlichen Definition. Weitere nichtfinanzielle Risiken wie Rechtsrisiken, Steuerrisiken, IKT-Risiken, Personalrisiken usw. sind ebenfalls operationelle Risiken, werden aber separat gesteuert. Darüber hinaus sind Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und strategische Risiken Bestandteil der nichtfinanziellen Risiken. Die Quantifizierung der nichtfinanziellen Risiken in der Risikotragfähigkeit erfolgt gemeinsam als operationelles Risiko über eine mit externen Daten angereicherte Schadensfalldatenbank, regelmäßig aktualisierte Expertenschätzungen sowie separat modellierte Sonderrisiken. Diese Sonderrisiken stellen Sachverhalte dar, welche im Rahmen der sonstigen Quantifizierungsbestandteile nicht angemessen berücksichtigt werden können.

Internes Kontrollsystem

Eng verbunden mit dem nichtfinanziellen Risiko ist die Steuerung des internen Kontrollsystems (IKS). Aus diesem Grund wurde eine im Risikocontrolling der Bank angesiedelte zentrale Koordinierungsfunktion („IKS-Zentrale“) geschaffen. Für prozessinhärente nichtfinanzielle Risiken ist ein IKS-Regelkreis inklusive einheitlicher Bewertungsmethoden sowie Vorgaben zur Modellierung von Kontrollen zur Risikomitigierung definiert. Innerhalb des IKS-Regelkreises erfolgt ein jährliches, unabhängiges Control Testing der Schlüsselkontrollen durch die IKS-Zentrale sowie eine jährliche Berichterstattung an den Vorstand und den Risiko- und Prüfungsausschuss mit den Ergebnissen aus der Bewertung der Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlustes, der infolge einer Unzulänglichkeit/Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt. Die Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt mittels eines internen Modells. Das Modell basiert auf einem Verlustverteilungsansatz und ermittelt den Risikowert auf einem 99,9 %-Quantil. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Die operative Risikosteuerung nichtfinanzieller Risiken liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Bereiche und Tochtergesellschaften. Dem im Bereich Risikocontrolling angesiedelten Controlling von nichtfinanziellen Risiken („NFR-Zentrale“) obliegt die methodische Harmonisierung zur Identifizierung und Bewertung von nichtfinanziellen Risiken, die möglichst einheitliche und zentrale Berichterstattung über alle nichtfinanziellen Risikoarten im IKB-Konzern und Schulung der dezentralen Oprisk-Verantwortlichen. Alle eingetretenen oder beinahe eingetretenen wesentlichen Schadensfälle sowie konkret drohende Verluste eines Einzelfalles, bei denen der Schadenseintritt noch nicht erfolgt ist, werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen untersucht. Über die operationellen Risiken sowie die Schadenssituation wird der Vorstand quartalsweise informiert. Bei eingetretenen wesentlichen Schäden erfolgt eine Ad-hoc-Meldung an den Gesamtvorstand.

Das im Geschäftsjahr 2025 festgestellte Bruttoschadensvolumen auf Konzernebene wie auch auf Ebene der IKB AG betrug insgesamt 0,46 Mio. € (Vorjahreswert: 1,13 Mio. €²). Im Einzelfall beruhen die Schadensangaben auf Schätzungen, die zum Teil auf Basis aktualisierter Erkenntnisse erst mit einem zeitlichen Nachlauf präzisiert werden können.

Rechtsrisiken

Unter die Nichtfinanziellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder

² Ohne boundary events.

Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Daneben sind aus vertraglichen Vereinbarungen resultierende Haftungsrisiken Teil der Rechtsrisiken.

Das Management der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereichs Governance und Recht. Das Management der Steuerrechtsrisiken obliegt dem Team Steuern des Bereichs Finanzen. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Kreditgeschäft und im kreditnahen Geschäft werden zum überwiegenden Teil Musterverträge und Standardtexte verwendet. Bei Abweichungen von diesen Standard-/Mustertexten sowie bei individuell gestalteten Verträgen und Transaktionen erfolgt eine Prüfung und Freigabe durch die zentralen Rechtsressourcen des Bereichs Governance und Recht oder durch die dezentralen Rechtsressourcen im Bereich Kreditrisiko- und Vertragsmanagement, die unter der Fachverantwortung des Bereichsleiters Governance und Recht geführt werden. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungsänderungen erforderlich sind. Bei Aufnahme neuer Geschäfte werden rechtliche Gestaltung und Bewertung der neuen Produkte durch den Bereich Governance und Recht selbst oder in seiner Fachverantwortung im Rahmen des Neugeschäftsprozesses begleitet.

Daneben werden Rechtsentwicklungen, die von Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, teilweise durch Mitwirkung in internen und externen Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet.

Als weitere Maßnahme koordiniert der Bereich Governance und Recht den Arbeitskreis Rechtsentwicklung, um regulatorische und bankaufsichtsrechtliche Entwicklungen zu identifizieren und deren Auswirkungen sowie daraus resultierende Umsetzungsbedarfe für die Bank abzustimmen.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Governance und Recht die Wahrung der Rechtspositionen der IKB AG und des Konzerns.

Bezüglich der steuerrechtlichen Themen gewährleistet das Team Steuern die gesetzteskonforme Deklaration sowie die Verteidigung der Steuerpositionen gegenüber der Finanzverwaltung. Bei Bedarf werden hier auch externe Steuerberater oder Anwälte eingeschaltet. Auf Ebene der IKB AG oder ihrer Tochtergesellschaften könnte grundsätzlich zusätzlicher Steueraufwand für bislang noch nicht geprüfte Veranlagungszeiträume entstehen. Die letzte abgeschlossene Steuerprüfung für den inländischen Organkreis umfasste die Veranlagungszeiträume bis einschließlich 2016 (Umsatzsteuer bis 2015). Im laufenden Geschäftsjahr wurde die Prüfung für die Veranlagungszeiträume 2017 bis einschließlich 2020 fortgesetzt. Die IKB befindet sich in der Situation der stetigen Anschlussbetriebsprüfung.

Die IKB und zum Konzern gehörende Gesellschaften sind an rechtlichen Verfahren beteiligt. Grundsätzlich werden Rückstellungen für diese Verfahren gebildet, soweit die daraus resultierenden Verpflichtungen hinreichend wahrscheinlich sind und die Höhe der Verpflichtungen hinreichend genau bestimmbar ist. Da die Entwicklung dieser Verfahren mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass Rückstellungen dem Grunde und der Höhe nach im Laufe eines Verfahrens zu bilden bzw. anzupassen sind. Dies kann das Ergebnis und den Cashflow der IKB in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen.

Wesentliche anhängige Verfahren unter Beteiligung der IKB und/oder zum Konzern gehörender Gesellschaften sind Folgende: Ein ausländischer Security Trustee hat die IKB darüber informiert, dass er im Zusammenhang mit einer Kapitalmarkttransaktion betreffend von der IKB begebenen Genussrechten von Anlegern in Höhe von rund 34,6 Mio. € gerichtlich in Anspruch genommen wird. Hieraus leitet der Security Trustee einen vermeintlichen Freistellungsanspruch gegenüber der IKB ab. Die IKB erachtet die geltend gemachten Ansprüche als unbegründet und geht davon aus, dass eine Inanspruchnahme erfolglos bleiben wird. Ferner führt die IKB in Bezug auf strukturierte Kreditprodukte mehrere Aktivklagen in den USA. In zwei dieser Verfahren ergingen in erster Instanz teilweise negative Entscheidungen, aufgrund derer sich auf Ebene der IKB AG der hiermit in Verbindung stehende sonstige Vermögensgegenstand um 15,3 Mio. € reduziert. Die IKB hat gegen diese Entscheidungen Rechtsmittel eingelegt. Ein gerichtliches Verfahren, in dem gegenüber der IKB aus einem früheren Dienstverhältnis Pensionsansprüche in Höhe eines

versicherungsmathematisch ermittelten einstelligen Millionenbetrags geltend gemacht wurden, wurde durch Vergleich abschließend erledigt. Die hieraus entstandenen Aufwendungen sind im sonstigen Ergebnis beinhaltet.

Informations- und Kommunikationstechnologie-Risiken

Unter Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)-Risiko wird die Gefahr verstanden, dass Ereignisse oder Handlungen im Umfeld der Informations- und Kommunikationstechnik eine Organisationseinheit daran hindern, die anvisierten Ziele zu erreichen oder die gesetzten Strategien erfolgreich umzusetzen. Neben den Schutzziele der Informationssicherheit (Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit) sind hier Teilaspekte wie Qualitätszielerreichung, Ressourcenverfügbarkeit, Prozessstabilität, Agilität und Zukunftssicherheit wesentliche Risikotreiber.

Für die Behandlung von IKT-Risiken verfügt die Bank über eine Strategie mit Zielen und Maßnahmen für die digitale operationale Resilienz der IKB („DOR-Strategie“). Den regulatorischen Rahmen der DOR-Strategie bildet die Verordnung (EU) 2022/2554 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (Digital Operational Resilience Act, „DORA“).

Die DOR-Strategie ist darauf ausgerichtet, Risiken, welche mit dem Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien verbundenen sind, effektiv und effizient zu senken und einen stabilen IKT-Betrieb sicherzustellen.

In Bezug auf die wesentliche Untergruppe der Informationssicherheitsrisiken orientiert sich die Bank an dem internationalen Standard ISO/IEC 27001 für die Informationssicherheit sowie dem internationalen Standard ISO/IEC 22301 für das Business Continuity Management. Auf dieser Basis finden jährlich eine Schutzbedarfsfeststellung und Business Impact Analysen über alle Prozesse der IKB statt.

Das bestehende Informationssicherheits-Management-System (ISMS), das Business Continuity Management System (BCMS) sowie das IKT-Risikomanagement wird unter der Verantwortung des Chief Information Security Officers (CISO) betrieben („zweite Verteidigungslinie“). Das durchgeführte Risikomanagement adressiert die IKT-Risiken unter Beachtung der regulatorischen Vorgaben „Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)“ sowie DORA. Die aus dem Inkrafttreten der DORA im Januar 2025 resultierenden Anforderungen für das IKT-Risikomanagement wurden im Rahmen eines dedizierten Projekts erfolgreich umgesetzt.

Das IT-Sicherheitsmanagement ist innerhalb des Bereiches IT als Element der „ersten Verteidigungslinie“ für die operative IT-Sicherheit der Bank zuständig. Hierzu etabliert der Bereich in Abstimmung mit involvierten Querschnittsbereichen Maßnahmen und begleitet deren Umsetzung, ständige Verbesserung und Anpassung an bestehende und künftige IT-Sicherheits- und Compliance-Anforderungen. Dabei wird die System- und Netzwerksicherheit auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen in Zusammenarbeit mit den beauftragten Dienstleistern an die sich verändernde Bedrohungslage angepasst. Die Vereinbarungen sehen die Nutzung aktueller Technologien im Hardware- und Softwarebereich vor und verpflichten die Dienstleister daher zu einem geregelten Patch-Management. Risiken für die Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur werden durch die Verteilung der Rechenzentren für den bankinternen IT-Betrieb auf zwei räumlich getrennte Standorte minimiert.

Im IKT-Risikomanagement werden alle IKT-Risiken interner und externer Assets berücksichtigt. Maßnahmen zur Risikobehandlung werden durch Audits unter Federführung des CISO und Notfallübungen unter Federführung des zentralen Business Continuity Managements (BCM) verifiziert.

Nach der erfolgreichen Transition von der DG BIT zur KYNDRYL bezieht die IKB seit dem 01. Juli 2025 keine IT-Services mehr von der DG BIT. Nach dem Serviceende stand die DG BIT noch für Abschlussarbeiten bereit, was mit dem 31. Juli 2025 ebenfalls endete. Seither ist die KYNDRYL der verantwortliche Servicepartner für diese IT-Services.

Compliance-Risiken

Da sich aus den Geschäftsaktivitäten der IKB gesetzliche Folgepflichten für den Umgang mit compliance-relevanten Informationen für die Geschäfte mit Finanzinstrumenten sowie für die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen ergeben, unterliegt die IKB einer Vielzahl von gesetzlichen und regulatorischen

Vorgaben, auf deren Einhaltung die Maßnahmen der zu diesem Zweck eingerichteten Compliance-Funktionen ausgerichtet sind. Die entsprechenden Verhaltensanforderungen und Prozessvorgaben sind in der schriftlich fixierten Ordnung der Bank verbindlich geregelt. Zusätzlich stellen die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze und Wertvorstellungen Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeitenden an allen Standorten des Konzerns dar. Damit den Mitarbeitenden sowohl sämtliche Anforderungen als auch regulatorische Entwicklungen umfassend bekannt sind, werden regelmäßig Schulungen durchgeführt. Die Compliance-bezogene fachliche Beratung und Begleitung der Bereiche sowie die Durchführung von Überwachungshandlungen erfolgen präventiv und prozessbegleitend durch (1) die Compliance-Funktion nach den Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp) und (2) die Compliance-Funktion nach MaRisk sowie (3) den Beauftragten für den Schutz von Finanzinstrumenten und Geldern von Kunden.

Die Berichterstattung des Compliance-Beauftragten nach MaComp, MaRisk und des Beauftragten für den Schutz von Finanzinstrumenten und Geldern von Kunden erfolgt jährlich und anlassbezogen an den Vorstand sowie auch an den Aufsichtsrat.

Die Compliance-Funktion nach MaComp, die Compliance-Funktion nach MaRisk und der Beauftragte für den Schutz von Finanzinstrumenten und Geldern von Kunden führen regelmäßig (mindestens jährlich) jeweils eine Risikoanalyse durch, aus der sich der jeweilige Überwachungsplan ableitet.

Die Berichterstattung des Geldwäschebeauftragten/der Zentralen Stelle erfolgt jährlich und anlassbezogen an den Vorstand.

Die IKB AG hat interne Grundsätze, Verfahren und Kontrollen in Bezug auf Vorgaben zur Verhinderung von Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung, strafbare Handlungen und die Einhaltung von Finanzsanktionen implementiert. Die Mitarbeitenden werden regelmäßig alle zwei Jahre bzw. anlassbezogen in Bezug auf Typologien und aktuelle Methoden der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie alle drei Jahre bzw. anlassbezogen in Bezug auf strafbare Handlungen und Finanzsanktionen geschult. Darüber hinaus werden alle neuen Mitarbeitenden erstmalig separat geschult. Der Geldwäschebeauftragte/die Zentrale Stelle erstellt auf jährlicher Basis bzw. anlassbezogen eine gruppenweite Risikoanalyse zur Verhinderung von Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung, strafbaren Handlungen und in Bezug auf die Einhaltung von Finanzsanktionen. Auf Grundlage der Risikoanalyse und unter Berücksichtigung der festgelegten Präventionsmaßnahmen werden das Geldwäscherisiko und das Risiko aus strafbaren Handlungen und Finanzsanktionen bewertet. Die aus der Risikoanalyse abgeleiteten Sicherungsmaßnahmen werden mindestens jährlich auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und bei Bedarf angepasst. Die aktuelle Situation in der Ukraine und die damit einhergehenden Russland-/Belarus-Finanzsanktionen werden eng begleitet. Zur Einhaltung der relevanten Sanktionen sind verschiedene Sicherungsmaßnahmen implementiert (u. a. Screening des Kundenbestandes und real-time Screening des Zahlungsverkehrs gegen Sanktionslisten, Monitoring der sanktionsrechtlichen Vorgaben, Erhebung von Sanktionsrisiken bei den IKB-Kunden).

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentral- und Marktfolgebereiche sowie Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört u. a. die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeitenden, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Um ein hohes Qualifikationsniveau der Belegschaft sicherzustellen, investiert die IKB kontinuierlich in ihr Aus- und Weiterbildungsmanagement.

Die Anzahl der Eigenkündigungen stellt derzeit kein personalwirtschaftliches Risiko dar, da sie sich entweder intern bzw. temporär auch über einen externen Dienstleister kompensieren lassen oder nachbesetzt werden. Eine erhöhte Abwanderungsgefahr besteht ebenfalls nicht.

Um den Personalbedarf der Zukunft, auch im Hinblick der demografischen Entwicklung decken zu können, investiert die IKB in die Ausbildung von Young Professionals, Trainees sowie dual Studierende.

Für Informationen zum Vergütungssystem der IKB wird auf den Offenlegungsbericht verwiesen.

Reputationsrisiken

Das Reputationsrisiko ist das Risiko einer negativen Wahrnehmung der IKB von Stakeholdern der Bank (z. B. Kunden, Investoren, Regulierungsbehörden), das sich auf die Erträge, das Kapital oder die Liquidität auswirken kann, indem etwa die Fähigkeit des Hauses zum Bestands- oder Neugeschäft, die Pflege von Kundenbeziehungen oder die Nutzung von Refinanzierungsquellen aktuell oder zukünftig nachteilig beeinflusst wird. Die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Reputationsrisikos oder die Konsequenzen eines Eintritts lassen sich in aller Regel nicht quantifizieren.

Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die Methodik orientiert sich dabei weitestgehend am Management nichtfinanzieller Risiken. Beim Management von Reputationsrisiken wird einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessengruppen ein hoher Stellenwert beigemessen. Reputationsrisiken erwachsen häufig aus sonstigen operationellen Risiken und werden entsprechend dort überwacht.

Strategische Risiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung von langfristigen Unternehmenszielen und der nachhaltigen Erfolgsposition der Bank infolge von unerwarteten Entwicklungen. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen, regulatorischen oder gesellschaftlichen Umfeld sowie durch Veränderungen der Markt-, Wettbewerbs- und Refinanzierungsbedingungen entstehen. Geopolitische und handelspolitische Risiken (wie zum Beispiel Kriegsgeschehen in der Ukraine und im Nahen Osten, politische Unruhen, verstärkter Protektionismus) werden laufend hinsichtlich strategischer Risiken und damit einhergehender potenzieller Gefährdungen der langfristigen Erfolgsposition der Bank beobachtet und analysiert.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System quantitativ schwer erfassbar und werden auf qualitativem Wege bewertet. Sie stehen deshalb unter kontinuierlicher Beobachtung des Vorstands. Hierzu gehört der jährliche und anlassbezogene Review der Geschäftsstrategie durch den Vorstand unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf den strategischen und operativen Planungsprozess.

Neben dem jährlichen und anlassbezogenen Review der Geschäftsstrategie findet eine Überprüfung der geschäftsstrategischen Ziele, Maßnahmen und Risiken kontinuierlich im Rahmen des Strategie- und Risikoausschusses sowie der Vorstandssitzungen statt. Hieraus erwachsen strategische Initiativen und Optimierungsmaßnahmen.

Beteiligungsrisiken

Da die einzelnen wesentlichen Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Nichtfinanziellen Risiken im Beteiligungsportfolio bereits bei den einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden, wird das Beteiligungsrisiko (im Sinne von Dividendenausfall, Buchwertabschreibungen, Veräußerungsverlusten und Rückgang der stillen Reserven) selbst nicht als eigenständige wesentliche Risikoart eingestuft.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die IKB unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter wirtschaftlicher oder rechtlicher Rahmenbedingungen. Eine Quantifizierung des Geschäftsrisikos erfolgt insbesondere mit Hilfe von Szenariorechnungen im Rahmen der normativen Perspektive.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also die Reduktion der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich

Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Der Vorstand sieht sich hierdurch in der Lage, risikomitigierende Maßnahmen einzuleiten.

Chancen

Die IKB hat ihr Geschäftsmodell auf Dienstleistungen für Unternehmen des gehobenen Mittelstands mit umfassendem Beratungs- und Finanzierungsbedarf ausgerichtet.

Die IKB sieht in der nachhaltigen Transformation der deutschen Wirtschaft weiterhin Geschäftspotenziale. Als aktiver Partner im Durchleitungsgeschäft der KfW verfügt die Bank über signifikante Marktanteile in komplexen Förderprogrammen, die unter anderem auf die Reduzierung von CO₂-Emissionen abzielen. Zum Bilanzstichtag basieren rund 52 % des Kreditbuchs der IKB auf Förderprogrammen, die überwiegend der KfW zuzuordnen sind.

Darüber hinaus betrachtet die IKB die Implementierung von Künstlicher Intelligenz (KI) als Chance, Effizienz zu steigern und Kosten zu senken. Mit der zunehmenden Einführung von KI-Lösungen verfolgt die Bank die Ziele, Wissen zu erweitern, Entscheidungsprozesse transparenter zu gestalten und nachhaltigen Erfolg zu sichern. Zu diesem Zweck wurden Initiativen gestartet und weitere Anwendungsfälle umgesetzt.

In Summe sieht die IKB die Chance, ihre Kosteneffizienz durch wachsendes profitables Neugeschäft und sinkende Verwaltungskosten zu erhöhen, insbesondere durch reduzierte Projektkosten und konsequente Kostendisziplin, und dadurch steigende Jahresüberschüsse zu erzielen. Eine daraus resultierende verbesserte Bonitätswahrnehmung von außen könnte zu weiteren positiven Rückkopplungen auf die gesamte Geschäftstätigkeit führen.

Die IKB hatte im Dezember 2020 die Genehmigung von der Aufsicht zur beantragten Modelländerung für das IRBA-Ratingsystem „Corporate-Rating“ erhalten. Diese Genehmigung erfolgte mit der Auflage eines PD (Probability of Default)-Zuschlages. Aus der Verringerung dieses PD-Zuschlages erwartet die IKB in den folgenden Geschäftsjahren weiteres Potenzial zur RWA-Reduktion.

Ein möglicher Verkauf der IKB durch den Eigentümer Lone Star kann die weitere geschäftliche Entwicklung des Unternehmens positiv beeinflussen. Der Vorstand der IKB bleibt offen für die Umsetzung dieses Vorhabens. Dies schließt die Gewinnung weiterer Investoren ein. Auch im anorganischen Wachstum besteht die Möglichkeit, das Geschäftsmodell weiter zu optimieren, neue Marktchancen zu erschließen und nachhaltiges Wachstum zu fördern.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Gemessen an den regulatorischen Kapital- und Liquiditätskennziffern ist die IKB weiterhin insgesamt angemessen ausgestattet. Alle Kapitalquoten liegen dabei zum 31. Dezember 2025 und auf Basis der Normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit über den aufsichtlich geforderten Kapitalanforderungen, sodass ausreichender Spielraum zur Umsetzung der geplanten geschäftlichen Aktivitäten besteht. Dies gilt insbesondere nach Wegfall der zusätzlichen temporären Eigenmittelanforderungen gemäß § 10 Abs. 3 S. 1 KWG im Anschluss an die im ersten Halbjahr durchgeführte aufsichtliche Prüfung. Bereits bekannte allgemeine Änderungen der aufsichtlichen Mindestanforderungen sind dabei entsprechend berücksichtigt.

Bei einer gesunkenen Risikoposition und gleichzeitig sinkender Risikodeckungsmasse ist die Risikotragfähigkeit in der Ökonomischen Perspektive nicht nur für die nächsten 12 Monate, sondern auf Basis der Planungen der Bank auch für einen darüber hinaus gehenden Zeitraum von mindestens zwei Jahren gegeben.

Für beide Perspektiven der Risikotragfähigkeit gilt, dass neben der Risikoentwicklung auch regulatorische und aufsichtliche Änderungen sowie geänderte aufsichtliche Auslegungen Auswirkungen auf die Risikosituation der Bank haben. Auch aus der Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen können sich Belastungen insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung und angrenzende Themenstellungen ergeben.

Die IKB befindet sich in einem aufgrund politischer Rahmenbedingungen herausfordernden Geschäftsumfeld mit weiterhin schwachem Wirtschaftswachstum und geringer Investitionsbereitschaft. Maßgeblich hierfür sind die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft, die geopolitischen Spannungen und wirtschaftspolitische Unsicherheiten. Hinzu kommt die US-Handelspolitik, die den Welthandel im laufenden Jahr zunächst noch belastet.

In diesem herausfordernden Marktumfeld lagen die Non-performing Assets zum Ende des Geschäftsjahres auf einem reduzierten und weiterhin niedrigen Niveau. Auch der Risikovorsorgesaldo bewegte sich unterhalb des geplanten Niveaus. Ihre hohen Kreditvergabestandards hält die IKB in der aktuellen, weiterhin von Unsicherheit geprägten Marktsituation weiter aufrecht. Die oben genannten Einflussfaktoren, mit ihren nicht abschätzbaren Folgen u. a. auf das Wirtschaftswachstum, können Auswirkungen auf die Kreditrisiken haben und insbesondere zu steigenden Non-performing Assets und zu einem erhöhten Risikovorsorgeaufwand der Bank führen.

Trotz dieses herausfordernden Umfeldes ist die Marktpreisrisikoposition im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere durch risikoreduzierende Maßnahmen zurückgegangen. Aufgrund der weiterhin bestehenden Unsicherheit über die zukünftige Konjunktur- und Inflationsentwicklung, den daraus resultierenden Reaktionen der Notenbanken und Märkte sowie gegebenenfalls weiterer risikoreduzierender Maßnahmen können sich Belastungen im Investmentportfolio ergeben.

Mit Blick auf die genannten Unsicherheiten werden die konjunkturellen Entwicklungen, die geldpolitischen Reaktionen der Notenbanken und die Reaktionen der Märkte von der IKB fortlaufend beobachtet und ihre Auswirkungen auf die Risikoposition der IKB und mögliche Stress-Szenarien analysiert, um die Risiken der IKB aktiv zu steuern und zu begrenzen. Die Umsetzung möglicher Maßnahmen zur aktiven Portfoliosteuerung oder Risikoreduktion kann dabei Einfluss auf das Ergebnis haben.

Geschäftspotenziale sieht die IKB weiterhin in der Nachhaltigkeits-Transformation der deutschen Wirtschaft. Die IKB begleitet ihre Kunden mit nachhaltigen Krediten und Beratungsleistungen und trägt zur Finanzierung der grünen Transformation des deutschen Mittelstandes bei. Dazu werden Produkte, welche die IKB als nachhaltig klassifiziert, angeboten und sukzessive weiter ausgebaut. In Summe sieht die IKB darin die Chance, mit wachsendem profitablen Neugeschäft, getrieben u. a. durch die Transformationsfinanzierung, und sinkenden Verwaltungskosten, steigende Jahresüberschüsse zu erzielen.

4. Prognosebericht

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die weltweite, konjunkturelle Entwicklung dürfte 2026 erheblich durch die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft, den geopolitischen Spannungen und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten belastet bleiben. Es wird erwartet, dass die US-Handelspolitik den Welthandel zunächst negativ beeinträchtigt, bevor dieser im Verlauf des aktuellen Jahres wieder etwas anzieht.

Für die USA wird mit einer Eintrübung der Konjunktur gerechnet. Zum einen machen sich die Zölle nach und nach in einem verstärkten Preisauftrieb bemerkbar. Damit sollte sich der private Konsum abschwächen. Auch die Unternehmensinvestitionen in Verbindung mit dem KI-Boom dürften ihre starke Dynamik nicht halten können. Für China wird ebenfalls eine allmähliche Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion erwartet. Dabei stehen der Stimulierung der heimischen Nachfrage durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen strukturelle Schwächen wie die anhaltende Immobilienkrise, aufgebaute Überkapazitäten, eine ungünstige demografische Entwicklung sowie ungelöste Schuldenprobleme vieler lokaler Regierungen entgegen. Die Expansion im Euroraum setzt sich in moderatem Tempo fort. Dabei belastet die handels- und geopolitische Lage die Dynamik. Zum einen drängen chinesische Wettbewerber auf den europäischen Markt, zum anderen fehlt die Nachfrage aus den USA.

Für die deutsche Wirtschaft wird vor allem ab dem zweiten Quartal 2026 eine Belebung erwartet. Die Konsensmeinung geht von einem BIP-Wachstum deutlich über den 0,2 % von 2025 aus. Zusätzliche Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben lassen die staatlichen Investitionen und Konsumausgaben stark zulegen. Kräftig steigende Löhne und ein sich nach und nach verbessernder Arbeitsmarkt stützen die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und damit eine moderate Expansion ihrer Konsumausgaben. Auch die Exporte sollten im Verlauf des Jahres langsam wieder auf Expansionskurs gehen. Der Welthandel und die Auslandsnachfrage sollten dies sicherstellen. Angesichts ihrer verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit dürfte die deutsche Exportwirtschaft davon aber nur begrenzt profitieren.

Das Baugewerbe sollte trotz der Kapazitätsengpässe im Tiefbau recht kräftig im Laufe des Jahres expandieren. Einerseits wirken hier die Fiskalmaßnahmen der Bundesregierung. Andererseits dürfte sich der Wohnungsbau langsam erholen.

Die deutsche Industrie sollte sich nur allmählich auf niedrigem Niveau erholen. Große Dynamik ist aufgrund der strukturellen Herausforderungen wie hohe Kostenstrukturen und globaler Wettbewerbsdruck vor allem aus China nicht zu erwarten. Dennoch dürfte der Auslastungsgrad im Verarbeitenden Gewerbe im Zuge einer sich allmählich belebenden Exporttätigkeit im Jahr 2026 weiter steigen und so auch die Investitionsneigung stützen. Die Unternehmensinvestitionen sollten deshalb ab Mitte 2026 wieder auf einen Expansionspfad einschwenken, wenn auch mit überschaubarer Dynamik.

Die Kreditvergabe des deutschen Bankensektors ist im historischen Vergleich weiterhin verhalten, zeigt aber Anzeichen einer Belebung. Impulse erhält die Kreditvergabe von der zunehmenden Investitionstätigkeit im Verlauf des Jahres. Dabei sollte das Zinsniveau bei einer unveränderten geldpolitischen Ausrichtung der EZB weitgehend stabil bleiben. Die Banken in Deutschland dürften allerdings vor dem Hintergrund der schwachen konjunkturellen Erholung und der Belastungen der Unternehmen im Zuge des Strukturwandels ihre restriktiven Kreditrichtlinien für die Kreditvergabe vorerst beibehalten.

Die Risiken im Kreditgeschäft der deutschen Banken haben seit einiger Zeit zugenommen. Es wird damit gerechnet, dass die Risiken angesichts konjunkturellen und strukturellen Herausforderungen perspektivisch weiter steigen. Die US-Zölle könnten zudem zu höheren Ausfällen bei Krediten von vor allem exportorientierten Unternehmen führen. Die Preisentwicklung auf dem deutschen Wohnimmobilienmarkt deutet auf eine Erholung hin. Die Preise auf den Gewerbeimmobilienmärkten stabilisieren sich, jedoch bleibt die Lage insgesamt fragil. Risiken im Gewerbeimmobiliensektor stehen daher eher moderaten Verwundbarkeiten beim Wohnimmobiliensektor gegenüber. In der Finanzierung von Gewerbeimmobilien sind die Risiken für Banken weiterhin erhöht.

Die Prognosen sind mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Insbesondere bei den internationalen Handelsstreitigkeiten und mit Blick auf die geopolitischen Konflikte sind sowohl Verschärfungen als auch Entspannungstendenzen möglich.

Hinsichtlich der deutschen Fiskalpolitik könnte die geplante Ausweitung der Ausgaben langsamer als vorgesehen umgesetzt werden; ebenso ist eine noch expansivere Ausrichtung möglich. Insgesamt überwiegen für die Wirtschaftsaktivität eher die Abwärtsrisiken.

Allgemeine Hinweise zum Prognosebericht

Den nachfolgenden Prognosen liegt ein Prognosezeitraum von einem Geschäftsjahr zugrunde. Zusätzlich werden für ausgewählte Kennzahlen Mittelfristziele genannt, deren Erreichung innerhalb der kommenden fünf Geschäftsjahre geplant ist. Aufgrund des Gleichlaufs der im Prognosebericht genannten Kennzahlen und Leistungsindikatoren im IKB-Konzern und der IKB AG beziehen sich die nachfolgenden Aussagen grundsätzlich auf den IKB-Konzern. Sofern wesentliche Abweichungen bestehen, sind zusätzlich die Werte für die IKB AG in Klammern angegeben.

Vermögenslage

Die IKB rechnet im Vergleich zu der harten Kernkapitalquote des Geschäftsjahres 2025 für das Geschäftsjahr 2026 mit einer weitgehend unveränderten harten Kernkapitalquote (CET1-Quote) in der Institutsgruppe. Die IKB wird auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer, regulatorischer Kapitalanforderungen die an sie gestellten Mindestanforderungen erfüllen.

Wie im vorstehenden Kapitel zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erläutert, geht die IKB im Jahr 2026 von einem Wirtschaftswachstum und einer belebten Kreditvergabe im deutschen Bankensektor aus. Für das Geschäftsjahr 2026 wird daher von einer deutlichen Steigerung des Neugeschäftsvolumens bei Kreditprodukten im Vergleich zum Kreditneugeschäftsvolumen von 2,8 Mrd. € im Vorjahr ausgegangen. Aufgrund des steigenden Neugeschäftsvolumens erwartet die IKB auch einen deutlich höheren Bestand an Kundenforderungen im Vergleich zum Vorjahr.

Finanzlage

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind das Einlagengeschäft mit Privatkunden, Unternehmenskunden und institutionellen Investoren sowie besicherte Finanzierungen. Darüber hinaus nutzt die IKB weiterhin für ihre Kunden aktiv die Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken. Die Passivseite wird im Prognosezeitraum somit wie im Vorjahr durch einen diversifizierten Funding-Mix zur Refinanzierung der Aktivseite geprägt sein. Die Bank kann zudem auf die Möglichkeit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Nachrangkapital und Kernkapitalinstrumenten zurückgreifen.

Mittelaufnahmen werden zur Rückzahlung von fälligen Refinanzierungen und zur Refinanzierung des Neugeschäfts verwendet. Die künftige Liquiditätssituation ist auch von der Neugeschäftsentwicklung, dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen sowie der Marktwertentwicklung von Sicherheiten und Derivaten abhängig. Zusätzlich kann die Entwicklung der Zinspolitik seitens der EZB Auswirkungen auf das Anlageverhalten von Kunden, die Möglichkeiten der besicherten Refinanzierung im Interbankenmarkt und mit der EZB haben.

Die Geschäftsplanung der Bank und alle hiermit verbundenen Maßnahmen hängen vom Marktumfeld ab. Signifikante unerwartete Verluste, stressartige Marktverwerfungen und zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie sonstige staatliche Eingriffe können die Finanzlage der IKB belasten.

Selbst unter Berücksichtigung der Stress-Szenarien in der Unternehmensplanung ist die IKB ausreichend mit Liquidität versorgt, sodass die Liquiditätskennziffern über den Prognosezeitraum stets mit Puffer eingehalten werden. Die regulatorische Liquiditätssteuerung der IKB erfolgt nach der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR). Die Bank erwartet für das Geschäftsjahr 2026 eine LCR von jederzeit über 100 % und damit die verbindliche Einhaltung der gesetzlichen Mindestnorm. Auch die NSFR zur Abbildung der mittel- bis langfristigen Liquidität wird im

kommenden Geschäftsjahr jederzeit über 100 % und somit über der gesetzlichen Mindestnorm liegen. Die IKB geht im Geschäftsjahr 2026 von einer Leverage Ratio in der IKB-Gruppe von rund 7 % aus.

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2026 erwartet die IKB einen gegenüber dem Vorjahr leicht geringeren Zins- und Provisionsüberschuss. Der leichte Rückgang ist im Wesentlichen auf den Abbau des CDS-Portfolios im Geschäftsjahr 2025 zurückzuführen.

Aufgrund der erwarteten wirtschaftlichen Belebung plant die IKB für das Geschäftsjahr 2026 trotz des höheren Bestandes an Forderungen gegenüber Kunden mit einem nur leicht steigenden Risikovorsorgesaldo im Kreditgeschäft im Vergleich zum Vorjahr.

Die Bank erwartet im Geschäftsjahr 2026 merklich sinkende Verwaltungsaufwendungen auf 133 Mio. €. Dies ist im wesentlichen auf stark sinkende Projektkosten sowie auch bei den anderen Verwaltungsaufwendungen hohe Kostendisziplin zurückzuführen. Für die Cost-Income-Ratio als Relation der Verwaltungskosten zu der Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss rechnet die IKB im Geschäftsjahr 2026 aufgrund der erwarteten Entwicklung des Bruttoergebnisses mit einem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Wert von rund 70 %. Aus Sicht der IKB ist die Verbesserung der Kosteneffizienz weiterhin ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Mittelfristig plant die Bank durch die Senkung von Verwaltungsaufwendungen und moderaten Ertragssteigerungen bei einer rückläufigen Risikovorsorge mit einer Cost-Income-Ratio von rund 40 %.

Neben der Kosteneffizienz ist auch der Return on Equity (RoE) wichtig für die weitere Entwicklung der Bank. Die IKB erwartet für das Geschäftsjahr 2026 einen deutlich über dem Vorjahresniveau liegenden RoE von knapp 10 % nach Steuern. Mittelfristig plant die Bank mit einem RoE von über 10 %. Dieses Ziel wird im Wesentlichen durch eine Kombination von reduzierten Verwaltungskosten und moderaten Ertragssteigerungen erreicht werden.

Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2026 erwartet die IKB einen Konzernjahresüberschuss vor Steuern von rund 65 Mio. € (IKB AG: rund 65 Mio. €).

Die IKB plant zukünftig reguläre Dividenden von 60 % bis 80 % des Konzernjahresüberschusses nach Steuern an den Alleinaktionär auszuschütten.

5. Angaben gemäß § 312 AktG

Die IKB hat gemäß § 312 AktG (Aktiengesetz) einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlussfolgerung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine zumindest angemessene und daher jedenfalls nicht nachteilige Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

6. Erklärung zur Unternehmensführung

In der nachstehenden Erklärung berichtet der Vorstand – zugleich auch für den Aufsichtsrat – gemäß § 289f Abs. 4 HGB über die Festlegung von Zielgrößen für den Frauenanteil und Fristen für deren Erreichung im Aufsichtsrat, im Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands.

In seiner Sitzung am 18. August 2022 hat der Aufsichtsrat der IKB unter Berücksichtigung der aktuellen Besetzung des Aufsichtsrats die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat auf 11,1 % (gerundet) und im Vorstand erneut auf 0 % bis zum 18. August 2027 festgesetzt. Es werden weiterhin Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts sowie unterschiedlichen Alters, Bildungs- und geografischen Hintergrunds in den Auswahlprozess einbezogen. Die Besetzung des Vorstands soll weiterhin ausschließlich nach Eignung und Qualität erfolgen, unabhängig von dem Geschlecht der Kandidaten/Kandidatinnen. Der Aufsichtsrat sieht den Vorstand in seiner aktuellen Besetzung gut aufgestellt, sodass die Zielgröße von 0 % beibehalten wurde.

Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 8. März 2022 Zielgrößen für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands bestimmt. Die Zielgröße für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene wurde auf $\geq 20\%$ und in der zweiten Führungsebene auf $\geq 15\%$, jeweils bis zum 31. Dezember 2026, festgesetzt.

Zusammengefasster Jahres- und Konzernabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr 2025

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Aktivseite		
Barreserve	20,8	22,2
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	20,8	22,2
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	20,8	22,2
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-	-
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	573,7	-
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen	573,7	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	573,7	-
Forderungen an Kreditinstitute	1.627,3	1.943,8
a) täglich fällig	1.037,7	1.193,8
b) andere Forderungen	589,6	750,0
Forderungen an Kunden	7.905,9	8.093,9
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	579,0	638,9
darunter: Kommunalkredite	249,3	456,6
darunter: Barsicherheiten	36,7	21,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.595,4	3.343,9
a) Geldmarktpapiere	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	3.594,7	3.312,6
ba) von öffentlichen Emittenten	2.309,2	2.323,3
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.309,2	2.275,4
bb) von anderen Emittenten	1.285,6	989,3
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.091,1	819,5
c) eigene Schuldverschreibungen	0,7	31,3
Nennbetrag	0,7	44,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	432,9	434,5
Beteiligungen	0,2	0,2
darunter: an Kreditinstituten	0,2	0,2
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,1	0,1
darunter: an Kreditinstituten	-	-
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	-	-
Immaterielle Anlagewerte	0,6	0,6
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,6	0,6
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
d) Geleistete Anzahlungen	-	-
Sachanlagen	1,8	2,0
Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	57,8	82,0
Rechnungsabgrenzungsposten	9,0	26,9
Aktive latente Steuern	120,0	120,0
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	2,5	5,3
Summe der Aktiva	14.348,0	14.075,3

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Passivseite		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.813,5	8.189,0
a) täglich fällig	75,3	77,7
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.738,2	8.111,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.675,1	3.869,9
a) Spareinlagen	-	-
b) andere Verbindlichkeiten	3.675,1	3.869,9
ba) täglich fällig	865,2	882,0
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.809,8	2.988,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2,9	9,6
a) begebene Schuldverschreibungen	2,9	9,6
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	78,2	74,5
Rechnungsabgrenzungsposten	9,2	18,6
Passive latente Steuern	-	-
Rückstellungen	115,9	128,0
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	77,3	90,3
b) Steuerrückstellungen	1,8	1,8
c) andere Rückstellungen	36,8	35,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	453,6	542,8
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	73,0	8,0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	12,0	116,0
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-	-
Eigenkapital	1.187,6	1.126,8
a) Eingefordertes Kapital	100,0	100,0
Gezeichnetes Kapital	100,0	100,0
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	-
Bedingtes Kapital	-	-
b) Kapitalrücklage	647,9	647,9
c) Gewinnrücklagen	244,9	215,6
ca) gesetzliche Rücklage	2,4	2,4
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	242,5	213,2
d) Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-	-
e) Bilanzgewinn/-verlust	194,9	163,3
f) Nicht beherrschende Anteile	-	-
Summe der Passiva	14.348,0	14.075,3

Eventualverbindlichkeiten	34,4	974,7
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	34,4	974,7
c) Haftung aus der Bestellung von	-	-

	Sicherheiten für fremde Ver- bindlichkeiten		
	Andere Verpflichtungen	1.081,0	428,0
a)	Rücknahmever- pflichtungen aus unechten Pensionsge- schäften	-	-
b)	Platzierungs- und Übernah- meverpflichtun- gen	-	-
c)	Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.081,0	428,0

Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. Dezember 2025

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Aktivseite		
Barreserve	20,8	22,2
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	20,8	22,2
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	20,8	22,2
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-	-
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	573,7	-
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen	573,7	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	573,7	-
Forderungen an Kreditinstitute	1.625,5	1.940,5
a) täglich fällig	1.035,9	1.190,5
b) andere Forderungen	589,6	750,0
Forderungen an Kunden	8.192,9	8.380,9
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	579,0	638,9
darunter: Kommunalkredite	249,3	456,6
darunter: Barsicherheiten	36,7	21,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.595,6	3.345,7
a) Geldmarktpapiere	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	3.594,9	3.343,7
ba) von öffentlichen Emittenten	2.309,3	2.323,5
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.309,3	2.275,6
bb) von anderen Emittenten	1.285,6	1.020,2
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.091,2	821,1
c) eigene Schuldverschreibungen	0,7	2,0
Nennbetrag	0,7	2,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	134,5	135,8
Beteiligungen	0,2	0,2
darunter: an Kreditinstituten	0,2	0,2
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	38,5	42,2
darunter: an Kreditinstituten	-	-
Immaterielle Anlagewerte	0,6	0,6
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,6	0,6
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
d) Geleistete Anzahlungen	-	-
Sachanlagen	1,8	2,0
Sonstige Vermögensgegenstände	60,0	95,9
Rechnungsabgrenzungsposten	9,0	26,9
Aktive latente Steuern	120,0	120,0
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	2,5	5,3
Summe der Aktiva	14.375,5	14.118,1

in Mio. €		31.12.2025	31.12.2024
Passivseite			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.813,5	8.189,0
a)	täglich fällig	75,3	77,7
b)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.738,2	8.111,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		3.699,4	3.894,5
a)	Spareinlagen	-	-
b)	andere Verbindlichkeiten	3.699,4	3.894,5
ba)	täglich fällig	865,2	885,5
bb)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.834,1	3.009,0
Verbriefte Verbindlichkeiten		2,9	9,6
a)	begebene Schuldverschreibungen	2,9	9,6
b)	andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten		79,3	76,8
Rechnungsabgrenzungsposten		9,2	18,6
Passive latente Steuern		-	-
Rückstellungen		115,8	126,4
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	77,3	88,9
b)	Steuerrückstellungen	1,8	1,8
c)	andere Rückstellungen	36,7	35,6
Nachrangige Verbindlichkeiten		453,6	542,8
	darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	73,0	8,0
Genussrechtskapital		-	-
Fonds für allgemeine Bankrisiken		12,0	116,0
	darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-	-
Eigenkapital		1.189,8	1.144,4
a)	Eingefordertes Kapital	100,0	100,0
	Gezeichnetes Kapital	100,0	100,0
	abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	-
	Bedingtes Kapital	-	-
b)	Kapitalrücklage	647,9	647,9
c)	Gewinnrücklagen	247,0	215,6
ca)	gesetzliche Rücklage	2,4	2,4
cb)	Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc)	satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd)	andere Gewinnrücklagen	244,6	213,2
e)	Bilanzgewinn/-verlust	194,9	180,9
Summe der Passiva		14.375,5	14.118,1
Eventualverbindlichkeiten		34,4	1.049,7
a)	Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-	-
b)	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	34,4	1.049,7
c)	Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
Andere Verpflichtungen		1.115,0	462,0

a)	Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b)	Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	-
c)	Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.115,0	462,0

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

in Mio. €	2025	2024
Aufwendungen		
Zinsaufwendungen	-264,4	-338,9
darunter: positive Zinsen	4,2	6,9
Provisionsaufwendungen	-2,6	-3,3
Nettoaufwand des Handelsbestands	-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-145,0	-138,3
a) Personalaufwand	-78,3	-75,5
aa) Löhne und Gehälter	-66,3	-64,2
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-12,0	-11,4
darunter: für Altersversorgung	-1,9	-2,3
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-66,7	-62,8
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-1,1	-1,0
a) auf Leasingvermögen	-	-
b) auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-1,1	-1,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-178,9	-61,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-79,9	-36,6
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-0,3	-0,0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-
Außerordentliche Aufwendungen	-6,0	-0,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,6	4,9
Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen	-0,1	-0,1
Jahresüberschuss	-60,8	-60,5
Summe der Aufwendungen	-737,6	-635,1

in Mio. €	2025	2024
Erträge		
Zinserträge aus	422,1	534,0
Kredit- und Geld- a) markt- ge- schäf- ten	355,6	461,9
darunter: negative Zinsen	-1,1	-1,1
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	66,6	72,2
darunter: negative Zinsen	-	-
Laufende Erträge aus	18,1	9,7
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	18,1	9,7
b) Beteiligungen	0,0	0,0
c) Anteilen an assoziierten Unternehmen	-	-
d) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-	-
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	-	-
Provisionserträge	21,3	18,9
Nettoertrag des Handelsbestands	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	12,9	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	159,2	29,5
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	104,0	43,0
Außerordentliche Erträge	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Jahresfehlbetrag	-	-
Summe der Erträge	737,6	635,1
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	60,8	60,5
Nicht beherrschende Anteile	-	-
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	163,3	153,8
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	-	-
Entnahmen aus der Kapitalrücklage nach § 272 (2) Nr. 1 - 3 HGB	-	-
Entnahmen aus der Kapitalrücklage nach § 272 (2) Nr. 4 HGB	-	-
Entnahmen aus Genussrechtskapital	-	-
Entnahmen Stille Einlage	-	-
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-29,2	-51,0
Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-	-
Bilanzgewinn/-verlust	194,9	163,3

Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

in Mio. €	2025	2024
Aufwendungen		
Zinsaufwendungen	-265,1	-339,7
darunter: positive Zinsen	4,2	6,9
Provisionsaufwendungen	-2,5	-3,3
Nettoaufwand des Handelsbestands	-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-144,6	-137,8
a) Personalaufwand	-78,3	-75,5
aa) Löhne und Gehälter	-66,3	-64,2
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-12,0	-11,3
darunter: für Altersversorgung	-1,9	-2,3
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-66,3	-62,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-1,1	-1,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-191,1	-65,7
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-79,9	-36,6
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-2,3	-0,8
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-1,3	-0,1
Außerordentliche Aufwendungen	-6,0	-0,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1,6	5,0
Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen	-0,0	-0,0
Auf Grund einer Gewinnngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-	-
Jahresüberschuss	-45,3	-57,2
Summe der Aufwendungen	-737,7	-637,4

in Mio. €	2025	2024
Erträge		
Zinserträge aus	428,3	544,6
a) Kre- dit- und Geld- markt- ge- schäf- ten	363,4	474,1
darunter: negative Zinsen	-1,1	-1,1
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	64,9	70,5
darunter: negative Zinsen	-	-
Laufende Erträge aus	11,7	0,0
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	11,7	-
b) Beteiligungen	0,0	0,0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-	-
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0
Provisionserträge	21,4	19,0
Nettoertrag des Handelsbestands	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	12,9	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	159,4	30,6
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	104,0	43,0
Außerordentliche Erträge	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Jahresfehlbetrag	-	-
Summe der Erträge	737,7	637,4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	45,3	57,2
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	180,9	174,7
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	-	-
Entnahmen aus der Kapitalrücklage nach § 272 (2) Nr. 1 - 3 HGB	-	-
Entnahmen aus der Kapitalrücklage nach § 272 (2) Nr. 4 HGB	-	-
Entnahmen aus Genussrechtskapital	-	-
Entnahmen Stille Einlage	-	-
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-31,4	-51,0
Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-	-
Bilanzgewinn/-verlust	194,9	180,9

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2025
Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	60,8
+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	28,4
+/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen	-9,1
+/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-40,2
-/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-12,7
+/- Sonstige Anpassungen (Saldo)	-2,7
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstituten	312,3
+/- Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	167,6
+/- Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	34,5
+/- Zunahme/Abnahme der Leasinggegenstände	0,0
+ Einzahlungen aus der Veräußerung	0,0
- Auszahlungen für den Erwerb	0,0
+/- Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	15,7
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	621,0
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-194,2
+/- Zunahme/Abnahme verbriefter Verbindlichkeiten	-6,6
+/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-0,6
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	-175,8
+/- Leasingaufwendungen/Leasingerträge	0,0
+/- Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	6,0
+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	-1,6
+ Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	453,5
- Gezahlte Zinsen	-264,6
+/- erhaltene/gezahlte Cashflows aus Leasinggeschäften	0,0
+ Außerordentliche Einzahlungen	-
- Außerordentliche Auszahlungen	-
+/- Ertragssteuerzahlungen	4,0
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	995,5
+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	132,3
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-474,5
+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0,0
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-0,6
+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	-
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-0,3
+ Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	-
- Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	-
+/- Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-
+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	-
- Auszahlung aus außerordentlichen Posten	-
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-343,1
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	-
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	-
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-
- Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	-
+ Einzahlung aus außerordentlichen Posten	-
- Auszahlung aus außerordentlichen Posten	-
- Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-
- Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	-
+/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-80,1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-80,1
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	572,4
+/- Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-
+/- Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	22,2
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	594,5

Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung

Die Konzern-Kapitalflussrechnung wird nach den Vorgaben des vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) zur Kapitalflussrechnung erstellt. Die IKB macht von dem Wahlrecht des DRS 21.22 zum Verzicht der Angabe der Vorjahreswerte in der Kapitalflussrechnung Gebrauch.

Der Finanzmittelfonds des IKB-Konzerns entspricht dem Ausweis der Bilanzposten „Barreserve“ sowie „Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind“. Sein Jahresanfangsbestand wird im Rahmen der Kapitalflussrechnung durch die Abbildung der Zahlungsströme aus der

- laufenden Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit definiert sich nach den Vorgaben des DRS 21.A2.14 nach der operativen Geschäftstätigkeit des Kreditinstitutes. Er wird nach der indirekten Methode bestimmt, indem der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt wird.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition bzw. Nutzung begründet ist. Dazu gehören bei Kreditinstituten insbesondere Ein- und Auszahlungen aus der Veräußerung bzw. dem Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Weiterhin werden Zu- und Abgänge aufgrund des Zugangs zum und Abgang aus dem Konsolidierungskreis berücksichtigt.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind Zahlungsströme aus Transaktionen mit den Unternehmenseignern und anderen Gesellschaftern konsolidierter Tochterunternehmen sowie aus sonstigem Kapital aufgeführt.

Eigenkapitalspiegel

Konzern:

in Mio. €	1.1.2025	Erwerb eigener Anteile	Kapital- herab- setzung durch Einzie- hung von An- teilen	Einzie- hung von Antei- len	Insge- samt	Einstell- ung in/ Entnah- men aus Rückla- gen	Aus- schüt- tung	Währ- ungs- um- rech- nung	Son- stige Verän- derun- gen	Änder- ungen des Konso- lidier- ungs- kreises	Konzern- jahres- über- schuss/- fehl-be- trag	31.12.2025
(Korrigiertes) ge- zeichnetes Kapital	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0
Gezeichnetes Kapi- tal (Stammaktien)	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0
Eigene Anteile (Stammaktien)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht eingefor- derte ausstehende Einlagen (Stamm- aktien)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rücklagen	863,5	-	-	-	-	29,2	-	-	-	-	-	892,7
Kapitalrücklage	647,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	647,9
gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB	7,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,6
gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	640,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	640,3
Gewinnrücklagen	215,6	-	-	-	-	29,2	-	-	-	-	-	244,8
gesetzliche Rückla- gen	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,4
andere Gewinn- rücklagen ¹⁾	213,2	-	-	-	-	29,2	-	-	-	-	-	242,5
Eigenkapitaldiffe- renz aus Währ- ungsumrechnung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bilanzgewinn/-ver- lust	163,3	-	-	-	-	-29,2	-	-	-	-	60,7	194,9
Eigenkapital des Mutterunterneh- mens	1.126,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	60,7	1.187,6
Nicht beherr- schende Anteile	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Konzerneigenkapi- tal	1.126,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	60,7	1.187,6

¹⁾ Die Einstellung in Andere Gewinnrücklagen betrifft neben den im Rahmen der Gewinnverwendung in Anwendung von § 58 Abs. 2 AktG eingestellten 0,6 Mio. € eine von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes beschlossene Einstellung (§ 58 Abs. 3 AktG) in Höhe von 28,6 Mio. € aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres.

Konzern:

in Mio. €	1.1.2024	Erwerb eigener Anteile	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Anteilen	Einziehung von Anteilen	Insgesamt	Einstellung in/Entnahmen aus Rücklagen	Ausschüttung	Währungsumrechnung	Sonstige Veränderungen	Änderungen des Konsolidierungskreises	Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	31.12.2024
(Korrigiertes) gezeichnetes Kapital	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0
Gezeichnetes Kapital (Stammaktien)	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0
Eigene Anteile (Stammaktien)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen (Stammaktien)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rücklagen	812,5	-	-	-	-	51,0	-	-	-	-	-	863,5
Kapitalrücklage	647,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	647,9
gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB	7,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,6
gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	640,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	640,3
Gewinnrücklagen	164,6	-	-	-	-	51,0	-	-	-	-	-	215,6
gesetzliche Rücklagen	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,4
andere Gewinnrücklagen	162,2	-	-	-	-	51,0	-	-	-	-	-	213,2
Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bilanzgewinn/-verlust	153,8	-	-	-	-	-51,0	-	-	-	-	60,5	163,3
Eigenkapital des Mutterunternehmens	1.066,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	60,5	1.126,8
Nicht beherrschende Anteile	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Konzerneigenkapital	1.066,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	60,5	1.126,8

¹⁾ Die Einstellung in Andere Gewinnrücklagen betrifft neben den im Rahmen der Gewinnverwendung in Anwendung von § 58 Abs. 2 AktG eingestellten 28,6 Mio. € eine von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes beschlossene Einstellung (§ 58 Abs. 3 AktG) in Höhe von 22,4 Mio. € aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres.

IKB AG:

in Mio. €	1.1.2025	Kapital-erhö-hung/-herab-setzung							Jahres-über-schuss/-fehlbe-trag	31.12.2025
		Erwerb eigener Anteile	Kapital-herabset-zung durch Einzie-hung von Anteilen	Einzie-hung von Anteilen	Insge-samt	Einstell-ung in/ Entnah-men aus Rück-la-gen	Aus-schüt-tung	Sonstige Verän-derun-gen		
(Korrigiertes) gezeich-netes Kapital	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0
Gezeichnetes Kapital (Stammaktien)	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0
Eigene Anteile (Stammaktien)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen (Stammaktien)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rücklagen	863,5	-	-	-	-	31,4	-	-	-	894,9
Kapitalrücklage	647,9	-	-	-	-	-	-	-	-	647,9
gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB	7,6	-	-	-	-	-	-	-	-	7,6
gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	640,3	-	-	-	-	-	-	-	-	640,3
Gewinnrücklagen	215,6	-	-	-	-	31,4	-	-	-	247,0
gesetzliche Rücklagen	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-	2,4
andere Gewinnrückla-gen ¹⁾	213,2	-	-	-	-	31,4	-	-	-	244,6
Bilanzgewinn/-ver-lust	180,9	-	-	-	-	-31,4	-	-	45,3	194,9
Eigenkapital	1.144,4	-	-	-	-	-	-	-	45,3	1.189,8

¹⁾ Die Einstellung in Andere Gewinnrücklagen betrifft neben den im Rahmen der Gewinnverwendung in Anwendung von § 58 Abs. 2 AktG eingestellten 2,8 Mio. € eine von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes beschlossene Einstellung (§ 58 Abs. 3 AktG) in Höhe von 28,6 Mio. € aus dem Bilanzgewinn des Vorjahrs.

IKB AG:

		Kapital-erhö-hung/ -herab-setzung								
in Mio. €	1.1.2024	Erwerb eigener Anteile	Kapital-herabset-zung durch Ein-ziehung von Antei-len	Einzie-hung von Anteilen	Insge-samt	Einstell-ung in/ Entnah-men aus Rück-la-gen	Aus-schüt-tung	Sonstige Verän-derungen	Jahres-über-schuss/-fehl-be-trag	31.12.2024
(Korrigiertes) gezeich-netes Kapital	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0
Gezeichnetes Kapital (Stammaktien)	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0
Eigene Anteile (Stammaktien)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen (Stammaktien)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rücklagen	812,5	-	-	-	-	51,0	-	-	-	863,5
Kapitalrücklage	647,9	-	-	-	-	-	-	-	-	647,9
gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB	7,6	-	-	-	-	-	-	-	-	7,6
gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	640,3	-	-	-	-	-	-	-	-	640,3
Gewinnrücklagen	164,6	-	-	-	-	51,0	-	-	-	215,6
gesetzliche Rücklagen	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-	2,4
andere Gewinnrückla-gen ¹⁾	162,2	-	-	-	-	51,0	-	-	-	213,2
Bilanzgewinn/-verlust	174,7	-	-	-	-	-51,0	-	-	57,2	180,9
Eigenkapital	1.087,2	-	-	-	-	-	-	-	57,2	1.144,4

¹⁾ Die Einstellung in Andere Gewinnrücklagen betrifft neben den im Rahmen der Gewinnverwendung in Anwendung von § 58 Abs. 2 AktG eingestellten 28,6 Mio. € eine von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes beschlossene Einstellung (§ 58 Abs. 3 AktG) in Höhe von 22,4 Mio. € aus dem Bilanzgewinn des Vorjahrs.

Anhang und Konzernanhang

Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze

(1) Aufstellung des zusammengefassten Jahres- und Konzernabschlusses

Die IKB Deutsche Industriebank AG (IKB AG), Düsseldorf, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRB 1130, hat nach §§ 340a, 242 HGB i.V.m. § 264 HGB einen Jahresabschluss und Lagebericht und nach § 340i Abs. 1 HGB i.V.m. § 290ff. HGB einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht aufzustellen.

Der Konzernabschluss (Konzern) sowie Jahresabschluss (IKB AG) der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025 werden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Der Konzernabschluss berücksichtigt zudem die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards (DRS).

Die Vergleichszahlen für das Vorjahr sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelt und gemäß § 298 Abs. 1 i.V.m. § 265 Abs. 2 HGB angegeben.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend der für die Kreditinstitute vorgesehenen Formblätter gemäß § 2 RechKredV gegliedert. Die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt in Kontoform (Formblatt 2 RechKredV).

Angaben, die wahlweise in der (Konzern-)Bilanz bzw. der (Konzern-)Gewinn- und Verlustrechnung oder im (Konzern-)Anhang anzubringen sind, werden weitgehend im (Konzern-)Anhang in der Reihenfolge der betroffenen Posten gemacht. Die Beträge werden grundsätzlich in Millionen Euro angegeben. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen in den Anhangangaben geringfügige Abweichungen ergeben. Beträge unter 50 Tsd. € sowie Nullwerte werden im Konzern- und Jahresabschluss der IKB AG mit einem Strich dargestellt.

Der Konzernanhang und der Anhang der IKB AG sind gemäß § 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst. Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die getroffenen Aussagen sowohl für den Konzern als auch für die IKB AG. Lagebericht und Konzernlagebericht werden gemäß § 315 Abs. 5 HGB i.V.m. § 298 Abs. 2 HGB ebenfalls zusammengefasst.

Das Geschäftsjahr der IKB beginnt mit dem 1. Januar und endet mit dem 31. Dezember.

(2) Ausweis- und Bewertungsänderungen und Korrekturen in laufender Rechnung

Es ergaben sich im Geschäftsjahr 2025 keine Bewertungsänderungen sowie Korrekturen in laufender Rechnung mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Im laufenden Geschäftsjahr wird der Ausweis des Konzernbilanzgewinns geändert. Um den Bilanzleser über das potenzielle Ausschüttungsvolumen zu informieren, wird künftig der Konzernbilanzgewinn in gleicher Höhe wie der Bilanzgewinn im Einzelabschluss des Mutterunternehmens (IKB AG) ausgewiesen. Damit ist verbunden, dass Abweichungen zwischen dem Bilanzgewinn des Mutterunternehmens und dem Konzernbilanzgewinn, die insb. durch erfolgswirksame Buchungen im Konzern aufgrund konzerninterner Geschäften eintreten, künftig über eine Anpassung der Konzerngewinnrücklagen ausgeglichen werden. Im Zuge dieser Änderung wurden im laufenden Geschäftsjahr 2,2 Mio.€ aus den Konzerngewinnrücklagen entnommen.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 sind neben der IKB AG weitere 10 (31. Dezember 2024: 13) Tochterunternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Bei 8 (31. Dezember 2024: 7) weiteren Tochterunternehmen wurde gemäß §§ 296 Abs. 2 bzw. 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auf die Konsolidierung verzichtet. Die Nicht-Einbeziehung dieser Unternehmen vermittelt kein wesentlich anderes Bild der wirtschaftlichen Lage des Konzerns als deren Einbeziehung in den Konsolidierungskreis.

Die IKB Finance BV i. L., Amsterdam, Niederlande, die IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika und die IKB Funding Trust I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika, wurden zum 30. Juni 2025 entkonsolidiert. Die Gesellschaft IKB Funding Trust I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika, wurde infolge der Kündigung und Rückzahlung der von ihr emittierten Trust Preferred Securities mit Wirkung zum 30. Juni 2025 liquidiert.

Die Gesellschaft IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika, wurde infolge der Kündigung und Rückzahlung der von ihr emittierten Class B Preferred Securities mit Wirkung zum 12. November 2025 liquidiert.

Zu weiteren Informationen wird auf die Textziffer (51) verwiesen.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wird einheitlich nach den für die IKB AG geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Dabei werden die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen, die keine Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute sind, auf die Gliederungsschemata der RechKredV-Formblätter übergeleitet. Konzerngesellschaften mit Stichtagen, die vom Konzernstichtag abweichen, existieren derzeit nicht.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt seit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) für erstkonsolidierte Unternehmen nach der Neubewertungsmethode in Übereinstimmung mit § 301 HGB. Vor Inkrafttreten des BilMoG wurden erstmalig einbezogene Unternehmen nach der sogenannten Buchwertmethode konsolidiert.

Aufstockungen von Anteilen an Tochterunternehmen werden als Kapitalvorgang im Sinne des DRS 23 - Kapitalkonsolidierung interpretiert und somit die Vermögensgegenstände und Schulden nicht neu bewertet. Vielmehr werden die Anschaffungskosten der weiteren Anteile mit dem hierauf entfallenden Anteil anderer Gesellschafter am Eigenkapital zum Zeitpunkt des Erwerbs dieser Anteile verrechnet. Sofern sich nach dieser Verrechnung ein Unterschiedsbetrag ergibt, wird dieser erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Konzernunternehmen werden konsolidiert, soweit dem keine branchenspezifischen Rechnungslegungsvorschriften entgegenstehen. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(5) Forderungen

Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute werden zum Nominalwert abzüglich Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bilanziert. Unterschiede zwischen Nominalwert und Auszahlungsbetrag (Agien bzw. Disagien) werden in die aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig linear aufgelöst, soweit der Unterschiedsbetrag Zinscharakter hat. Erworbene Forderungen mit bonitätsinduziertem Kaufpreisabschlag werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

(6) Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken sowie für latente Ausfallrisiken.

Sind im Rahmen des Einzelwertberichtigungsprozesses die Kriterien für die Bildung einer Wertberichtigung oder Rückstellung erfüllt, wird deren Höhe aus der Differenz des aktuellen Buchwerts und des Barwerts der noch erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Dem Diskontfaktor liegt der ursprüngliche Effektivzins der Forderung zugrunde.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen und pauschal ermittelter Rückstellungen für Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten aus Avalen erfolgt zur Abschätzung der aktuellen latenten Adressenausfallrisiken unter Anwendung eines vereinfachten Ansatzes nach der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Risikovorsorge für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft von Kreditinstituten („Pauschalwertberichtigungen“ - IDW RS BFA 7).

Dabei kommt für Kreditengagements, bei denen eine Ausgeglichenheit zwischen dem erwarteten Verlust und der entsprechenden Bonitätsprämie bei Kreditgewährung angenommen werden kann, eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne eine Anrechnung von Bonitätsprämien zum Ansatz (1-Jahres-Expected Loss).

Für Engagements, bei denen eine solche Ausgeglichenheit nicht mehr angenommen werden kann, wird der erwartete Verlust unter Verwendung eines Aufschlagsatzes in Höhe von 75 % auf den 1-Jahres-Expected Loss geschätzt. Diese

Schätzung deckt mindestens den kalkulierten Lifetime-Expected Loss für diese Engagements ab. Bei der Ermittlung dieses kalkulierten Aufschlags wurden historische Verlustzeitreihen unter Berücksichtigung vereinnahmter Bonitätsprämien und einzelner Engagementkategorien (Normalbetreuung mit Bonitätsverschlechterung um mehr als eine Stufe, Intensiv-, Sanierungs- und Abwicklungsbetreuung) über einen langfristigen Zeitraum (beginnend ab März 2011) berücksichtigt.

Zur Abdeckung erhöhter latenter Risiken vor allem aufgrund von möglichen Verlustabschlägen bei einer länger andauernden Phase niedrigerer Marktpreise im Immobilienbuch, wurde eine zusätzliche Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Ermittlung erfolgte auf Grundlage einer Expertenschätzung.

Um latenten Adressenausfallrisiken von Forderungen an Kreditinstitute und unwiderrufliche Kreditzusagen Rechnung zu tragen, wendet die Bank für diese Risiken die beschriebene Methode analog an und hat ebenfalls Pauschalwertberichtigungen bzw. pauschal ermittelte Rückstellungen für das Kreditgeschäft ermittelt.

Für Wertpapiere des Anlagevermögens kommt in Übereinstimmung mit den Regelungen nach IDW RS BFA 7 keine Pauschalwertberichtigung zum Ansatz.

Zur Abdeckung von Länderrisiken wird das nicht risikoausplatzierte Kreditvolumen in Risikoländern außerhalb der Europäischen Union mit internen Ratings ab Ratingklasse 8 pauschalwertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung für Länderrisiken wird mindestens in Höhe des 1-Jahres-Expected-Loss gebildet. Dabei prüft die Bank, ob in Einzelfällen eine darüber hinaus gehende höhere Länderrisikovorsorge erforderlich erscheint.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt ausgebucht. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

(7) Wertpapiere

Erworbene Wertpapiere werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien bzw. Disagien) werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit zeitanteilig als Korrektiv im Zinsergebnis vereinnahmt.

Die Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Stichtagswert vorgenommen.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB zum niedrigeren Wert bewertet, der sich aus einem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag ergibt. Liegen keine Stichtagskurse vor, so wird der beizulegende Wert auf Basis von Preisangaben von Marktdatenanbietern ermittelt und mittels geeigneter Verfahren auf Plausibilität geprüft. Sofern keine Börsenpreise oder Preisangaben vertraglicher Lieferanten zu Wertpapieren verfügbar sind, erfolgt die Wertermittlung auf Basis eigener Bewertungsmodelle durch Diskontierung von erwarteten Cashflows. Der Diskontsatz wird aus dem Risikoprofil ähnlicher Wertpapiere ermittelt. Dabei werden auch Parameter verwendet, die nicht ausschließlich am Markt beobachtbar sind.

Wertaufholungen werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen, sofern die Gründe für den niedrigeren Wertansatz entfallen sind.

Die Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente erfolgt nach den Grundsätzen des IDW RS HFA 22. Strukturierte Finanzinstrumente weisen durch die Verbindung des Basisinstruments mit Derivaten im Vergleich zu anderen Vermögensgegenständen mit Forderungscharakter und Verbindlichkeiten besondere Chancen und Risiken auf. Vom Grundsatz der einheitlichen Bilanzierung wird nur dann abgewichen, wenn das strukturierte Finanzinstrument aufgrund eingebetteter Derivate im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken oder Chancen aufweist.

(8) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäfte

Bei Wertpapierpensionsgeschäften verkauft die Bank als Pensionsgeber Wertpapiere und schließt gleichzeitig eine bedingte (unechtes Pensionsgeschäft) oder unbedingte (echtes Pensionsgeschäft) Rückkaufvereinbarung über diese Wertpapiere mit dem Pensionsnehmer ab.

Die Bilanzierung von Wertpapierpensionsgeschäften folgt den Regeln des § 340b HGB, wonach bei echten Wertpapierpensionsgeschäften die IKB als Pensionsgeber die verkauften Vermögensgegenstände weiterhin in der Bilanz ausweist und gleichzeitig eine korrespondierende Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer passiviert wird. Tritt die IKB umgekehrt als Pensionsnehmer auf, wird eine Forderung gegenüber dem Pensionsgeber bilanziert. Bei unechten Pensionsgeschäften sind die Vermögensgegenstände nicht in der Bilanz des Pensionsgebers, sondern in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen. Der Pensionsgeber hat unter der Bilanz für den Fall der Rückübertragung den vereinbarten Betrag anzugeben.

Bei Wertpapierleihgeschäften überträgt der Verleiher dem Entleiher Wertpapiere für eine bestimmte Zeit aus seinem Bestand. Der Entleiher verpflichtet sich, nach dem Ablauf der Leihfrist Wertpapiere gleicher Art, Menge und Güte zurückzuübertragen. Der Verleiher von Wertpapieren bleibt wirtschaftlicher Eigentümer der verliehenen Wertpapiere. Demzufolge werden entlehene Wertpapiere nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden aufgrund des wirtschaftlichen Eigentums weiterhin beim Verleiher bilanziert.

(9) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte/sonstige Vermögensgegenstände

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die Bewertung erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Abnutzbares Sachanlagevermögen sowie immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige sowie gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ihren Buchwert unterschreiten, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Vom Ansatzwahlrecht für die Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zeitanteilig abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich einer eventuellen Abschreibung angesetzt.

(10) Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in den folgenden Geschäftsjahren wieder ausgleichen (sogenannte temporäre Differenzen), so ist eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern anzusetzen. Eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung kann als aktive latente Steuern angesetzt werden. Bei der Berechnung aktiver latenter Steuern sind temporäre Differenzen oder steuerliche Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren erwartungsgemäß kompensierend genutzt werden können, in der Verlustrechnung zu berücksichtigen. Das Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird ausgeübt. Vom Wahlrecht zum unverrechneten Ansatz aktiver und passiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB (Bruttoausweis) wird hingegen kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern werden unter Anwendung der individuellen Steuersätze je Steuersubjekt bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder bereits durch den Gesetzgeber verabschiedet sind und die zum Zeitpunkt der Realisierung der aktiven latenten Steuern sowie der passiven latenten Steuern voraussichtlich gelten werden. Bei der Berechnung der inländischen latenten Steuern wird ein Körperschaftsteuersatz unter Berücksichtigung der schrittweisen jährlichen Reduzierung um 1% ab dem Veranlagungszeitraum 2028, ein Solidaritätszuschlag von 5,5% auf die Körperschaftsteuer und ein Gewerbesteuersatz unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Hebesätze zugrunde gelegt. Die Bewertung der latenten Steuern der ausländischen Betriebsstätten und Tochterunternehmen erfolgt mit den dort geltenden Steuersätzen.

Aufgrund der bestehenden ertragsteuerlichen Organschaften werden die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Differenzen der Organgesellschaften bei der Ermittlung der latenten Steuern jeweils bei dem Organträger berücksichtigt. Bei Organträgern, die gleichzeitig auch Organgesellschaft sind, erfolgt die Berücksichtigung der temporären Differenzen auf Ebene des obersten Organträgers.

Soweit im Konzernabschluss die Konsolidierungsmaßnahmen zu temporären Differenzen führen, werden für die sich aus diesen Differenzen ergebenden künftigen Steuerentlastungen bzw. -belastungen zusätzliche aktive bzw. passive latente Steuern angesetzt. Die sich aus Konsolidierungsmaßnahmen gemäß § 306 HGB ergebenden latenten Steuern werden mit den latenten Steuern gemäß § 274 HGB verrechnet.

(11) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, mit diesen Schulden verrechnet. Entsprechend wird mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen aus der Abzinsung der Verpflichtungen und aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren. Der Saldo aus den entsprechenden Aufwendungen und Erträgen wird je nach Vorzeichen in den Sonstigen betrieblichen Erträgen oder den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Bewertung der im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) ausgelagerten Vermögensgegenstände erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden, so wird dieser Betrag im Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen ist bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Rückstellungen (Textziffer (13)) dargestellt.

(12) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Ein negativer Unterschied zum Einzahlungsbetrag wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

(13) Rückstellungen**Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Die Verpflichtungen für Altersversorgung werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Bei der Ermittlung des notwendigen Erfüllungsbetrags werden die Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung der folgenden Bewertungsannahmen:

Bewertungsfaktor	31.12.2025 Annahme	31.12.2024 Annahme
Rechnungszinsfuß (7- / 10-Jahresdurchschnitt)	2,22 % / 2,06%	1,96 % / 1,90 %
Gehaltssteigerung (Vorstand / außertarifliche / tarifliche Angestellte)	1,0 % / 1,25 % / 2,5 %	0,0 % / 1,25 % / 2,5 %
Rententrend	1,80%	1,80%
Fluktuationsrate entsprechend einer Staffelnung nach Alter und Geschlechtern		
Alter bis 35 Jahre m/w	8,0 % / 8,0 %	8,0 % / 8,0 %
Alter 36 bis 45 Jahre m/w	5,0 % / 5,0 %	5,0 % / 5,0 %
Alter > 45 Jahre m/w	1,5 % / 1,5 %	1,5 % / 1,5 %

Die Berechnung des Erfüllungsbetrages berücksichtigt die zum Bilanzstichtag geschätzte voraussichtliche Anpassung der Renten aufgrund der Entwicklung des Verbraucherpreisindex bis zum Rentenanpassungszeitpunkt in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €). Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden gemäß § 253 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer pauschalen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (siehe Textziffer (36)). Bei den ähnlichen Verpflichtungen erfolgt die Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre. Der Zinssatz wird durch die Bundesbank entsprechend der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) bekanntgegeben. Bei wertpapiergebundenen Zusagen werden die Rückstellungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Deckungsvermögens angesetzt, sofern ein garantierter Mindestbetrag überschritten wird.

Zur Absicherung der Verpflichtungen aus der Altersversorgung und ähnlichen Regelungen wurden Vermögensgegenstände zur Erfüllung der Pensionsansprüche vom übrigen Unternehmensvermögen separiert und auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen. Unterschreitet der beizulegende Zeitwert der ausgelagerten Vermögensgegenstände die zugehörigen Verpflichtungen, so wird in entsprechender Höhe eine Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

Zum Verrechnungsgebot der ausgelagerten Vermögensgegenstände mit den Altersversorgungsverpflichtungen sowie zur Bilanzierung der Vermögensgegenstände wird auf Textziffer (11) verwiesen.

Die Bank macht von dem Wahlrecht Gebrauch, mittelbare Verpflichtungen (Versorgungsordnung 2015) der Altersvorsorge nicht in der Bilanz zu passivieren. Zudem werden die zum 30. November 2021 auf einen externen Pensionsfonds ausgelagerten Pensionsverpflichtungen aufgrund des Wechsels des Versorgungsweges nunmehr als mittelbare Verpflichtungen aus der Altersvorsorge gleichfalls nicht in der Bilanz ausgewiesen (siehe auch Textziffer (36)).

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen

Rückstellungen für Steuern und andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Der notwendige Erfüllungsbetrag schließt zukünftige Preis- und Kostensteigerungen ein. Bei Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erfolgt die Dotierung in Höhe des Verpflichtungsüberschusses. Rückstellungen, deren Restlaufzeit zwölf Monate überschreitet, werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit laufzeitadäquaten Zinssätzen gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung abgezinst. Der Ausweis des Effekts aus der Aufzinsung in den Folgeperioden erfolgt bei nicht bankgeschäftlichen Sachverhalten in den sonstigen

betrieblichen Aufwendungen. Der Aufzinsungseffekt bei Rückstellungen im Zusammenhang mit bankgeschäftlichen Sachverhalten erfolgt in den Zinsaufwendungen.

Unter den anderen Rückstellungen sind auch Restrukturierungsrückstellungen ausgewiesen. Diese sind zu passivieren, wenn von der Geschäftsführung ein Programm geplant und kontrolliert wird, welches das Ziel hat, entweder das vom Unternehmen abgedeckte Geschäftsfeld oder die Art, in der dieses Geschäft durchgeführt wird, wesentlich zu verändern und zu einer Außenverpflichtung oder drohenden Verlusten aus schwebenden Geschäften führt.

Die Bank hat unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem einheitlichen Abwicklungsausschuss (SRB), der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken und dem Einlagensicherungsfonds abgegeben. Gegenüber nationalen und internationalen Sicherungseinrichtungen des Banksystems bestehen sowohl im Konzern als auch in der IKB AG zum Stichtag unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 16,3 Mio. € (Vorjahr: 15,8 Mio. €). Für die Zahlungsverpflichtungen wurden in gleicher Höhe Sicherheitsleistungen gestellt. Im laufenden Geschäftsjahr ist die Bank in Höhe von 0,5 Mio. € zusätzliche unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen eingegangen.

Die Bedingungen einer für die Bankabgabe abgegebenen unwiderruflichen Zahlungsverpflichtung bei Rückgabe der Banklizenz war Gegenstand eines Rechtsstreites zwischen einer betroffenen ausländischen Bank und dem einheitlichen Abwicklungsausschuss (SRB). In 2025 wurde das Urteil des Gerichtshofes der Europäischen Union (EuGH), das zuungunsten der Bank ergangen war, durch den Gerichtshof der europäischen Union (EuGH) bestätigt. Das Urteil ist somit rechtskräftig. Demnach ist die Bank aufgrund der Entscheidung zur Rückgabe der Banklizenz verpflichtet, Zahlungen in Höhe der unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen zu leisten.

Die Bankenabgabe dient der Finanzierung des einheitlichen Abwicklungsfonds zu dessen Finanzierung die Kreditinstitute beitragen müssen. Ein bestimmter Teil Anteil dieser Finanzierungsbeiträge kann in Form unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen erbracht werden, für die Sicherheiten zu hinterlegen sind. Die Bank hat für Zahlungsverpflichtungen bezüglich der Bankenabgabe in Höhe von 8,1 Mio. € Barsicherheiten in gleicher Höhe gestellt.

Es handelt sich bei den Zahlungsverpflichtungen um Verbindlichkeiten, die erst mit dem Eintritt der Bedingung (Rückgabe der Bankerlaubnis oder Einforderung der Zahlungen aufgrund der Entscheidung zur Beteiligung des SRB an einer Sicherungsmaßnahme) als Verbindlichkeiten zu passivieren sind. Da die Bank von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit unter Nutzung der Bankerlaubnis ausgeht und auch keine Zahlungen durch den SRB oder andere Einlagensicherungssysteme durch Beteiligung an Sanierungs- oder Abwicklungsmaßnahmen eingefordert wurden, scheidet der Ansatz einer Verbindlichkeit aus. Vor Eintritt dieser Bedingungen ist eine Rückstellung dann zu bilden, wenn zum Bilanzstichtag mit dem Eintritt einer Zahlungsanforderung durch den SRB oder andere Einlagensicherungssysteme mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zum Bilanzstichtag zu rechnen ist. Eine Analyse hat ergeben, dass die Auswirkungen für den Jahresabschluss unwesentlich sind.

(14) Eventualverbindlichkeiten und sonstige Verpflichtungen

Diese Posten werden zum Nennbetrag abzüglich eventuell gebildeter Rückstellungen unter der Bilanz angegeben.

(15) Außerordentliches Ergebnis

Gemäß § 340a Abs. 2 HGB sind unter den Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ und „Außerordentliche Erträge“ bei Kreditinstituten Aufwendungen und Erträge auszuweisen, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit anfallen. Daher werden in diesem Posten unter anderem Aufwendungen und Erträge ausgewiesen, die mit außerordentlichen Maßnahmen wie beispielsweise Umwandlungs- und Verschmelzungsvorgängen, Rentenanpassungen und Restrukturierungsmaßnahmen im Zusammenhang stehen (siehe Textziffer (44)).

(16) Derivategeschäfte und verlustfreie Bewertung des Bankbuches

Derivative Finanzinstrumente werden nach den für schwebende Geschäfte geltenden Grundsätzen bilanziert. Geleistete bzw. erhaltene Prämienzahlungen aus bedingten Termingeschäften werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Bei unbedingten Termingeschäften werden gezahlte oder erhaltene Upfront Fees im aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und linear über die Restlaufzeit im Zinsergebnis amortisiert. Am Abschlusstag wird geprüft, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist.

Für nicht kompensatorisch bewertete Futurepositionen werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, soweit der beizulegende Zeitwert negativ ist.

Zinsderivate werden zusammen mit allen übrigen zinstragenden Finanzinstrumenten nach den Grundsätzen der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Dabei wird der Barwert des zinstragenden Geschäfts den entsprechenden Buchwerten gegenübergestellt, wobei Verwaltungs- und Risikokosten sowie zu erwartende Refinanzierungskosten berücksichtigt werden. Die Diskontierung künftiger Zahlungsströme erfolgt für Zwecke der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs mit einer einheitlichen Zinskurve je Währung. Der Ermittlung der fiktiven Refinanzierungskosten liegt die Refinanzierungsstruktur der Bank zum Bilanzstichtag zugrunde, wobei geplante Änderungen berücksichtigt werden, wenn diese Refinanzierungsformen längerfristig nicht mehr genutzt werden. Die wesentlichen Parameter zur Ermittlung der Risikokosten sind die risikofreien Zinsbarwerte und die Verlustquote bei Ausfall (Loss-given Default) der zinstragenden Aktiva. Die verlustfreie Bewertung nach IDW RS BFA 3 ergibt keinen Rückstellungsbedarf.

Kreditderivate werden gemäß IDW RS BFA 1 bilanziert. Dementsprechend werden Kreditderivate, bei denen die IKB die Sicherungsnehmerposition einnimmt, wie Kreditsicherheiten behandelt, wenn das Kreditderivat Ausfallrisiken absichert, eine endfällige Halteabsicht gegeben ist und sich das Derivat objektiv als Sicherungsinstrument eignet. Diese Kreditderivate werden im Rahmen der Bewertung der abgesicherten Geschäfte berücksichtigt. Alle anderen Kreditderivate, bei denen die IKB Sicherungsnehmer ist, werden wie schwebende Geschäfte behandelt. Drohverlustrückstellungen werden in Höhe der negativen Marktwerte gebildet.

Kreditderivate, bei denen die IKB die Sicherungsgeberposition einnimmt, werden wie Bürgschaften behandelt, sofern ausschließlich Ausfallrisiken abgesichert werden und die Halteabsicht bis zur Endfälligkeit des Kreditderivates oder bis zum Eintritt des Kreditereignisses gegeben ist. Bei Kreditderivaten, die wie Bürgschaften bilanziert werden, werden Rückstellungen in Höhe der drohenden Inanspruchnahme gebildet. Sofern die endfällige Halteabsicht im Zeitablauf aufgegeben wird, erfolgt der Ausweis des Close-Out-Effekts im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Alle anderen Kreditderivate, bei denen die IKB Sicherungsgeber ist, werden wie schwebende Geschäfte behandelt. Drohverlustrückstellungen werden in Höhe der negativen Marktwerte gebildet.

(17) Währungsumrechnung

Für die Umrechnung von auf fremde Währung lautenden Abschlüssen im Konzern wird die sogenannte modifizierte Stichtagskursmethode gemäß § 308a HGB bzw. DRS 25 - Währungsumrechnung im Konzernabschluss - angewendet. Die Aktiv- und Passivposten einer auf fremde Währung lautenden Bilanz werden, mit Ausnahme des Eigenkapitals, zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Das Eigenkapital wird zum historischen Kurs in Euro umgerechnet. Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet. Eine sich ergebende Differenz aus der Umrechnung wird innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung“ ausgewiesen. Zum Stichtag 31. Dezember 2025 wurden im Konzern keine auf fremde Währung lautenden Abschlüsse einbezogen.

Die Umrechnung der Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung folgt im Einzelabschluss der IKB AG und den anderen Instituten im Konzern, soweit eine besondere Deckung vorhanden ist, den Grundsätzen des § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB. Danach sind auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zum

Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag umzurechnen. Sind die Anforderungen an eine besondere Deckung nicht erfüllt, so erfolgt die Währungsumrechnung nach den für alle Kaufleute geltenden Vorschriften (§ 256a HGB). Bei einer Restlaufzeit von einem Jahr und weniger werden die nicht realisierten Gewinne aus der Währungsumrechnung ertragswirksam erfasst. Wird die Restlaufzeit von einem Jahr überschritten, so gelten die allgemeinen Bewertungsvorschriften.

Das Vorliegen der besonderen Deckung im Sinne des § 340h HGB kann nach IDW RS BFA 4 als erfüllt angesehen werden, wenn das Währungsrisiko über eine Währungsposition gesteuert und die einzelnen Posten in eine Währungsposition übernommen werden. Die IKB AG ordnet die Geschäfte in fremder Währung grundsätzlich der Währungsposition der jeweiligen Währung zu und steuert diese über ein genehmigtes Limit.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung (Umrechnungsdifferenzen) in den Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Dienen Devisentermingeschäfte der IKB AG der Absicherung von zinstragenden Vermögensgegenständen und Schulden, so wird der Terminkurs aufgespalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) werden bei der Ergebnisermittlung getrennt berücksichtigt. Die Auf- und Abschläge (Deport/Report) zum Kassakurs werden zeitanteilig im Zinsergebnis verrechnet. Bei den vorgenannten Geschäften wird überprüft, ob aus der fristenkongruenten Schließung der Position Verluste drohen und dafür Rückstellungen zu bilden sind (Reststellenbewertung).

Erläuterungen zur Bilanz

(18) Barreserve

Die Barreserve wird als Guthaben auf dem EZB-Konto gehalten und beträgt im Konzern 20,8 Mio. € (Vorjahr: 22,2 Mio. €) und in der IKB AG 20,8 Mio. € (Vorjahr: 22,2 Mio. €).

(19) Laufzeitengliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kreditinstitute¹⁾	589,6	750,0	589,6	750,0
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	24,4	29,9	24,4	29,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	565,2	720,1	565,2	720,1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	-	-	-
mehr als 5 Jahre	-	-	-	-
Forderungen an Kunden	7.905,9	8.093,9	8.192,9	8.380,9
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	529,4	661,2	529,4	661,2
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.611,5	1.589,4	1.898,5	1.876,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.866,5	5.060,4	4.866,5	5.060,4
mehr als 5 Jahre	898,5	782,9	898,5	782,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten¹⁾	8.738,2	8.111,4	8.738,2	8.111,4
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	3.730,0	3.315,7	3.730,0	3.315,7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.776,7	1.234,6	1.776,7	1.234,6
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.470,1	2.814,4	2.470,1	2.814,4
mehr als 5 Jahre	761,3	746,6	761,3	746,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden¹⁾	2.809,8	2.988,0	2.834,1	3.009,0
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	490,3	743,4	507,9	756,2
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	990,8	853,6	997,5	861,8
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.211,0	1.266,8	1.211,0	1.266,8
mehr als 5 Jahre	117,7	124,1	117,7	124,1

¹⁾ jeweils ohne täglich fällige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 776,1 Mio. € (Vorjahr: 156,4 Mio. €) im Konzern und 776,1 Mio. € (Vorjahr: 156,4 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig. Von den unter den Verbriefen Verbindlichkeiten enthaltenen begebenen Schuldverschreibungen sind 2,6 Mio. € (Vorjahr: 6,7 Mio. €) im Konzern und 2,6 Mio. € (Vorjahr: 6,7 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig.

(20) Vermögensgegenstände in Fremdwährung

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Vermögensgegenstände	288,5	385,3	290,8	399,7

Die Unterschiedsbeträge zwischen diesen Vermögensgegenständen und den Schulden in Fremdwährung sind weitestgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

(21) Pensionsgeschäfte

Zum Stichtag sind im Konzern 3.482,7 Mio. € (Vorjahr: 2.673,5 Mio. €) bzw. in der IKB AG 3.482,7 Mio. € (Vorjahr: 2.675,2 Mio. €) der in der Bilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände im Rahmen von echten Pensionsgeschäften als Sicherheit übertragen.

(22) Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	Konzern			
	31.12.2025		31.12.2024	
	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Forderungen an Kunden	-	0,0	-	0,1

in Mio. €	IKB AG			
	31.12.2025		31.12.2024	
	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Forderungen an Kunden	287,0	0,0	287,0	0,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	29,3	-
Sonstige Vermögensgegenstände	2,3	-	14,5	-

Die in sonstigen Vermögensgegenständen der IKB AG enthaltene konzerninterne Unterbeteiligung an erwarteten Ausgleichszahlungen anhängiger Klagen hat sich bewertungsbedingt auf 2,2 Mio. € (Vorjahr: 14,4 Mio. €) verringert.

(23) Anlagevermögen

Konzern:

in Mio. €	Immaterielle Vermögensgegenstände	Sachanlagen	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.12.2024	25,4	6,6	0,6	0,1	2.626,8	434,5	3.094,0
Zugänge des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-
Zugänge	0,3	0,6	-	0,1	504,9	-	505,8
Umbuchungen	-	-	-	4,4	-	-	4,4
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	-13,0	-	-13,0
Abgänge	-0,2	-0,1	-	-1,5	-139,0	-1,6	-142,4
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.12.2025	25,5	7,1	0,6	3,0	2.979,6	432,9	3.448,7
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.12.2024	-24,8	-4,6	-0,4	-0,0	-	-	-29,8
Zuschreibungen	-	-	-	0,0	-	-	0,0
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-0,3	-0,8	-	-0,2	-	-	-1,3
Umbuchungen	-	-	-	-2,7	-	-	-2,7
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-
Erfolgsneutrale Veränderung ¹⁾	0,2	0,1	-	-	-	-	0,3
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.12.2025	-24,9	-5,3	-0,4	-2,9	-	-	-33,5
Restbuchwert zum 31.12.2025	0,6	1,8	0,2	0,1	2.979,7	432,9	3.415,3
Restbuchwert zum 31.12.2024	0,6	2,0	0,2	0,1	2.626,8	434,5	3.064,2

Die Zinsabgrenzungen des Geschäftsjahres sind in den Zugängen und die des Vorjahres sind in den Abgängen enthalten.

¹⁾ Die erfolgsneutralen Veränderungen bei den kumulierten Ab- und Zuschreibungen betreffen sowohl Zu- als auch Abgänge

IKB AG:

in Mio. €	Immaterielle Vermögensgegenstände	Sachanlagen	Leasingvermögen	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.12.2024	25,4	6,6	-	0,2	-	659,3	2.628,6	135,8	3.455,9
Zugänge	0,3	0,6	-	-	-	0,1	504,9	-	505,8
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	-	-13,0	-	-13,0
Abgänge	-0,2	-0,1	-	-	-	-1,5	-140,6	-1,3	-143,8
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.12.2025	25,4	7,1	-	0,2	-	657,8	2.979,9	134,5	3.804,9
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.12.2024	-24,8	-4,6	-	-	-	-617,1	-	-	-646,5
Zuschreibungen	-	-	-	-	-	0,0	-	-	0,0
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-0,3	-0,8	-	-	-	-2,2	-	-	-3,3
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Effekte aus Währungsumrechnung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erfolgsneutrale Veränderung ¹⁾	0,2	0,1	-	-	-	-	-	-	0,3
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.12.2025	-24,8	-5,3	-	-	-	-619,3	-	-	-649,4
Restbuchwert zum 31.12.2025	0,6	1,8	-	0,2	-	38,5	2.979,9	134,5	3.155,4
Restbuchwert zum 31.12.2024	0,6	2,0	-	0,2	-	42,2	2.628,6	135,8	2.809,4

Die Zinsabgrenzungen des Geschäftsjahres sind in den Zugängen und die des Vorjahres sind in den Abgängen enthalten.

¹⁾ Die erfolgsneutralen Veränderungen bei den kumulierten Ab- und Zuschreibungen betreffen sowohl Zu- als auch Abgänge..

Die Sachanlagen enthalten ausschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung im Konzern in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 2,0 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 2,0 Mio. €).

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält überwiegend europäische Staatsanleihen und Bankenanleihen.

Im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ werden insbesondere dem Anlagevermögen zugeordnete Anteile an Spezialsondervermögen ausgewiesen.

Insgesamt bestehen im Konzern für Wertpapiere des Anlagevermögens unrealisierte Verluste in Höhe von 260,0 Mio. € (Vorjahr: 275,6 Mio. €). Diesen liegen Buchwerte von 2.489,2 Mio. € (Vorjahr: 1.919,1 Mio. €) und beizulegende Zeitwerte von 2.229,2 Mio. € (Vorjahr: 1.643,5 Mio. €) zugrunde. In der IKB AG betragen die unrealisierten Verluste von

Wertpapieren des Anlagevermögens insgesamt 260,1 Mio. € (Vorjahr: 276,5 Mio. €). Dem liegen Buchwerte von 2.459,1 Mio. € (Vorjahr: 1.972,7 Mio. €) und beizulegende Zeitwerte von 2.199,0 Mio. € (Vorjahr: 1.696,2 Mio. €) zugrunde.

Abschreibungen erfolgten für diese Wertminderungen im Konzern und in der IKB AG nicht, da die Differenzen zwischen Buchwerten und beizulegenden Zeitwerten als voraussichtlich nicht dauerhaft im Sinne von § 253 Abs. 3 HGB beurteilt wurden.

Bei den Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wurden aufgrund von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen im aktuellen Geschäftsjahr außerplanmäßige Abschreibungen im Konzern in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) vorgenommen.

Die angegebenen Werte enthalten keine Zinsabgrenzungen.

(24) Nachrangige Vermögensgegenstände

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kunden	10,2	8,6	10,2	8,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	29,3	-	29,3
Gesamt	10,2	37,9	10,2	37,9

(25) Börsenfähige Wertpapiere

Die in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere werden nach ihrer Börsennotierung wie folgt unterschieden:

Konzern				IKB AG		
31.12.2025 in Mio. €	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.595,4	3.517,8	77,6	3.595,6	3.518,0	77,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	432,9	-	432,9	134,5	-	134,5

Konzern				IKB AG		
31.12.2024 in Mio. €	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.343,9	3.219,6	124,3	3.345,7	3.221,4	124,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	434,5	-	434,5	135,8	-	135,8

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere im Konzern in Höhe von 2.979,7 Mio. € (Vorjahr: 2.626,9 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 2.979,9 Mio. € (Vorjahr: 2.628,6 Mio. €). Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthält dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere im Konzern in Höhe von 432,9 Mio. € (Vorjahr: 434,5 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 134,5 Mio. € (Vorjahr: 135,8 Mio. €) dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere.

(26) Angaben zu Investmentvermögen

Investmentvermögen, an denen konsolidierte Konzerngesellschaften bzw. die IKB AG einen Anteil von mehr als 10 % halten, werden nach folgenden Anlageformen gegliedert:

in Mio. €	Konzern				IKB AG			
	Buchwert	Markt-wert	Differenz zum Buch-wert	Aus-schüt-tung	Buchwert	Markt-wert	Differenz zum Buch-wert	Aus-schüt-tung
	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2025	2025	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2025	2025
Mischfonds	206,9	206,9	-	1,5	206,9	206,9	-	1,5
Sonstige								
Spezialsondervermögen	432,9	432,3	-0,6	18,1	134,5	133,3	-1,1	11,7
Gesamt	639,8	639,2	-0,6	19,6	341,4	340,2	-1,1	13,2

in Mio. €	Konzern				IKB AG			
	Buchwert	Markt-wert	Differenz zum Buch-wert	Aus-schüt-tung	Buchwert	Markt-wert	Differenz zum Buch-wert	Aus-schüt-tung
	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2024	2024	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2024	2024
Mischfonds	207,2	207,2	-	7,6	207,2	207,2	-	7,6
Sonstige								
Spezialsondervermögen	434,5	446,8	12,3	9,7	135,8	144,5	8,7	-
Gesamt	641,7	654,0	12,3	17,3	343,0	351,7	8,7	7,6

Beim Mischfonds handelt es sich um Investitionen des CTA-Vermögens in einen inländischen Spezialfonds. Resultiert aus der Verrechnung des CTA-Vermögens mit den Pensionsverpflichtungen (je Versorgungsordnung) ein Überhang des CTA-Vermögens, wird dieser unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen. Resultiert aus der Verrechnung ein Überhang der Pensionsverpflichtung, wird eine Pensionsrückstellung passiviert. Der Fonds setzte sich überwiegend aus Rentenfonds und Barpositionen zusammen.

Das sonstige Spezialsondervermögen sind Anteile an ausländischen Spezialfonds, die insbesondere in europäische und nordamerikanische Rentenpapiere investieren. Ausschüttungen aus Investmentvermögen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren“ ausgewiesen. Substanzausschüttungen werden als Reduzierung des Buchwertes gezeigt.

Alle Fondsanteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme der Anteile aussetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Die Verwaltungsgesellschaften haben von diesem Recht bisher keinen Gebrauch gemacht.

(27) Sonstige Vermögensgegenstände

In den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ sind folgende Sachverhalte enthalten:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Aktiver Devisenausgleichsposten	2,9	3,1	2,9	3,1
Forderungen an Finanzbehörden	11,1	14,2	11,0	13,6
Abgrenzungen Derivate	28,6	49,5	28,6	49,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-	2,3	14,5
Übrige Vermögensgegenstände	15,3	15,2	15,3	15,2
Gesamt	57,8	82,0	60,0	95,9

Im aktiven Devisenausgleichsposten werden Unterschiedsbeträge aus der Umrechnung von Währungsderivaten des Anlagebuchs ausgewiesen, die in die besondere Deckung nach § 340h HGB einbezogen sind.

(28) Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der „Aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Verbindlichkeiten	0,2	0,1	0,2	0,1
Abgrenzungen Derivategeschäft und für wie Bürgschaften bilanzierte Credit Default Swaps	3,4	20,1	3,4	20,1
Abgrenzungen von im Voraus bezahlten Rechnungen	5,3	6,6	5,3	6,6
Gesamt	9,0	26,9	9,0	26,9

Der Rückgang bei den Abgrenzungen Derivategeschäft und für wie Bürgschaften bilanzierte Credit Default Swaps resultiert insbesondere aus der Schließung des Credit Default Swaps-Bankbuchs.

(29) Aktive latente Steuern

Der Wertansatz der aktiven latenten Steuern basiert im Wesentlichen auf Differenzen zwischen der Handels- und Steuerbilanz, die sich in Folgejahren umkehren. Insbesondere bezieht sich der Wertansatz auf Investmentfondsanlagen des inländischen Organkreises sowie den Unterschied zwischen den handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen der Wertpapiere des Umlaufvermögens und der Pensionsrückstellungen. Dabei wurden jeweils die lokalen Steuersätze zugrunde gelegt. Die sich ergebende Steuerbelastung und die sich ergebende Steuerentlastung wurden dabei verrechnet angesetzt.

(30) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

31.12.2025		
in Mio. €	Konzern	IKB AG
Verrechnete Vermögensgegenstände		
Anschaffungskosten	254,2	254,2
Beizulegender Zeitwert	264,0	264,0
Verrechnete Schulden		
Erfüllungsbetrag	-337,5	-337,5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	2,5	2,5
Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge	2025	2025
Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen		
Aufwendungen Pensionsverpflichtung	-0,4	-0,4
Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen		
Erträge des Deckungsvermögens	3,7	3,7
Aufwendungen des Deckungsvermögens	-1,3	-1,3
Nettoertrag/-aufwand	2,0	2,0

31.12.2024		
in Mio. €	Konzern	IKB AG
Verrechnete Vermögensgegenstände		
Anschaffungskosten	255,6	255,6
Beizulegender Zeitwert	265,0	265,0
Verrechnete Schulden		
Erfüllungsbetrag	-348,7	-348,7
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5,3	5,3
Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge	2024	2024
Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen		
Aufwendungen Pensionsverpflichtung	-2,9	-2,9
Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen		
Erträge des Deckungsvermögens	10,5	10,5
Aufwendungen des Deckungsvermögens	-0,6	-0,6
Nettoertrag/-aufwand	7,0	7,0

Der beizulegende Zeitwert des im Rahmen von CTA ausgelagerten Vermögens ergibt sich aus den Inventarwerten, die zum Bilanzstichtag durch die Investmentgesellschaft ermittelt wurden.

(31) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Konzern				
	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	-	-	-	-

IKB AG				
	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24,3	-	24,5	-
Sonstige Verbindlichkeiten	1,3	-	2,5	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	75,1	-

(32) Schulden in Fremdwährung

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Schulden	156,4	309,6	156,4	309,6

Die Unterschiedsbeträge zwischen diesen Schulden und den Vermögensgegenständen in Fremdwährung sind weitestgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

(33) Verbriefte Verbindlichkeiten

Der Bestand an Verbrieften Verbindlichkeiten hat sich im Konzern auf 2,9 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €) und in der IKB AG auf 2,9 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €) reduziert. Der Rückgang ist auf Rückzahlungen von emittierten Inhaberschuldverschreibungen zurückzuführen.

(34) Sonstige Verbindlichkeiten

Die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Abgrenzungen Derivate	20,9	23,7	20,9	23,7
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	3,5	1,8	3,4	1,5
Rechnungsabgrenzung Nachrangige Verbindlichkeiten	19,8	20,0	19,8	20,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3,8	5,1	3,7	5,1
Übrige Verbindlichkeiten	30,2	23,8	31,5	26,3
Gesamt	78,2	74,5	79,3	76,8

(35) Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen	4,0	4,1	4,0	4,1
Abgrenzungen Derivategeschäft und für wie Bürgschaften bilanzierte Credit Default Swaps	5,3	14,5	5,3	14,5
Gesamt	9,2	18,6	9,2	18,6

Der Rückgang bei den Abgrenzungen Derivategeschäft und für wie Bürgschaften bilanzierte Credit Default Swaps resultiert insbesondere aus der Schließung des Credit Default Swaps-Bankbuchs.

(36) Pensionsrückstellungen

Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen betragen im Konzern 77,3 Mio. € (Vorjahr: 90,3 Mio. €) und in der IKB AG 77,3 Mio. € (Vorjahr: 88,9 Mio. €). Der Rückgang der Pensionsrückstellungen ist auf geleistete Renten- und Vorruhestandszahlungen sowie auf eine positive Entwicklung des Deckungsvermögens zurückzuführen.

Die nicht in der Bilanz ausgewiesenen mittelbaren Verpflichtungen aus der Altersvorsorge sind durch ein entsprechendes Deckungsvermögen gedeckt.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt:

31.12.2025		
in Mio. €	Konzern	IKB AG
Bewertung der Verpflichtung mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten 10 Jahre	321,5	321,5
Bewertung der Verpflichtung mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten 7 Jahre	315,7	315,7
Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB	-5,8	-5,8

(37) Nachrangige Verbindlichkeiten

In diesem Posten sind Verbindlichkeiten ausgewiesen, die aufgrund vertraglicher Vereinbarungen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft sind nicht vorgesehen.

Die in den Vorjahren unter den Nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesenen, vom IKB Funding Trust I, einer eigens für diesen Zweck gegründeten Tochtergesellschaft in den USA, emittierten Preferred Shares (Trust Preferred Securities) wurden zum 30.06.2025 zurückgezahlt.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Stichtag auf 453,6 Mio. € (Vorjahr: 542,8 Mio. €) im Konzern und auf 453,6 Mio. € (Vorjahr: 542,8 Mio. €) in der IKB AG. Zinsaufwendungen für Nachrangige Verbindlichkeiten lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 26,6 Mio. € (Vorjahr: 29,3 Mio. €) im Konzern und 26,8 Mio. € (Vorjahr: 29,7 Mio. €) in der IKB AG.

Einzelposten, die im Konzern und in der IKB AG 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen:

Konzern	Buchwert			
Emissionsjahr	in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2005/2006	70,6	JPY	2,76	21.07.2035
2017/2018	300,0	EUR	6,53	31.01.2028
2017/2018	50,0	EUR	4,00	20.09.2027

IKB AG	Buchwert			
Emissionsjahr	in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2005/2006	70,6	JPY	2,76	21.07.2035
2017/2018	300,0	EUR	6,53	31.01.2028
2017/2018	50,0	EUR	4,00	20.09.2027

(38) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Bestand des Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt zum Bilanzstichtag sowohl im Konzern als auch in der IKB AG 12,0 Mio. € (Vorjahr: 116,0 Mio. €).

(39) Entwicklung des Kapitals

Eigene Aktien

Im Geschäftsjahr 2025 hat es keinen Bestand – weder Zugänge noch Verwertung – an eigenen Aktien gegeben.

Eigenkapital

Das Grundkapital besteht zum Ende des Berichtszeitraums aus 100.000.000 Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 1,- € je Aktie. Das Grundkapital beträgt 100.000.000 €.

Einstellung in Andere Gewinnrücklagen im Rahmen der Gewinnverwendung

Im Rahmen der Gewinnverwendung wurde in Anwendung von § 58 Abs. 2 AktG in der IKB AG vom Jahresüberschuss in Höhe von 45,3 Mio. € ein Teilbetrag in Höhe von 2,8 Mio. € in die Anderen Gewinnrücklagen eingestellt, so dass in der IKB AG ein Bilanzgewinn in Höhe von 194,9 Mio. € verbleibt. Im Konzern wurde vom Konzernjahresüberschuss in Höhe von 60,8 Mio. € eine entsprechende Einstellung in Höhe von 0,6 Mio. € in die Anderen Gewinnrücklagen vorgenommen, so dass im Konzern ebenfalls ein Bilanzgewinn in Höhe von 194,9 Mio. € verbleibt.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den vollständigen Bilanzgewinn der IKB AG in Höhe von 194,9 Mio. € (1,95 € je Aktie) auszuschütten.

Die ausschüttungsgesperrten Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

Konzern:

31.12.2025 in Mio. €	Bruttoertrag	Aus- schüttungs- sperrbetrag
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	9,8	6,9
Aktivierung latenter Steuern	-	122,9
Gesamt	9,8	129,8

IKB AG:

31.12.2025 in Mio. €	Bruttoertrag	Aus- schüttungs- sperrbetrag
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	9,8	6,9
Aktivierung latenter Steuern	-	122,9
Gesamt	9,8	129,8

(40) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag sind sowohl im Konzern als auch in der IKB AG aufgrund der vollständigen Schließung des Credit Default Swaps-Bankbuchs und der damit verbundenen vorzeitigen Beendigung der Derivate unter den Bürgschaften und Garantien keine Credit Default Swaps mehr enthalten (Vorjahr: 942,4 Mio. €). Die IKB hatte jeweils für bestimmte Kreditportfolien das Adressenausfallrisiko für ein im Voraus definiertes Kreditereignis übernommen.

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind unwiderrufliche Kreditzusagen aus nicht abgerufenen Krediten und revolving Kreditlinien enthalten.

Zum Stichtag bestehen keine Eventualverbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen.

Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen erfolgt auf der Grundlage von Parametern aus der Kreditrisikosteuerung. Wird im Falle der Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers eine Inanspruchnahme ganz oder teilweise erwartet, werden Rückstellungen gebildet. Details zum Prozess innerhalb des Kreditrisikomanagements werden im Risikobericht des Lageberichts erläutert.

(41) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die „Sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ betragen zum Stichtag insgesamt 303,5 Mio. € (Vorjahr: 365,8 Mio. €) im Konzern und 303,5 Mio. € (Vorjahr: 365,8 Mio. €) in der IKB AG.

Für potenzielle Regressverbindlichkeiten gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten an Kunden wurde sowohl im Konzern als auch in der IKB AG ein ausstehender Betrag von 257,8 Mio. € (Vorjahr: 315,0 Mio. €) Kreditforderungen als Sicherheiten übertragen.

Die Verpflichtungen aus IT-Dienstleistungen haben sich sowohl im Konzern als auch in der IKB AG auf 17,4 Mio. € (Vorjahr: 20,0 Mio. €) verringert.

Aus langfristigen Mietverträgen bestehen für die Mietlaufzeit Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 3,3 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) im Konzern und in der IKB AG. Die Bank ist in Bezug auf die als Hauptsitz in Düsseldorf genutzte Immobilie seit Veräußerung derselben in 2018 ausschließlich Mieter der bankbetrieblich genutzten Flächen. Für die Niederlassungen der Bank bestehen weiterhin Mietverträge für die bankbetrieblich genutzten Immobilien. Für den Fall, dass die Aufwendungen den Nutzen des Mietvertrags übersteigen, werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Das Risiko bzw. die Chance besteht darin, dass nach Auslaufen eines zeitlich befristeten Mietvertrags eine Verlängerung des Mietvertrags oder ein Anschlussmietvertrag zu ungünstigeren bzw. günstigeren Konditionen möglich ist.

Darüber hinaus bestehen Zahlungsverpflichtungen aus zukünftigen Leasingraten im Zusammenhang mit Leasingverträgen für Vermögensgegenstände im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Bei den Leasingverträgen wird das Recht auf die Nutzung eines Vermögensgegenstands durch den Leasinggeber auf den Leasingnehmer gegen regelmäßige Zahlungen übertragen.

Weitere Zahlungsverpflichtungen resultieren aus Abnahmeverpflichtungen im Zusammenhang mit Dienstleistungsverträgen. Bei Dienstleistungsverträgen besteht das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten den ökonomischen Nutzen übersteigen.

Zum Bilanzstichtag bestehen im Konzern und in der IKB AG keine Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie aus dem von der IKB Invest GmbH gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen.

Wie im Vorjahr betreffen von den gesamten finanziellen Verpflichtungen der IKB AG keine verbundene Unternehmen.

(42) Außerbilanzielle Geschäfte

Gemäß § 285 Nr. 3 HGB bzw. § 314 Abs. 1 Nr. 2 HGB sind Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist, im Anhang anzugeben. Für die Beurteilung der Finanzlage können vor allem Angaben zu Geschäften notwendig sein, aus denen in erheblicher Höhe Verbesserungen oder Verschlechterungen der Finanzsituation zu erwarten sind oder die im Hinblick auf ihren Zeitpunkt bzw. Zeitraum oder den Geschäftspartner als ungewöhnlich anzusehen sind.

Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften. Diese dienen im Wesentlichen der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken und führen zu zukünftigen Mittelzu- oder -abflüssen. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Termingeschäften verwiesen (siehe Textziffer (57)).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(43) Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der Sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen geografischen Märkte:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2025	2024	2025	2024
Deutschland	620,6	595,3	620,6	594,2
Übriges Europa	0,0	0,1	0,2	0,1
Gesamt	620,7	595,4	620,8	594,3

Die Zuordnung der Erträge nach geografischen Märkten erfolgt im Konzern nach dem jeweiligen Sitz der Gesellschaft und in der IKB AG nach dem jeweiligen Sitz der Betriebsstätte.

(44) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Das außerordentliche Ergebnis lag sowohl im Konzern als auch in der IKB AG bei 6,0 Mio. € Aufwand (Vorjahr: 0,0 Mio. € Aufwand). Die Aufwendungen entfielen sowohl im Konzern als auch in der IKB AG auf betriebliche Restrukturierungsmaßnahmen.

(45) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ beinhaltet im Wesentlichen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2025	2024	2025	2024
Aufwendungen aus Derivaten des Anlagebuchs	-162,4	-44,9	-162,4	-44,9
Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen	-3,1	-1,0	-3,1	-1,0
Aufwendungen zur Absicherung unternehmerischer Risiken	-1,7	-1,7	-1,7	-1,7
Aufwendungen für Rechts- und Projektkosten	-7,3	-11,4	-7,3	-11,4
Aufwendungen aus der Abschreibung einer konzerninternen Unterbeteiligung bzw. Forderung, die erwartete Ausgleichszahlungen anhängiger Klagen betreffen	-2,7	-1,1	-13,3	-5,3
Sonstige Aufwendungen	-1,8	-1,2	-3,3	-1,4
Gesamt	-178,9	-61,3	-191,1	-65,7

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2025 im Rahmen der aktiven Portfoliosteuerung langlaufende Schuldverschreibungen zur Reduktion der Duration sowie spreadinduzierter Marktwerttrisiken verkauft. Gleichzeitig wurde auch das Volumen der Zinsderivate im Anlagebuch reduziert. Aus der Beendigung der Zinsderivate ergaben sich Aufwendungen, die im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ erfasst und teilweise durch entsprechende Erträge im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ kompensiert wurden.

(46) Aufwendungen aus Verlustübernahme

Im Berichtszeitraum sind in der IKB AG Aufwendungen aus Verlustübernahme in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) angefallen. Die Aufwendungen entfallen auf laufende Verlustübernahmeverpflichtungen gegenüber den Tochtergesellschaften IKB Beteiligungsgesellschaft 1 mbH, IKB Beteiligungsgesellschaft 2 mbH und IKB Invest GmbH.

(47) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ sind tatsächliche Steuern im Konzern in Höhe von 1,6 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 3,9 Mio. € Ertrag) und in der IKB AG in Höhe von 1,6 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 4,0 Mio. € Ertrag) enthalten, die insbesondere Steuern für Vorjahre betreffen.

Darüber hinaus wird im Posten die Veränderung des Ansatzes aktiver latenter Steuern in Höhe von 0,0 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 1,0 Mio. € Ertrag) im Konzern und in Höhe von 0,0 Mio. € Ertrag (Vorjahr: 1,0 Mio. € Ertrag) in der IKB AG ausgewiesen.

(48) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen

In der Berichtsperiode sind in der IKB AG Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) angefallen. Die Erträge der Berichtsperiode entfallen wie im Vorjahr auf die laufende Ergebnisabführung der IKB Beteiligungsgesellschaft 3 mbH.

(49) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Die IKB erbringt im Wesentlichen Verwaltungs- und Vermittlungsdienstleistungen im Kreditgeschäft. Die Erträge hieraus sind im Provisionsergebnis enthalten.

(50) Sonstige betriebliche Erträge

Die „Sonstigen betrieblichen Erträge“ setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2025	2024	2025	2024
Erträge aus Derivaten des Anlagebuchs	153,1	16,6	153,1	16,6
Erträge aus der Währungsumrechnung	-	0,4	-	1,6
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3,2	2,5	3,3	2,5
Sonstige betriebliche Erträge	0,8	2,1	0,8	2,2
Aufwand aus Aufzinsung Pensionsverpflichtung und Änderung des Rechnungszinses	-0,4	-2,9	-0,4	-2,9
Ergebnis Zeitwertbilanzierung CTA-Vermögen	2,4	9,9	2,4	9,9
Erträge aus Ausgleichszahlungen und Schadenserstattungen	-	0,3	-	0,3
Erträge aus Kostenerstattungen im Zusammenhang mit juristischen Streitigkeiten	-	0,7	-	0,7
Gesamt	159,1	29,5	159,4	30,7

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2025 im Rahmen der aktiven Portfoliosteuerung langlaufende Schuldverschreibungen zur Reduktion der Duration sowie spreadinduzierter Marktwert Risiken verkauft. Gleichzeitig wurde auch das Volumen der Zinsderivate im Anlagebuch reduziert. Aus der Beendigung der Zinsderivate ergaben sich Erträge, die im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ erfasst wurden und entsprechende Aufwendungen im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ teilweise kompensieren. Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr 2025 sowohl im Konzern als auch in der IKB AG

in den Erträgen aus Derivaten des Anlagebuchs 13,9 Mio. € aus der vorzeitigen Beendigung von Credit Default Swaps im Rahmen der vollständigen Schließung des entsprechenden Bankbuchs enthalten.

(51) Anteilsbesitzliste zum 31. Dezember 2025

		Ge- schäfts- jahr	Kapital- anteil in %
31.12.2025			
1. Inländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)			
IKB Beteiligungsgesellschaft 1 mbH, Düsseldorf	2)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 2 mbH, Düsseldorf	2)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Beteiligungsgesellschaft 3 mbH, Düsseldorf	2)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Invest GmbH, Düsseldorf	2)	1.1. - 31.12.	100,00
Istop 1 GmbH, Düsseldorf	2)	1.1. - 31.12.	100,00
Istop 2 GmbH, Düsseldorf	2)	1.1. - 31.12.	100,00
Istop 4 GmbH, Düsseldorf	2)	1.1. - 31.12.	100,00
Istop 6 GmbH, Düsseldorf	2)	1.1. - 31.12.	100,00
2. Ausländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)			
IKB International S.A. i.L., Munsbach, Luxemburg	3)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Lux Investment S.à r.l., Munsbach, Luxemburg		1.1. - 31.12.	100,00

		Ge- schäfts- jahr	Kapital- anteil in %
31.12.2025			
3. Inländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 Abs. 2 HGB⁴⁾)			
	1)		
IKB Immobilien GmbH, Düsseldorf	5)	1.1. - 31.12.	100,00
IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	3)	1.10. - 30.09.	100,00
IKB Real Estate GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.	100,00
Restruktur 3 GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.	100,00
4. Ausländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 Abs. 2 HGB⁴⁾)			
IKB Finance B.V. i. L., Amsterdam, Niederlande	3)	1.1. - 31.12.	100,00
5. Zweckgesellschaften (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 Abs. 2 HGB⁴⁾)			
	1)		
RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) DESIGNATED ACTIVITY COMPANY, Dublin, Irland			
6. Inländische assoziierte Unternehmen / Joint Ventures (nicht at equity bilanziert aufgrund von § 311 Abs. 2 HGB⁴⁾)			
	1)		
FUNDINGPORT GmbH, Hamburg		1.1. - 31.12.	40,00
7. Ausländische assoziierte Unternehmen / Joint Ventures (nicht at equity bilanziert aufgrund von § 311 Abs. 2 HGB⁴⁾)			
	1)		
FUNDINGPORT SOFIA EOOD, Sofia, Bulgarien		1.1. - 31.12.	40,00

¹⁾ Die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB zum Eigenkapital und Ergebnis sind für die nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB unterblieben.

²⁾ Ergebnisabführungsvertrag

³⁾ in Liquidation.

⁴⁾ Bei untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns macht die Bank von der Möglichkeit Gebrauch auf die Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss zu verzichten.

⁵⁾ Umfirmierung zum 01.04.2025 von IKB New 1 GmbH in IKB Immobilien GmbH.

Die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen werden in der Anteilsbesitzliste ausgewiesen. Auf eine separate Darstellung der Anteilsbesitzliste und des Konsolidierungskreises wird daher aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.

(52) Bedeutende Stimmrechtsanteile

Mit Eintragung des auf der außerordentlichen Hauptversammlung der IKB AG am 2. Dezember 2016 gefassten Beschlusses zur Übertragung aller Aktien auf den Hauptaktionär gegen Barabfindung (Squeeze-out) in das Handelsregister hält

die LSF11 Europe Financial Holdings, L.P., mit Sitz in Delaware, USA, vormals firmierend unter LSF6 Europe Financial Holdings, 100 % der IKB-Aktien.

(53) Angabe der Abschlussprüferhonorare

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2025	2024	2025	2024
Abschlussprüfung	2,0	1,5	1,9	1,4
Andere Bestätigungsleistungen	0,8	0,7	0,8	0,7
Gesamt	2,8	2,2	2,7	2,1

In den Abschlussprüferhonoraren sind 0,0 Mio. € Aufwendungen (Vorjahr: 0,0 Mio. €) für vorherige Geschäftsjahre enthalten.

Die Honorare für die Abschlussprüfung umfassen Aufwendungen für die gesetzlich vorgeschriebenen Jahres- und Konzernabschlussprüfungen. Die anderen Bestätigungsleistungen umfassen die Erstellung von Prüfvermerken und Prüfungshandlungen unter Anwendung des ISAE 3000, die Prüfung von bankaufsichtsrechtlichen Finanzaufstellungen sowie projektbegleitende Prüfungen.

(54) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen werden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Konditionen, über die nach § 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB für den IKB-Konzern bzw. § 285 Nr. 21 HGB für die IKB AG zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

(55) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

31.12.2025		
in Mio. €	Konzern	IKB AG
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.725,3	9.725,4
Eventualverbindlichkeiten	6,9	6,9
Gesamt	9.732,2	9.732,3

Bei den als Sicherheit dienenden Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen und Wertpapiere, die im Rahmen von Offenmarkt- und Wertpapierpensionsgeschäften sowie im Zuge des Fördermittelgeschäfts an dritte Kreditinstitute oder Clearingstellen übertragen wurden.

(56) Termingeschäfte

Die abgeschlossenen Termingeschäfte dienen im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und betreffen insbesondere den Kreditrefinanzierungsbestand und die Investmentportfolios. Die Höhe des Zinsänderungsrisikos wird durch ein vom Vorstand verabschiedetes Limitsystem begrenzt und im Rahmen des Risikomanagements täglich überwacht. Zusätzlich wird das Volumen der Termin- und Derivategeschäfte durch kontrahentenbezogene Limite begrenzt.

In den Investmentportfolios und dem Kreditrefinanzierungsbestand werden die Zinsänderungsrisiken aus Wertpapieren und Krediten sowie den dazugehörigen Refinanzierungsmitteln einheitlich gesteuert. Derivate werden dabei zur Steuerung von Zins- und Wechselkursrisiken eingesetzt. Die eingesetzten Derivate sind überwiegend Zinsderivate.

Bezüglich der Marktwerte für zinsbezogene Derivate im Konzern und in der IKB AG wird auf Textziffer (57) verwiesen.

(57) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Konzern:

	Nominal	Marktwert		Buchwert	
		positiv	negativ	Aktiva	Passiva
31.12.2025 in Mio. €					
Zinsbezogene Derivate	9.151,2	479,6	506,2	31,5	25,6
Währungsbezogene Derivate	229,7	0,6	1,2	0,4	1,2
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	293,1	4,3	36,4	3,0	26,1
Gesamt	9.674,0	484,4	543,8	34,9	52,9

	Buchwert				
	Sonst. Vermögensgegenstände	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	Rückstellungen	Sonstige Verbindlichkeiten	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten
31.12.2025 in Mio. €					
Zinsbezogene Derivate	28,0	3,4	-	20,3	5,3
Währungsbezogene Derivate	0,4	-	0,0	1,2	-
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	3,0	0,0	-	26,1	-
Gesamt	31,4	3,4	0,0	47,6	5,3

IKB AG

	Nominal	Marktwert		Buchwert	
		positiv	negativ	Aktiva	Passiva
31.12.2025 in Mio. €					
Zinsbezogene Derivate	9.151,2	479,6	506,2	31,5	25,6
Währungsbezogene Derivate	229,7	0,6	1,2	0,4	1,2
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	293,1	4,3	36,4	3,0	26,1
Gesamt	9.674,0	484,4	543,8	34,9	52,9

	Buchwert				
	Sonst. Vermögensgegenstände	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	Rückstellungen	Sonstige Verbindlichkeiten	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten
31.12.2025 in Mio. €					
Zinsbezogene Derivate	28,0	3,4	-	20,3	5,3
Währungsbezogene Derivate	0,4	-	0,0	1,2	-
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	3,0	0,0	-	26,1	-
Gesamt	31,4	3,4	0,0	47,6	5,3

(58) Nicht realisierte Ergebnisse

Die Tabelle stellt die nicht realisierten Ergebnisse der folgenden wesentlichen finanziellen Bilanzposten und außerbilanziellen Derivate des IKB-Konzerns dar. Darüber hinaus enthält die Darstellung die unrealisierten Ergebnisse aus Credit Default Swaps, die wie gestellte Kreditsicherheiten bilanziert werden.

Konzern	31.12.2025			31.12.2024		
in Mio. €	Beizulegender			Beizulegender		
	Buchwert	Zeitwert	Differenz	Buchwert	Zeitwert	Differenz
Forderungen an Kreditinstitute	1.627,3	1.628,1	0,8	1.943,8	1.947,4	3,6
Forderungen an Kunden	7.905,9	7.916,5	10,6	8.093,9	8.078,3	-15,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.595,4	3.352,7	-242,7	3.343,9	3.100,4	-243,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	432,9	432,3	-0,6	434,5	446,8	12,3
Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente	34,9	484,4	449,5	56,8	468,9	412,1
Wie gestellte Kreditsicherheiten bilanzierte Credit Default Swaps	0,0	0,0	0,0	15,9	27,6	11,7
Zwischensumme	13.596,4	13.814,0	217,6	13.888,8	14.069,4	180,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.813,5	8.708,2	105,3	8.189,0	8.059,5	129,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.675,1	3.667,8	7,3	3.869,9	3.860,8	9,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	2,9	2,8	0,1	9,6	9,5	0,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	453,6	462,3	-8,7	542,8	505,3	37,5
Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente	52,9	543,8	-490,9	54,2	658,3	-604,1
Wie gestellte Kreditsicherheiten bilanzierte Credit Default Swaps	0,0	0,0	0,0	2,5	1,2	1,3
Zwischensumme	12.998,0	13.384,9	-386,9	12.668,0	13.094,6	-426,6
Gesamtsumme			-169,3			-246,0

Das unrealisierte Ergebnis wird durch einen Abgleich des Nettobuchwerts und des beizulegenden Zeitwerts ermittelt. Dabei hat die Bildung von Einzelwertberichtigungen keinen Einfluss auf das unrealisierte Ergebnis, da gebildete Einzelwertberichtigungen auch bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt werden. Für täglich fällige Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten wird der beizulegende Zeitwert dem Buchwert gleichgesetzt.

Die für die Anhangberichterstattung ermittelten beizulegenden Zeitwerte der Forderungen werden auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechnet. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts werden Annahmen zugrunde gelegt, die sich bei der Bestimmung von Marktpreisen zwischen unabhängigen Geschäftspartnern ergeben würden, die ähnliche Parameter für ihre Kaufpreiskalkulation verwenden. Die künftigen Cashflows der Kredite werden dabei unter Berücksichtigung von Wertbeiträgen aus Floor-Vereinbarungen angesetzt. Das Bewertungsmodell variabel verzinslicher Kredite berücksichtigt Annahmen zu außerplanmäßigen Tilgungen. Die Diskontierung erfolgt anhand laufzeitdifferenzierter Swapsätze am Stichtag zuzüglich eines aus internen Risikomessverfahren der IKB abgeleiteten Credit Spreads. Der Credit Spread eines Kredites schwankt entsprechend der Veränderung der gemessenen Standardrisikokosten, die sich aus dem internen Kundenrating, der Besicherungssituation und der erwarteten Restlaufzeit des Kredites am Bewertungsstichtag ermitteln. Zusätzlich werden aus dem bilanziellen Eigenkapital abgeleitete Vorsteuerrenditen Dritter, Verwaltungskosten der IKB und am Markt beobachtbare Fundingkosten von Banken mit einem Rating von A oder AA berücksichtigt.

Bei Forderungen aus Förderkrediten, denen Einzelrefinanzierungsdarlehen auf der Passivseite gegenüberstehen, erfolgt die Bewertung ohne Berücksichtigung von Fundingkosten. Die Barwertermittlung für Einzelrefinanzierungsdarlehen auf der Passivseite erfolgt über die Diskontierung der Zins- und Tilgungs-Cashflows mithilfe laufzeitadäquater risikoloser Swapsätze.

Wertpapiere (einschließlich verbriefter nachrangiger Verbindlichkeiten) werden mit dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlusstichtag bewertet, sofern ein liquider Preis verfügbar ist. Ein Börsen- oder Marktpreis wird dabei als liquide

angesehen, wenn die Anzahl verfügbarer Preisquotierungen nach einer auf statistischen Methoden basierenden Analyse eine definierte Mindestanzahl überschreitet. Dies gilt sowohl für gehandelte als auch für nicht gehandelte beobachtbare Preise. Liegen keine Stichtagskurse vor, so wird der beizulegende Zeitwert auf Basis von Preisangaben von Marktdatenanbietern ermittelt und mittels geeigneter Verfahren plausibilisiert. Sofern keine Börsenpreise oder Preisangaben vertraglicher Lieferanten zu Wertpapieren verfügbar sind, erfolgt die Wertermittlung auf Basis eigener Bewertungsmodelle durch Diskontierung von erwarteten Cashflows. Der Diskontsatz wird aus dem Risikoprofil ähnlicher Wertpapiere ermittelt. Dabei werden unter anderem auch Parameter verwendet, die nicht am Markt beobachtbar sind. Die beizulegenden Zeitwerte für im IKB-Konzern bilanzierte Fondsanteile entsprechen jeweils dem Nettoinventarwert, der auf die gehaltenen Fondsanteile entfällt.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Derivaten des Anlagebuchs erfolgt entsprechend der Bewertungshierarchie des § 255 Abs. 4 HGB. Für nicht börsengehandelte Derivate werden die beizulegenden Zeitwerte auf der Grundlage von finanzmathematischen Bewertungsmodellen sowie verfügbaren Marktdaten (u. a. Zinssätze, Zinsvolatilitäten, Währungskurse) bestimmt. Zukünftige Zahlungsströme werden dabei anhand von währungs- sowie tenorspezifischen Swapkurven abgeleitet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit der Zahlungsströme sind u. a. von der Entwicklung der Zinssätze und der Währungskurse, den vertraglichen Regelungen zu den Zahlungszeitpunkten für das jeweilige Derivat und von der Bonität der jeweiligen Vertragspartei abhängig. Die Diskontierung besicherter Derivate erfolgt mit der währungsabhängigen Overnight-Index-Kurve.

Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten werden die vertraglichen Cashflows mit einem laufzeitadäquaten Swapsatz zuzüglich der IKB-spezifischen Fundingkosten diskontiert. Die Fundingkosten werden aus den Kosten vergleichbarer Emissionen abgeleitet.

(59) Die Vergütung des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2025 sind für die Mitglieder des Vorstands Gesamtbezüge in Höhe von 2,3 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) angefallen. Darin enthalten sind feste Grundgehälter, erfolgsabhängige variable Vergütungen, Pensionsersatzleistungen zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung und Sachbezüge. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütung wird regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beläuft sich auf 3,0 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2025 betragen die Barwerte der Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen 54,5 Mio. € basierend auf einer Diskontierung mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 10 Jahre (Vorjahr: 54,9 Mio. €).

(60) Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2025 belaufen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 703 Tsd. € (Vorjahr: 705 Tsd. €). Hierin sind 2 Tsd. € Auslagenersatz (Vorjahr: 1 Tsd. €) enthalten.

(61) Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 266 Tsd. € (Vorjahr: 269 Tsd. €) gezahlt.

(62) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

An Mitglieder des Vorstands wurden keine Kredite vergeben. Für Mitglieder des Aufsichtsrats bestehen zum Berichtsstichtag ebenfalls keine Kredite.

(63) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitarbeitskräften)

	Konzern		IKB AG	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Männlich	392	381	392	381
Weiblich	201	202	201	202
Gesamt	593	583	593	583

(64) Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem 31. Dezember 2025 eingetreten sind

Nach dem 31. Dezember 2025 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses, der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns eingetreten.

(65) Organe

Vorstand

Dr. Michael H. Wiedmann (Vorsitzender)

Dr. Patrick Alfred Trutwein

Steffen Zeise

Aufsichtsrat

Dr. Karl-Gerhard Eick (Vorsitzender), Unternehmensberater

Claus Momburg (stellv. Vorsitzender), Privatier

Franziska Engel¹⁾, Arbeitnehmervertreter

Paxton Ward Flesher, Managing Director der Hudson Advisors UK Limited

Dr. Lutz-Christian Funke, Direktor der KfW

Evgeniy Kazarez, Direktor der Hudson Advisors Portugal, LDA

Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des Aufsichtsrats der KIRCHHOFF Gruppe

Jörn Walde¹⁾, Arbeitnehmervertreter

Dr. Jan Wisser¹⁾, Arbeitnehmervertreter

¹⁾ von den Arbeitnehmern gewählt

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern

Zum 31. Dezember 2025 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Reiner Dietrich

Tricor Packaging & Logistics AG

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Grundlage der Segmentberichterstattung ist die interne Erfolgsrechnung, die Teil des Management-Information-Systems der IKB ist. Die Darstellung erfolgt auf Basis der internen Managementberichterstattung, die dem Gesamtvorstand zur Beurteilung der Leistungen der Segmente und zur Allokation der Ressourcen dient. Die Segmentberichterstattung wird gemäß den Vorschriften des DRS 28 erstellt.

Die Segmentberichterstattung ist nach den Produkteinheiten der Bank ausgerichtet. Dabei wird jedes Segment wie ein selbstständiges Unternehmen mit eigener Ergebnisverantwortung sowie der erforderlichen Eigenkapitalausstattung dargestellt.

Segmentierung

Die Berichterstattung erfolgt auf Basis eines Produktansatzes mit den Geschäftssegmenten:

- Fördermittel
- Corporate Bank
- Corporate Center.

Im Segment Fördermittel werden die Erträge und Aufwendungen aus dem Marktantritt der IKB im Ausreichen von Förderkrediten an mittelständische Kunden sowie die Beratung zur Erschließung und Beantragung von Fördermitteln ausgewiesen.

Im Segment Corporate Bank sind die Leistungen aus dem IKB-Marktantritt im eigenfinanzierten Firmenkundengeschäft zusammengefasst. Dazu gehören neben den Finanzierungs- und Beratungsleistungen im traditionellen Kreditgeschäft auch die Begleitung der Kunden bei Kapitalmarktaktivitäten.

Die Ertrags- und Aufwandspositionen aus dem Funding & Asset-Liability-Management sowie des Investmentportfolios werden im Corporate Center dargestellt. Nicht zurechenbare Kosten von sonstigen zentralen Funktionen verbleiben ebenfalls in diesem Segment.

Segmentergebnisse und Kennzahlen

Die Segmente werden wie eigenständige, mit eigenem Kapital ausgestattete Unternehmen betrachtet. Die Kapitalzuweisung erfolgt auf Basis der Risikoaktiva mit einer kalkulatorischen Eigenkapitalquote (CET 1) von 12 %, die sich aus den Mindestanforderungen für das regulatorische Kapital zuzüglich eines Kapitalpuffers ergibt. Den Segmenten werden Erträge und Aufwendungen gemäß ihrer Ergebnisverantwortung zugeordnet. Zinserträge und -aufwendungen werden branchenüblich saldiert ausgewiesen, da der Zinsüberschuss als wesentliche Steuerungsgröße dient, um die Ertragskraft des Segments zu beurteilen. Im Segment Fördermittel werden die Zinserträge der Kredite den Refinanzierungsaufwendungen der Förderbanken gegenübergestellt. Zwischen Corporate Center und Corporate Bank erfolgt eine Verrechnung der tatsächlich angefallenen Refinanzierungskosten aus Privat- und Firmenkundeneinlagen. Der Anlagenutzen des zugeordneten Eigenkapitals wird ebenfalls aus dem Corporate Center auf die Segmente Fördermittel und Corporate Bank verteilt. Die Zinsmarge entspricht dem Quotienten aus Zinsüberschuss der Segmente Fördermittel und Corporate Bank zu den korrespondierenden Volumina des Kreditbuchs. Die Risikokosten entsprechen dem Quotienten aus dem Risikovorsorgesaldo zum jeweiligen Durchschnittsvolumen des Kreditbuchs.

Die Personal- und Sachkosten von zentralen Einheiten werden den Segmenten verursachungsgerecht sowie über Umlagen zugewiesen. Projektkosten werden den Segmenten zugerechnet, sofern die Projekte in einem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Segmenten stehen. Verwaltungsaufwendungen von Projekten und Konzernfunktionen mit unternehmens- bzw. aufsichtsrechtlichem Hintergrund werden über Umlagen den Segmenten zugerechnet.

Der Ausweis der Risikovorsorge in den Segmenten entspricht dem Saldo aus den Zuführungen und Auflösungen zu bzw. von Wertberichtigungen für Kreditausfälle und den Eingängen aus abgeschriebenem Forderungen.

Die Ermittlung des Steuerergebnisses erfolgt in den Segmenten Corporate Bank und Fördermittel auf Basis einer IKB-spezifischen kalkulatorischen Steuerquote von 10,9 %. Im Corporate Center erfolgt die Überleitung auf das Konzernsteuerergebnis.

Der Erfolg eines Segmentes wird durch das Ergebnis nach Steuern sowie die Kennziffern Cost-Income-Ratio und Return on Equity gemessen. Die Cost-Income-Ratio ermittelt sich aus dem Quotienten von Verwaltungsaufwendungen und Bruttoerträgen (Zins- und Provisionsüberschuss). Der Return on Equity errechnet sich aus dem Verhältnis des Ergebnisses nach Steuern zum durchschnittlich zugeordneten Eigenkapital, das sich aus einer 12-prozentigen kalkulatorischen Kapitalunterlegung der Risikoaktiva gemäß CRR ergibt.

Segmentberichterstattung

Tabelle: Segmentberichterstattung – Konzern

in Mio. €	Fördermittel		Corporate Bank		Corporate Center		IKB	
	1.1.-31.12. 2025	1.1.-31.12. 2024	1.1.-31.12. 2025	1.1.-31.12. 2024	1.1.-31.12. 2025	1.1.-31.12. 2024	1.1.-31.12. 2025	1.1.-31.12. 2024
Zinsüberschuss	65	72	70	99	41	34	176	205
Provisionsüberschuss	6	4	11	9	2	3	19	16
Bruttoerträge	70	76	81	108	44	37	195	220
Verwaltungsaufwendungen	-41	-37	-50	-46	-56	-56	-146	-139
Ergebnis vor Risikovorsorge	30	39	31	61	-12	-19	48	81
Risikovorsorge	-10	-1	-10	-44	0	0	-20	-45
Operatives Ergebnis	20	38	21	17	-12	-19	29	36
Sonstiges Ergebnis	0	0	8	0	22	20	31	20
Ergebnis vor Steuern	20	38	29	17	10	1	59	56
Steueraufwand/-ertrag	-2	-4	-3	-2	7	11	2	5
Ergebnis nach Steuern	17	34	26	15	17	12	61	61
Neugeschäftsvolumen	943	881	1.824	1.280	-	-	2.767	2.161
Stichtagskreditvolumen	4.410	4.723	3.757	3.792	6.617	6.926	14.784	15.441
Risikoaktiva	2.003	2.422	2.224	2.746	1.386	1.500	5.613	6.668
Durchschnittliches CET 1-Kapital bei 12 %	247	305	281	356	188	184	716	845
Zinsmarge (in %)	1,40	1,45	1,80	2,46			1,58	1,90
Cost-Income-Ratio (in %)	58,0	49,0	61,4	43,2			75,1	63,2
Risikokosten (in %)	0,21	0,02	0,26	1,09			0,23	0,50
Return on Equity (in %)	7,1	11,0	9,3	4,3			8,5	7,2

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Entwicklung der Segmente

Das Segment Fördermittel, in dem die Erträge und Aufwendungen aus dem Marktantritt der IKB im Ausreichen von Förderkrediten an mittelständische Kunden sowie die Beratung zur Erschließung und Beantragung von Fördermitteln ausgewiesen werden, hat im Berichtszeitraum ein Ergebnis vor Steuern von 20 Mio. € erzielt (Vorjahr: 38 Mio. €). Das Neugeschäftsvolumen lag wie im Vorjahr bei 0,9 Mrd. €. Der Return on Equity im Segment ist aufgrund des geringeren Ergebnisses auf 7,1 % (Vorjahr: 11,0 %) gesunken. Die Cost-Income-Ratio liegt wegen gestiegener Verwaltungsaufwendungen sowie geringerer Bruttoerträge bei 58,0 % nach 49,0 % im Vorjahr.

Im Segment Corporate Bank, das die Finanzierungs- und Beratungsleistungen der Bank im traditionellen Kreditgeschäft und die Begleitung ihrer Kunden bei Kapitalmarktaktivitäten zusammenfasst, wurde ein Ergebnis vor Steuern von 29 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) erwirtschaftet. Das Neugeschäftsvolumen lag bei 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,3 Mrd. €). Die Bruttoerträge (Zins- und Provisionsüberschuss) sind im Vorjahresvergleich deutlich auf 81 Mio. € von zuvor 108 Mio. € gefallen, da der Zinsaufwand im Wesentlichen durch einen zunehmenden Wettbewerb um Kundeneinlagen gestiegen

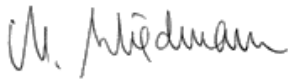
ist. Der Return on Equity im Segment stieg im Vergleich zum Vorjahr auf 9,3 % von zuvor 4,3 %. Dies lag im Wesentlichen an der geringeren Risikovorsorge sowie dem Ertrag durch die Auflösung des Kunden-CDS-Portfolios im Sonstigen Ergebnis. Die Verringerung des zugewiesenen Eigenkapitals durch gesunkene Risikoaktiva als Bezugsgröße hat ebenfalls einen positiven Effekt auf die Return on Equity Kennziffer. Die Cost-Income-Ratio hat sich von 43,2 % auf 61,4 % erhöht. Ursächlich hierfür sind die geringeren Erträge von 81 Mio. € nach 108 Mio. € im Vorjahr sowie die höheren Verwaltungsaufwendungen von 50 Mio. € nach 46 Mio. € im Vorjahr.

Das Corporate Center, in dem neben den Ergebnissen aus dem Funding & Asset-Liability-Management und dem Investmentportfolio auch unternehmensbezogene Kosten (z. B. für Entschädigungseinrichtungen und Jahresabschlussprüfung) sowie nicht verrechnete Kosten von zentralen Funktionen enthalten sind, weist unter Berücksichtigung der ertragswirksamen Teilauflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 104 Mio. € ein Ergebnis vor Steuern von 10 Mio. € nach 1 Mio. € im Vorjahr aus.

Düsseldorf, den 27. Februar 2026

IKB Deutsche Industriebank AG

Der Vorstand



Dr. Michael H. Wiedmann



Dr. Patrick Trutwein



Steffen Zeise

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Die in Kapitel 7 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Wir geben kein Prüfungsurteil zu der in Kapitel 6 des Lageberichts enthaltenen Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB ab.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und dem International Code of Ethics for Professional Accountants (including International Independence Standards) des International Ethics Standards Board for Accountants (IESBA Code), wie er bei Abschlussprüfungen von Einheiten von öffentlichem Interesse einschlägig ist. Wir haben auch unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen und dem IESBA Code erfüllt. Darüber hinaus

erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Beurteilung der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern ist ermessensbehaftet und erfordert Schätzungen, inwieweit abzugsfähige temporäre Differenzen mit zukünftigen steuerpflichtigen Erträgen verrechnet werden können.

Ausgangspunkt für die Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern bildet bei der IKB AG eine Projektion der steuerlichen Ergebnisse der folgenden fünf Geschäftsjahre, die auf internen Planungen basiert und welche in einem hohen Maße von den Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter abhängig ist.

Aufgrund der bestehenden Ermessensspielräume bei den in der Projektion verwendeten Annahmen sowie aufgrund der einer Planung innewohnenden Unsicherheit haben wir die Beurteilung der Werthaltigkeit von aktiven latenten Steuern als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt.

Prüferisches Vorgehen und gegebenenfalls wichtige Feststellungen

Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen haben wir uns ein Verständnis des Prozesses zum Ansatz von aktiven latenten Steuern und zur Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern verschafft sowie die Angemessenheit der entsprechenden Kontrollen beurteilt.

Wir haben untersucht, ob abzugsfähige temporäre Differenzen gemäß den steuerrechtlichen Regelungen und Vorschriften zur Bilanzierung latenter Steuern nach § 274 HGB ermittelt wurden. Darüber hinaus haben wir die steuerliche Planungsrechnung der Bank für die Folgejahre mit internen handelsrechtlichen Planungsunterlagen abgestimmt und die Ursachen etwaiger steuerbilanzieller Abweichungen bzw. temporärer Differenzen sowie deren Umkehrung analysiert. Die handelsrechtliche Planungsrechnung haben wir hinsichtlich der zugrundeliegenden Planungsparameter, insbesondere bezüglich einer konsistenten Anwendung in der Planungsrechnung und einer Konsistenz mit den in anderen Rechenwerken der Bank verwendeten Parametern, beurteilt. Bei der Beurteilung sind neben unseren Kenntnissen der Geschäftstätigkeit der Bank insbesondere die prognostizierten Branchenentwicklungen eingeflossen.

Wir haben die bestehenden Organschaftsverhältnisse identifiziert und analysiert, ob die zugrunde gelegten Steuersätze der tatsächlichen Steuerbelastung des steuerlichen Organkreises entsprechen. Außerdem haben wir beurteilt, ob die Berechnung der Bank in Einklang mit den einschlägigen Steuergesetzen steht.

Bei der Beurteilung der den latenten Steueransprüchen zugrunde liegenden Annahmen im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung haben wir unsere Steuerexperten sowie interne Spezialisten, die über besondere Fachkenntnisse in den Bereichen Unternehmensbewertung und Finanzmathematik verfügen, hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben der Bank zu aktiven latenten Steuern sind im Anhang und Konzernanhang der IKB zum 31. Dezember 2025 in den Abschnitten "(10) Latente Steuern" und "(29) Aktive latente Steuern" enthalten.

2. Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und Ermittlung der Einzelwertberichtigung

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und die Ermittlung der Einzelwertberichtigung ist ein wesentlicher Bereich, in dem der Vorstand Ermessensentscheidungen trifft. Diese Ermessensentscheidungen sind mit Unsicherheiten verbunden und beinhalten verschiedene Annahmen und Schätzungen, insbesondere zur Finanzlage des Kreditnehmers, zu zukünftigen Cashflows und zu Erlösen aus der Verwertung von Sicherheiten. Erhöhte Risikofaktoren ergeben sich aus den weiterhin angespannten ökonomischen Rahmenbedingungen sowie geopolitischen Konflikten, welche die Konjunktur in Deutschland trüben. Neben den weiterhin hohen Energiepreisen und den Herausforderungen durch den Strukturwandel, getrieben durch die Dekarbonisierung, die Digitalisierung und den demografischen Wandel, belasten insbesondere die zwischen den USA und wichtigen Handelspartnern bestehenden Handelskonflikte die wirtschaftlichen Verhältnisse inländischer Unternehmen. Die Aufwertung des Euro führte zudem zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition im internationalen Vergleich.

Bereits geringe Veränderungen in den Annahmen und Schätzparametern können zu deutlich voneinander abweichenden Bewertungsergebnissen und somit zu einem veränderten Wertberichtigungsbedarf führen. Aufgrund der Bedeutung für die Vermögens- und Ertragslage haben wir die Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und die Ermittlung der Einzelwertberichtigung als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt identifiziert.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns mit den Prozessen zur Überwachung des Ausfallrisikos und zur Identifizierung potentiell wertgeminderter Forderungen an Kunden befasst. Dafür haben wir insbesondere die Prozesse und implementierten Kontrollen zur Überwachung des Auftretens von Frühwarnindikatoren inklusive anlassbezogener Maßnahmen, zur Anwendung von Ausfallgründen und zur korrekten Einstufung in den relevanten Risikostatus beurteilt.

Darüber hinaus haben wir den Prozess zur Ermittlung der Risikovorsorge beurteilt und die Wirksamkeit der implementierten Kontrollen zur Ermittlung der Risikovorsorge getestet. Im Rahmen der Krediteinzelfallprüfung haben wir durch eine risikoorientierte Stichprobenauswahl insbesondere solche Engagements analysiert, welche aufgrund einer angespannten wirtschaftlichen Lage erhöhten Ausfallrisiken unterliegen, jedoch nicht einzelwertberichtigt wurden.

Wir haben aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen und hierbei die wesentlichen Annahmen und Schätzparameter bezüglich erwarteter zukünftiger Cashflows aus den Kreditforderungen dahingehend beurteilt, ob diese in Einklang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Kreditnehmers und den öffentlich verfügbaren Markt- und Branchenprognosen stehen.

Darüber hinaus haben wir die weiteren Parameter, die jeweils für die Ermittlung der Risikovorsorge verwendet wurden, auf Basis der von der Bank vorgelegten Nachweise und externer Informationen nachvollzogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich hinsichtlich der Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und der Ermittlung der Einzelwertberichtigung keine Einwendungen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben der Bank zur Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und zur Ermittlung der Einzelwertberichtigung sind im Anhang und Konzernanhang zum 31. Dezember 2025 im Abschnitt "(6) Risikovorsorge" sowie im zusammengefassten Lagebericht der IKB AG und des IKB Konzerns im Kapitel "3. Risiko- und Chancenbericht", Abschnitt "Adressenausfallrisiken", enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den "Bericht des Aufsichtsrats" verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen die oben genannte Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB. Des Weiteren umfassen die sonstigen Informationen den nichtfinanziellen Bericht, der uns nach Erteilung des Bestätigungsvermerks voraussichtlich zur Verfügung gestellt wird. Ferner umfassen die sonstigen Informationen weitere für den Geschäftsbericht vorgesehene Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben, insbesondere: die Kennzahlen IKB-Konzern, den Brief des Vorstandsvorsitzenden, den Bericht des Aufsichtsrats und die Highlights der Geschäftsentwicklung, aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- **wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder**
- **anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.**

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben; □
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten

Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann; ☐

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen. ☐

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 13. März 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 15. Mai 2025 durch den Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2017/18 als Abschlussprüfer der IKB Deutsche Industriebank AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Risiko- und Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Holger Lösken.

Düsseldorf, 27. Februar 2026

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lösken
Wirtschaftsprüfer

Eckert
Wirtschaftsprüferin

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025 und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Konzernanhang, einschließlich wesentlicher Informationen zu den Rechnungslegungsmethoden – sowie der Konzernsegmentberichterstattung - für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Die in Kapitel 7 des Konzernlageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Wir geben kein Prüfungsurteil zu dem Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung ab.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und dem International Code of Ethics for Professional Accountants (including International Independence Standards) des International Ethics Standards Board for Accountants (IESBA Code), wie er bei Abschlussprüfungen von Einheiten von öffentlichem Interesse einschlägig ist. Wir haben auch unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen und dem IESBA Code erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Beurteilung der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern ist ermessensbehaftet und erfordert Schätzungen, inwieweit abzugsfähige temporäre Differenzen mit zukünftigen steuerpflichtigen Erträgen verrechnet werden können.

Ausgangspunkt für die Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern bildet bei der IKB AG eine Projektion der steuerlichen Ergebnisse der folgenden fünf Geschäftsjahre, die auf internen Planungen basiert und welche in einem hohen Maße von den Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter abhängig ist.

Aufgrund der bestehenden Ermessensspielräume bei den in der Projektion verwendeten Annahmen sowie aufgrund der einer Planung innewohnenden Unsicherheit haben wir die Beurteilung der Werthaltigkeit von aktiven latenten Steuern als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt.

Prüferisches Vorgehen und gegebenenfalls wichtige Feststellungen

Im Rahmen unserer Prüfungshandlungen haben wir uns ein Verständnis des Prozesses zum Ansatz von aktiven latenten Steuern und zur Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern verschafft sowie die Angemessenheit der entsprechenden Kontrollen beurteilt.

Wir haben untersucht, ob abzugsfähige temporäre Differenzen gemäß den steuerrechtlichen Regelungen und Vorschriften zur Bilanzierung latenter Steuern nach § 274 HGB ermittelt wurden. Darüber hinaus haben wir die steuerliche Planungsrechnung der Bank für die Folgejahre mit internen handelsrechtlichen Planungsunterlagen abgestimmt und die Ursachen etwaiger steuerbilanzieller Abweichungen bzw. temporärer Differenzen sowie deren Umkehrung analysiert. Die handelsrechtliche Planungsrechnung haben wir hinsichtlich der zugrundeliegenden Planungsparameter, insbesondere bezüglich einer konsistenten Anwendung in der Planungsrechnung und einer Konsistenz mit den in anderen Rechenwerken der Bank verwendeten Parametern, beurteilt. Bei der Beurteilung sind neben unseren Kenntnissen der Geschäftstätigkeit der Bank insbesondere die prognostizierten Branchenentwicklungen eingeflossen.

Wir haben die bestehenden Organschaftsverhältnisse identifiziert und analysiert, ob die zugrunde gelegten Steuersätze der tatsächlichen Steuerbelastung des steuerlichen Organkreises entsprechen. Außerdem haben wir beurteilt, ob die Berechnung der Bank in Einklang mit den einschlägigen Steuergesetzen steht.

Bei der Beurteilung der den latenten Steueransprüchen zugrunde liegenden Annahmen im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung haben wir unsere Steuerexperten sowie interne Spezialisten, die über besondere Fachkenntnisse in den Bereichen Unternehmensbewertung und Finanzmathematik verfügen, hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben der Bank zu aktiven latenten Steuern sind im Anhang und Konzernanhang der IKB zum 31. Dezember 2025 in den Abschnitten "(10) Latente Steuern" und "(29) Aktive latente Steuern" enthalten.

2. Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und Ermittlung der Einzelwertberichtigung

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und die Ermittlung der Einzelwertberichtigung ist ein wesentlicher Bereich, in dem der Vorstand Ermessensentscheidungen trifft. Diese Ermessensentscheidungen sind mit Unsicherheiten verbunden und beinhalten verschiedene Annahmen und Schätzungen, insbesondere zur Finanzlage des Kreditnehmers, zu zukünftigen Cashflows und zu Erlösen aus der Verwertung von Sicherheiten. Erhöhte Risikofaktoren ergeben sich aus den weiterhin angespannten ökonomischen Rahmenbedingungen sowie geopolitischen Konflikten, welche die Konjunktur in Deutschland trüben. Neben den weiterhin hohen Energiepreisen und den Herausforderungen durch den Strukturwandel, getrieben durch die Dekarbonisierung, die Digitalisierung und den demografischen Wandel, belasten insbesondere die zwischen den USA und wichtigen Handelspartnern bestehenden Handelskonflikte die wirtschaftlichen Verhältnisse inländischer Unternehmen. Die Aufwertung des Euro führte zudem zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition im internationalen Vergleich.

Bereits geringe Veränderungen in den Annahmen und Schätzparametern können zu deutlich voneinander abweichenden Bewertungsergebnissen und somit zu einem veränderten Wertberichtigungsbedarf führen. Aufgrund der Bedeutung für die Vermögens- und Ertragslage haben wir die Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und die Ermittlung der Einzelwertberichtigung als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt identifiziert.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns mit den Prozessen zur Überwachung des Ausfallrisikos und zur Identifizierung potentiell wertgeminderter Forderungen an Kunden befasst. Dafür haben wir insbesondere die Prozesse und implementierten Kontrollen zur Überwachung des Auftretens von Frühwarnindikatoren inklusive anlassbezogener Maßnahmen, zur Anwendung von Ausfallgründen und zur korrekten Einstufung in den relevanten Risikostatus beurteilt.

Darüber hinaus haben wir den Prozess zur Ermittlung der Risikovorsorge beurteilt und die Wirksamkeit der implementierten Kontrollen zur Ermittlung der Risikovorsorge getestet.

Im Rahmen der Krediteinzelfallprüfung haben wir durch eine risikoorientierte Stichprobenauswahl insbesondere solche Engagements analysiert, welche aufgrund einer angespannten wirtschaftlichen Lage erhöhten Ausfallrisiken unterliegen, jedoch nicht einzelwertberichtigt wurden.

Wir haben aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen und hierbei die wesentlichen Annahmen und Schätzparameter bezüglich erwarteter zukünftiger Cashflows aus den Kreditforderungen dahingehend beurteilt, ob diese in Einklang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Kreditnehmers und den öffentlich verfügbaren Markt- und Branchenprognosen stehen.

Darüber hinaus haben wir die weiteren Parameter, die jeweils für die Ermittlung der Risikovorsorge verwendet wurden, auf Basis der von der Bank vorgelegten Nachweise und externer Informationen nachvollzogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich hinsichtlich der Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und der Ermittlung der Einzelwertberichtigung keine Einwendungen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben der Bank zur Identifizierung und Bewertung wertgeminderter Forderungen an Kunden und zur Ermittlung der Einzelwertberichtigung sind im Anhang und Konzernanhang zum 31. Dezember 2025 im Abschnitt "(6) Risikovorsorge" sowie im zusammengefassten Lagebericht der IKB AG und des IKB Konzerns im Kapitel "3. Risiko- und Chancenbericht", Abschnitt "Adressenausfallrisiken", enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den "Bericht des Aufsichtsrats" verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen die oben genannte Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB. Des Weiteren umfassen die sonstigen Informationen den nichtfinanziellen Bericht, der uns nach Erteilung des Bestätigungsvermerks voraussichtlich zur Verfügung gestellt wird. Ferner umfassen die sonstigen Informationen weitere für den Geschäftsbericht vorgesehene Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben, insbesondere: die Kennzahlen IKB-Konzern, den Brief des Vorstandsvorsitzenden, den Bericht des Aufsichtsrats und die Highlights der Geschäftsentwicklung, aber nicht den Konzernabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Konzernlageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen der Gesellschaft abzugeben; □
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt;
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende, geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile;
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns;

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 13. März 2025 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 15. Mai 2025 durch den Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2017/18 als Konzernabschlussprüfer der IKB Deutsche Industriebank AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Risiko- und Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Holger Lösken.

Düsseldorf, 27. Februar 2026

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Lösken
Wirtschaftsprüfer

Eckert
Wirtschaftsprüferin

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über Annahmen und Erwartungen der IKB. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Die IKB übernimmt keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo die IKB Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielt, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung der Managementagenda, die Verlässlichkeit der Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätslage.

IKB Deutsche Industriebank AG
Investor Relations
Wilhelm-Bötzkes-Straße 1
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 8221-4511
E-Mail: investor.relations@ikb.de